

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 28 M. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Dagestani, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Gehört für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. Klein-Anzeigen, das festgebundene Wort 30 Pfg. (zweiwöchige Beilage), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Berufsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Berufsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag.

Die Vertragsverhandlungen zwischen den Regierungen Schwedens und Deutschlands über den am 1. Januar d. J. abgelaufenen Handelsvertrag sind nunmehr soweit abgeschlossen, daß die parlamentarische Behandlung bald erfolgen wird. In der schwedischen Presse wurde berichtet, die deutschen Vertreter seien beim Beginn der Verhandlungen sehr erstaunt gewesen, in dem neuen schwedischen Zolltarif ein Ungeheuer vorzufinden, das auf ein Paar dem deutschen Tarif von 1902 ähnlich sieht; man habe deshalb jede einzelne Position der beiden Tarife durchberaten müssen. Das wird für die parlamentarischen Verhandlungen kaum notwendig sein, weil an dem vorliegenden Vertragsentwurf nichts zu ändern ist, soll man überhaupt zu einem praktischen Resultat kommen. Die sich hier entgegenstehenden wirtschaftlichen Interessen sind zum Teil so scharf, daß auf dem Boden des Hochschutzes die Verständigung außerordentlich erschwert ist. Schweden ist ein getreuer Schüler der deutschen Zollpolitik.

Diese Interessen sind sowohl agrarischer als industrieller Natur. Die deutsche Eisenindustrie hat ein lebhaftes Interesse an dem ungehinderten Bezug schwedischer Eisenerze, die einen außerordentlich hohen Prozentsatz (65 bis 70 Proz.) reines Eisen enthalten. Die deutschen Steinhüttenunternehmen fordern auf der anderen Seite eine Erleichterung der Einfuhr schwedischer Granits, insbesondere der Plastersteine, wobei allerdings die Interessen der norddeutschen Städte mit denen der Steinindustriellen kollidieren. Der deutsche Export im allgemeinen fordert Erleichterungen der schwedischen Einfuhrbestimmungen, deren Handhabung teilweise recht schicklich ist. Es ist vorgekommen, daß wegen Nichtbeachtung kleinlicher formeller Bestimmungen ganze Warensendungen nicht nur zurückgewiesen, sondern von schwedischen Zollbehörden gar mit der Konfiskation bedroht wurden. Und schließlich sehen die deutschen Junker die zunehmende Einfuhr von schwedischen Agrarprodukten, besonders von Fleisch und Milch, recht ungern, wogegen sie Erleichterungen ihres Exportes nach Schweden gern akzeptieren würden, ein Export, der ohnehin durch das System der Einfuhrscheine auf Kosten des deutschen Konsums gefördert wird.

In allen diesen Fragen sind die schwedischen Interessen ganz entgegengekehrt. Soweit die schwedischen Agrarier in Frage kommen, ist für sie der Export nach Deutschland von größtem Profitinteresse. Denn er gestattet ihnen eine bequeme Preistreiberi in eigenen Lande zu gleicher Zeit, wo sie von den hohen Lebensmittelpreisen in Deutschland profitieren. Die schwedische Arbeiterschaft muß also für diesen Export bluten, indem sie für Milch und Fleisch höhere Preise zahlen muß. Immerhin ließe sich bei den ungeheuren Flächen Schwedens in weit intensiverer Weise Viehzucht treiben. Ob aber diese durch den Export nach Deutschland gefördert wird, ist noch sehr fraglich.

Die schwedische Steinindustrie ist in hohem Maße an dem Export nach Deutschland interessiert. Eine Erleichterung dieses Exports würde zunächst die schwedische Steinindustrie lahmlegen, denn der Inlandmarkt hat keine große Aufnahmefähigkeit. Ein deutscher Plastersteinzoll würde, soweit er nicht von den nord- und westdeutschen Städten getragen werden müßte, daher die schwedische Steinindustrie wesentlich auf den englischen Markt treiben, wodurch wiederum die Interessen der norwegischen Steinindustrie schweren Schaden erleiden würden, die heute diesen Markt beherrscht. Ein deutscher Steinzoll würde also von noch unübersehbaren Konsequenzen sowohl für die deutschen Städteverwaltungen als für die Steinindustrie auf der skandinavischen Halbinsel sein. Aber die Gefahr scheidet diesmal aus, da die deutschen Unterhändler die zollfreie Steineinfuhr als Konzession für wichtigere schwedische Zugeständnisse bewilligt haben.

Es handelt sich hierbei um die schwedischen Eisenerze, deren unbehinderte Ausfuhr zwar im Interesse der deutschen Eisenindustrie liegt, für die schwedische Volkswirtschaft aber kein so einfaches Problem darstellt. So lange Schweden keine Aussicht oder Möglichkeit zur Verhüttung und Veredelung seiner Eisenerze im eigenen Lande hatte, mag die unbehinderte Ausfuhr der Erze eine bequeme Kapitalbeschaffung für das kapitalarme Land bedeutet haben. Anders liegt es aber heute. Zunächst ist die Beschaffung englischer Steinkohle für Schweden weder teurer noch umständlicher als für Norddeutschland, wo in Steinfen und Lübeck auch schwedische Erze verhüttet werden. Sie kann auf dem Wasserwege und der Eisenbahn den gleichen Weg gebracht werden, den heute die miderhütteten Eisenerze zurücklegen müssen. Sobald aber der neue Großschiffahrtsweg von der Weistufe nach Trollhättan fertig sein wird, läßt sich die englische Steinkohle auf dem Wasserwege direkt ins Binnenland bringen und gelangt da bald in die ältesten schwedischen Eisenindustriebezirke.

Aber das ist nicht das Entscheidende. Von ganz anderer Bedeutung ist die Lösung des Problems der elektrischen Eisenschmelze. Und dieses Problem ist heute gelöst.

Seit gut zwei Jahrzehnten arbeiten die schwedischen Ingenieure an der Lösung dieser Frage und sie haben nach den übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen die Lösung gefunden, so daß die große eisenindustrielle Gesellschaft Domnarbet nunmehr die entsprechenden Anlagen schafft, um in größerem Maßstabe die Erze in elektrischen Schmelzöfen zu verhütten. Und schon werden große Kapitalien für die Ausbeutung dieses Verfahrens angelegt.

Die Betriebskräfte zur Erzeugung der Elektrizität hat Schweden in seinen großen Wasserfällen, die bisher im wesentlichen unbenutzt blieben. Bereits sind die Fälle bei Trollhättan durch den Staat selbst in Verwendung genommen worden, große Anlagen sind geschaffen, die zur Ausbeutung von $\frac{1}{10}$ der weltbekanntesten Fälle ausreichen werden. Die verbleibenden $\frac{9}{10}$ sollen für die Touristen bewahrt werden, damit diese Einnahmequelle nicht verstopft wird. Hier werden auch die ersten größeren Anlagen für die elektrische Eisenschmelze geschaffen. Ferner hat der Reichstag im vorigen Jahre bereits die Mittel für die gleiche Exploitation der großen Fergusfälle in Lappland, also in unmittelbarer Nähe der nord-schwedischen Eisenerzlager, bewilligt, und es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß auch hier mit der Zeit die Erfahrungen mit der elektrischen Eisenschmelze, die man bis dahin gemacht haben wird, zur Ausnutzung gelangen werden.

Derartige Wasserkräfte hat Schweden aber in fast unerschöpflicher Fülle. Ihre Verwendung zur Erzeugung elektrischer Kraft wird in immer größerem Maße erfolgen und neben der Betriebskraft für die Industrie werden sie auch die Kräfte zum Betriebe der Eisenbahnen liefern. In Südschweden, wo die Wasserkräfte zum Teil fehlen, befinden sich große Forstlager, in geringerem Umfange auch Steinkohle, deren Verwendung zur Erzeugung elektrischer Kraft nicht unmöglich erscheint. Auch will man bereits eine Konzentration des Brennwertes des Torfes gefunden haben, die seine Verwendung für die Eisenschmelze ermöglichen soll. Wie sehen also ungeahnte Möglichkeiten großindustrieller Entwicklung in diesem Lande, dessen territoriale Größe etwa $\frac{1}{3}$ der deutschen Bodenfläche ausmacht.

Für den Weltmarkt bedeutungsvoll können aber neben der Steinindustrie nur die Eisen- und Metallindustrie sowie die Holzindustrie werden. Hier hat Schweden die allerbesten Rohmaterialien im eigenen Lande. Wohl sind diese Naturreichtümer nicht unerschöpflich und die Verwüstung der nord-schwedischen Wälder in den letzten Jahrzehnten spricht in dieser Hinsicht ihre warnende Sprache. Wo einst freie Bauern saßen, haben großkapitalistische Gesellschaften das Eigentumsrecht erworben, deren ganzes Interesse die möglichst profitable Niederlegung der Wälder war. Lange Zeit wurden die Wälder auf die bequemste Art verübert, indem man die Holzstämme fast unbenutzt im Rohzustande ans Ausland verkaufte. Später ist man dazu übergegangen, einen Teil der Holzveredelung am Orte vorzunehmen und Halb- oder Fertigfabrikate zu exportieren.

Die Eisenindustrie dagegen ist eine der ältesten Industriezweige des Landes und besonders die Fabrikation feinerer Stahlwaren steht seit alten Zeiten auf einer hohen Stufe. Allein die Grobeisenindustrie auf moderner Grundlage hat sich bisher infolge der Schwierigkeiten der Eisenschmelze nicht so entwickelt, wie es unter günstigeren Verhältnissen möglich gewesen wäre. Mit der Kuybarmachung der aus den Wasserfällen zu gewinnenden Elektrizität für die Zwecke der Grobeisenindustrie bekommt diese ganze Frage ein anderes Gesicht.

Der schwedische Volkswirt glaubt hier vor der Alternative zu stehen, entweder die Maßnahmen gegen eine Verschleuderung seiner Eisenerze im Rohzustande ergreifen oder sich mit der Tatsache abfinden zu müssen, daß Schweden auch weiterhin ein Land der Emigration bleiben wird. Entweder Industrieerzeugnisse oder Menschen exportieren, so sieht er das Problem. In den letzten drei Jahrzehnten hat das Land im Durchschnitt jährlich 25 bis 30000 Arbeitskräfte ausgeführt, bei einer Bevölkerungsdichtigkeit von etwa 11 Einwohner pro Quadratkilometer. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß bei richtiger Ausnutzung der vorhandenen natürlichen Reichtümer diesen Arbeitskräften im eigenen Lande Existenz geschaffen werden könnte.

Für diesen Zweck ist aber die Entwicklung der Grobeisenindustrie Vorbedingung. Der unbeschränkte Export der Eisenerze wirkt dem entgegen. Zwar haben die nord-schwedischen Grubenkapitalisten im Jahre 1906, als die liberale Regierung die Gruben verstaatlichen wollte, ausrechnen lassen, daß die Erzbestände nahezu unerschöpflich wären. Aber das diente nur dem Zweck, möglichst günstige Verkaufsbedingungen herauszuschlagen. Man wollte noch auf 25 bis 50 Jahre hinaus die über Tage liegenden Erze aus dem Lande bringen können, nachher sollte der Staat die tiefer liegenden und daher schwerer abzubauenen Erzlager übernehmen dürfen. Der Grangesbergstrust, dem neun Zehntel der Eisenerze gehören, ließ berechnen, daß seine Bestände etwa 1081 Millionen Tonnen betrage. In Kiruna und Loussabaara wollte der Trust 793 Millionen Tonnen besitzen, davon in Loussabaara 18 Millionen Tonnen. Für Kiruna wurde folgende Aufmachung den Regierungsdirektoren vorgeführt:

Oberhalb des Wasserstandes des Loussabaarasees 285 Mill. Tonnen Unterhalb „ 610

Diese Angabe war eine ganz willkürliche. Die gemachten Bohrungen waren völlig ungenügend und man hatte nicht einmal die Frage untersucht, ob nicht die tieferen Lager schmäler wären als die oberen, oder ob nicht Abzüge für Granitlager bezw. mindertwertige Erze zu machen wären. Der Vorsitzender der mineralogischen Sammlungen der schwedischen Akademie, Prof. Sjalmar Sjögren entlarvte freilich bald den Schwundel durch die Feststellung, daß die bisher bekannten abbaufähigen Erzlager im höchsten Falle 600 Millionen Tonnen ausmachten. Dabei hat er noch 100000 Tonnen in Ansatz gebracht, deren Abbaufähigkeit durchaus nicht feststeht. Vielmehr haben die systematischen Bohrungen im nördlichen Schweden nicht mehr als 300 Millionen Tonnen sicher abbaufähiger Eisenerze ergeben und im übrigen Lande nach den Schätzungen Sjögrens 200 Millionen Tonnen. Der Trust hatte also, um die Regierung und die Nation einzuflehen, einfach den doppelten Bestand in Ansatz gebracht. Zieht man in Betracht, daß nur die hochgelegenen Erzlager einwilligen gewinnbringend und in ihrer Qualität bekannt sind, so wird man leicht die Bestrebungen verstehen, die auf einen Schutz der Erzlager gegen den unkontrollierten Raubbau und die unbegrenzte Ausfuhr hinauslaufen. Bestrebungen, die von den schwedischen Sozialdemokraten unterstützt werden.

Nachdem die Möglichkeit der einheimischen Verhüttung der Eisenerze feststeht, werden diese Bestrebungen zweifellos an Kraft gewinnen und sobald die schwedische Gesetzgebung durch den Zutritt neuer demokratischer Wählermassen ein anderes Aussehen bekommen wird, muß damit gerechnet werden, daß den Trustinteressen ein Dämpfer aufgesetzt wird. Die neuen Wählermassen haben kein Interesse an dem Profit des Trusts, dessen Aktien sich übrigens zum großen Teile in englischen Händen befinden. Ihr Interesse liegt vielmehr in der Kuybarmachung der schwedischen Rohstoffe für die Entfaltung einer großen Industrie im eigenen Lande, wodurch der Arbeiterexport eingedämmt werden kann. Der Export von Arbeitskräften bedeutet nichts anderes als eine wirtschaftliche Schädigung der Nation, der die Arbeitskräfte in dem Augenblick entgehen, wo sie produktionsfähig geworden sind, d. h. wenn sie herangezogen und für die industrielle Produktion ausgebildet sind. Da es sich um dauernde Auswanderung handelt, schießt der schwedischen Volkswirtschaft kein Nutzen etwa in dem Sinne zu wie bei Italien, dessen Wanderarbeiter zum großen Teile in der Heimat ansässig bleiben und den etwa überschüssigen Verdienst dorthin abführen. Der schwedische Auswanderer geht nach Amerika und bildet dort bald ein „böllisches“ Element der amerikanischen Nation.

Das sind also schwerwiegende Interessen, die der unbehinderten Ausfuhr der schwedischen Eisenerze im Wege stehen. Die deutschen Unterhändler haben nun auch diesmal erreicht, daß die Ausfuhr im bisherigen Maße für die Dauer des Vertrages unbehindert bleibt, mehr konnte wohl nicht erreicht werden. Auf die Dauer ist kaum damit zu rechnen, daß die Ausfuhr der Erze so wie bisher gestattet bleibt. Vor allem wird diese Ausfuhr bei eintretender Machtveränderung in der politischen Leitung des Landes einer schärferen Kontrolle unterstellt werden. Das wird sich von selbst ergeben, sobald die elektrische Schmelzmethode eine größere wirtschaftliche Bedeutung erlangt haben wird. Und die Zeit ist zweifellos nicht mehr fern. Man tut gut, in deutschen Interessentenzirkeln schon heute damit zu rechnen.

Winzerrevolte in Frankreich.

In dem Marnegebiet ist es infolge eines Beschlusses, den der Senat am Dienstag angenommen hat, zu einer förmlichen Revolte der Winzer gekommen. Der Senat hatte beschlossen, die Regierung aufzufordern, alle Abgrenzungen der Weingebiete aufzuheben, da dadurch nur zur Unzufriedenheit der Bevölkerung beigetragen werde. Durch die Beseitigung der Abgrenzung wird den Winzern des Marnegebietes das ausschließliche Recht genommen, ihre Produkte Champagner zu nennen. Durch die Beseitigung dieses Privilegs erwächst den Winzern des Marnegebietes eine erhebliche Konkurrenz durch die Weinproduktion angrenzender Gebiete. Der Beschluß des Senates schlug deshalb unter den aufgeregten Winzern wie eine Bombe ein und provozierte die stürmischen Kundgebungen des Marneistrikts.

In Epernay hielten die 102 Präsidenten der abgegrenzten Champagnerbezirke eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, zwar gegen die neue Abgrenzung mit aller Entschiedenheit anzukämpfen, aber einstweilen in Ruhe die Entscheidung des Staatsrats abzuwarten. Die Nachricht von dem Beschluß des Senats machte aber alle Ermahnungen zur Ruhe zunichte. In dem bei Epernay liegenden Ort Dizy Magenta tagte gleichfalls eine von 2000 Winzern besuchte Versammlung. Diese beschloß, durch eine Aktion zu zeigen, daß sie zum äußersten Widerstand bereit wäre. Die aufgeregten Winzer zogen vor die Festung des Champagnerbaues Castellane und zerstörten alles, was sie im Keller und in den Geschäftsräumen vorfanden, 230000 Flaschen Champagner sollen zerstört worden sein. Dann zogen einzelne Haufen nach Reims, Cumidres und Ay, wo sie gegen die

...wirdende Militärmacht ... Auch in ... wurde ein ... zerstört. Inzwischen eingetroffene ... machten einen Angriff auf die ...

Weitere Meldungen besagen: Reims, 12. April. (B. Z. B.) Alle Punkte im Weinbezirk sind heute morgen militärisch besetzt worden. Ansammlungen sind verboten. Gendarmereieinheiten bewachen die Häuser in ... die über Nacht geplündert worden sind.

Epernay, 12. April. (B. Z. B.) Die Gemeindebehörden von Damery und Umgebung haben ihre Kämmer niedergelegt, von dem Rathaus in Damery weicht die rote Fahne. In vergangener Nacht ist in Benteuil ein Kellerhaus zerstört worden. Heute wurden in der Trübe Kisten im ganzen Weinbezirk abgeschossen, um die Winger zusammenzurufen, die zu mehreren Tausenden auf Epernay marschieren.

Reims, 12. April. (B. Z. B.) Heute rollten sich die Winger in der Gegend von Dign, Benteuil und Hautvillers zusammen. Die Leute führten Nebstangen mit sich und fangen revolutionäre Lieder. Der Zug gelangte bis in die Nähe von ... wo jetzt zwei Schwadronen Dragoner liegen. Obgleich die Straßen gesperrt waren, gelangten viele Winger doch durch die Weinberge in die Stadt, andere wurden außerhalb von ... von den Truppen zurückgehalten. Gegen 11 Uhr vormittags verjagten Dragoner die Menge zu zerstreuen, viele weigerten sich aber zu weichen und warfen sich vor die Pferde.

Reims, 12. April. (B. Z. B.) Mehrere tausend Winger, denen es gelungen war, die Truppenkette zu sprengen, plünderten heute nachmittag zu ... die Kellerzellen zweier Häuser und steckten diese in Brand. In Epernay plünderten Winger ebenfalls mehrere Häuser. Dragoner gingen mit blanker Waffe vor; mehrere Personen sollen verletzt worden sein.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Vorkommnisse noch zu einer

Regierungskrise

führen werden. Es wird nämlich berichtet: Die Lage der Regierung erregt augenblicklich die größte Besorgnis in politischen Kreisen. Die Abstimmung im Senat von gestern Abend, nach welcher das System der Abgrenzung im Champagnegebiet aufgehoben werden soll, bedeutet eine schwere Niederlage für den Ministerpräsidenten Monis. Monis, der selbst ausgedehnte Weingüter im Bezirk von Bordeaux besitzt und ein großer Cognakfabrikant ist, war bekanntlich einer der lebhaftesten Verteidiger dieses Systems und hat an der ganzen Frage seit jeher hervorragenden Anteil genommen. Nichtsdestoweniger wird die Abstimmung im Senat von gestern Abend möglicherweise dazu führen, daß das Kabinett sich der Auflösung dieser Körperschaft anschließt. Seit langem war ja eine lebhafte Bewegung gegen die Abgrenzung zu erwarten. Die Regierung glaubte allerdings, von dieser Bewegung dadurch frei zu kommen, daß sie die ganze Frage dem Staatsrat überwies. Die Entscheidung des Senats von gestern Abend kommt nun aber dem Urteil jeder anderen Körperschaft zuvor. So befindet sich die Regierung in einer außerordentlich kritischen Lage. Da es bekannt ist, daß die Kammer mit einer großen Mehrheit gegen die Abgrenzung ist, so wird ihr vielleicht die Abstimmung im Senat den Mut geben, die Regierung heute nachmittag zu überstimmen. Das aber würde den Beginn einer Kabinetskrise bedeuten.

Paris, 12. April. Die Deputiertenkammer verriet heute die Interpellationen betreffend die Haltung der Regierung gegenüber der Abgrenzung der Weinbaugebiete. Berry mahnte die Schuld an den beklagenswerten Vorgängen im Marnegebiet der widerspruchsvollen Haltung des Ministerpräsidenten bei, worauf Monis erwiderte, er habe stets dieselbe Haltung beobachtet. Berry forderte die sofortige Abschaffung der Abgrenzung. Combronne verteidigte die Abgrenzung und sagte, die Kammer dürfe nicht unter dem Druck des Aufwands darüber beraten. Andre Lefebvre fragte, wie die Regierung der gestern vom Senat angenommenen Tagesordnung Rechnung tragen werde. Mehrere andere Redner verlangten die Aufrechterhaltung der Abgrenzung. Der Vorsitzende der Arbeiterkommission, Clementel, führte aus, die Abgrenzung allein könne die Weine gegen Fälschung schützen.

Ministerpräsident Monis erklärte: Das Gesetz muß abgeändert werden. Allerdings ist der jetzige Augenblick nicht günstig, und diese Änderung muß vorläufig geprüft werden. Ich bedarf des vollen Vertrauens der Kammer, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Stunde, über die Abgrenzung hier zu debattieren, ist vorbei. Dies muß der Kommission überlassen werden, mit der die Regierung zusammenarbeiten wird. Nicht durch Worte, sondern durch Taten gedene ich die Ordnung wiederherzustellen. Gerade Ihr Vertrauen ist mir unentbehrlich, das Vertrauen, das Sie niemals den republikanischen Regierungen verjagt haben, die sich wie ich in schwierigen Verhältnissen befinden haben. (Wärm rechts.) Monis schloß mit dem Bemerkten, es handle sich für ihn lediglich darum zu wissen, ob die Regierung, die die Pflicht habe, allen Gesetzen Achtung zu verschaffen, auf das Vertrauen der republikanischen Mehrheit zählen könne. (Lebhafter Beifall.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. April 1911.

Verlogene Komödianten.

Mit fittlicher Entrüstung haben in den letzten Tagen die konservativen Blätter gegen die Sozialdemokratie gereizt, die angeblich durch ihre Obstruktion gegen die Durchfuhrung der Reichsversicherungsordnung dieses wertvolle Gesetz frivolverfahren wolle, Ströme höchster Indignation regneten auf uns herab — und nun geben plötzlich die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Verl. Neue Nachr.“ zu, daß es den Krant- und Schloßjüngern ganz recht wäre, wenn das Gesetz nicht zur Annahme gelänge, damit sie nur ja nicht in die Lage kämen, aus ihrer Tasche neue Versicherungsbeiträge zu zahlen. Wirklich eine niedliche Heuchelei, die aufs neue an den treffenden Ausspruch der seligen Flora Gah erinnert: „Komödianten seid Ihr doch alle!“

Offen schreibt heute die „Deutsche Tageszeitung“: „In manchen rechtsprechenden Kreisen hegt man lebhaftes Bedenken gegen die Reichsversicherungsordnung und infolge dessen den Wunsch, daß sie scheitern möge. Wir würdigen die Bedenken vollkommen, können aber den Wunsch nicht billigen. Gewiß enthält die Reichsversicherung manche neue Bestimmung der Unternehmer und auch sonst manche einzelne Bestimmungen, die aus diesem oder jenem Grunde bedenklich ist. Seite rechtsprechende Kreise sind der Meinung, daß es weder zweckmäßig noch gedeihlich sei,

die Krankenversicherung grundständig und von Reichs wegen auf die Landarbeiter und die häuslichen Dienstboten auszudehnen.“

War so ganz ist mit diesem frommen Wunsch die „Deutsche Tageszeitung“ nicht einverstanden; aber nicht etwa weil sie das Gesetz für nötig und nützlich hält, sondern nur, weil sie fürchtet, daß, wenn das Gesetz jetzt fällt, es nach den Wahlen im Reichstage wieder eingebracht wird und dann die reaktionären, arbeiterfeindlichen Bestimmungen ausgemergelt werden könnten. Wörtlich schreibt das Blatt der Landhändler:

„Gewiß haben an dem Zustandekommen des Gesetzes trotz ihrer ehrlichen, selbstlosen und erfolgreichen Bemühungen die Konservativen und die Agrarier von den Kompromißparteien das geringste Interesse. Was wird aber schließlich, wenn der Entwurf jetzt scheitert? Er würde sicher wiederkommen, ja wahrscheinlich dem nächsten Reichstage sofort wieder vorgelegt werden. Ob sich dann vom Standpunkte der rechtsprechenden Parteien auch nur das Erreichbare lassen würde, was jetzt erreicht wird, ob eine Mehrheit sich wieder zusammenfindet wie jetzt, das ist mindestens fraglich. Deshalb muß man trotz aller Bedenken vom Standpunkte des nächsten abwägenden Realpolitikers wünschen, daß die Reichsversicherungsordnung nicht scheitert, sondern vom Reichstage in zweckmäßiger und erträglicher Weise erledigt werde.“

Also nur deshalb soll das Agrariertum trotz seiner Abneigung für das Gesetz stimmen, weil im nächsten Reichstage sich kaum die arbeiterfeindlichen Bestimmungen durchdrücken lassen werden. Ein wertvolles Zugeständnis!

Der Zwist im bayerischen Nationalliberalismus.

In der nationalliberalen Partei Bayerns, die in wenigen Jahren drei Vorsitzende verbraucht hat, ist ein neuer Konflikt ausgebrochen, der bereits vor vierzehn Tagen den bisherigen Vorsitzenden des bayerischen Landesauschusses, Fabrikdirektor Tafel, veranlaßte, den Vorsitz niederzulegen. Der Zwist ist über die Frage entstanden, welche Haltung die bayerischen Nationalliberalen zu der Sozialdemokratie und den Konservativen einnehmen sollen. Herr Tafel und seine Spezialfreunde bezeichnen sich als „nationalliberal“, das heißt, sie stehen auf dem äußersten rechten Flügel der nationalliberalen Partei und verlangen, daß bei allen wichtigen Aktionen der Nationalliberalismus an der Seite der Konservativen marschiert. Wassermanns „Radikalismus“ ist ihnen aufs äußerste verhaßt, wie denn auch Herr Tafel auf dem nationalliberalen Parteitag in Kassel sich scharf gegen die badiische Großblockaktion ausgesprochen hat und Verständigung mit den Konservativen verlangte.

Der größere Teil der bayerischen Nationalliberalen unter Führung des Vorsitzenden der bayerischen Landtagsfraktion, des Abgeordneten Dr. Casselmann, hält dagegen zu Wassermann und sucht Anschluß nach links, an die Freisinnigen. Daraus sind allerlei Meibereien entstanden, die Herrn Tafel bewogen haben, an die „Augsburger Abendztg.“ eine lange Zuschrift zu richten, in der er seine Auffassung der nationalliberalen Parteiverhältnisse näher darlegt:

„Die inneren Gründe sind tiefer zu suchen. Zum ersten in der Politik unserer Zentralleitung. Aus den Verhörungen der nationalliberalen Parteileitung in Bayern v. d. H. in den letzten Monaten ist zur Genüge bekannt, daß ich die Form des Kampfes zwischen unsrer und der konservativen Partei als den Traditionen wie den Interessen beider Teile in gleichem Maße zuwiderlaufend betrachte. Es ist selbstverständlich, daß ich mein möglichstes aufgegeben habe, um auch bei der Zentralleitung dieser meiner Meinung Geltung zu verschaffen. Zum mindesten suchte ich darauf hinzuwirken, daß man uns Bayern bei diesem, im wesentlichen auf preußischem Boden entstrannten Kampfe ausdrücklich ausschließe. Das ist bei dem jüngsten Angriff unseres Führers Wassermann gegen die Konservativen im Reichstage nicht geschehen. Die Arbeit der Parteileitungen im Lande muß wirkungslos bleiben, wenn die Wünsche der Führer der Landesparteien bei der Zentralleitung unbeachtet bleiben. Ich verkenne nicht die Notwendigkeit der Solidarität innerhalb einer Partei, aber sie muß oszillierend wirken, d. h. die Landesorganisationsstellen müssen nicht nur die Wünsche der Zentralleitung bei ihren Dispositionen berücksichtigen, sondern umgekehrt muß auch die Parteileitung die Wünsche der Landesparteien bzw. ihrer Vorsitzenden zum wenigsten als einen Faktor von vielen in ihren Rechnungen einsehen. ... In Kassel hat unser Führer Wassermann wörtlich gesagt: „Ich sehe die Rettung der deutschen Verhältnisse noch heute in einem Zusammengehen aller Liberalen und aller Konservativen.“ Und der offizielle Parteibericht verzeichnet nach diesen Worten „hüternischen Beifall“. Es ist meine bestimmte Ansicht, daß auch von selten unserer Partei nicht das Notwendige geschehen ist, um dieses Ziel, das alle Wälwische, in dem man in Kassel die Rettung der deutschen Verhältnisse erblickt hat, nun auch wirklich zu erreichen. Die Vorschläge für eine Einigung mit den Konservativen, die von unserer Seite gemacht worden sind, waren derart, daß meiner Ansicht nach auch wir sie im umgekehrten Falle mit Sicherheit zurückgewiesen hätten. ...

Ist unsere Partei im Lande nationalliberal, so ist dagegen unsere Fraktion im Landtag „nur liberal“. Naturgemäß müssen da die Ideen des Einigkeitliberalismus mehr oder weniger auch auf ihren Führer abfärben, selbst wenn er nationalliberal ist. Auf den derzeitigen Führer, Herrn Dr. Casselmann, scheinen sie tatsächlich sehr kräftig abgefärbt zu haben, denn er hat erst jüngst in Schwabach öffentlich gesagt: Wir wissen alle, daß die Zeit für die Einigung der liberalen Parteien noch nicht gekommen ist, aber sie wird kommen. Diese Einigung bedeutet nichts anderes als die Rückkehr zu den Zeiten vor 1867, mit anderen Worten als die Aufhebung der damals gegründeten nationalliberalen Partei.“

Vielleicht findet Herr Tafel den Weg zum sogenannten Freikonföderalismus, dem er eigentlich angehört.

Zur elsaß-lothringischen Verfassungsfrage.

Die Reichsregierung folgt den Anweisungen des Zentrums. Sie zieht ihren Wahlkreiseinteilungsplan für Elsaß-Lothringen zurück und läßt einen anderen, den Ansprüchen des Zentrums besser angepassten Plan ausarbeiten. Wie die „Germania“ aus „zuverlässiger Quelle“ zu melden weiß, wird im Reichsamt des Innern gegenwärtig eine gesetzliche Wahlkreiseinteilung für Elsaß-Lothringen ausgearbeitet, die der Reichstagskommission für die elsaß-lothringische Verfassungsfrage nach Oben zu geben soll. Diese Nachricht werde, meint das liberale Blatt, in den Reichsständen gewiß freudig begrüßt werden, besonders da man jetzt wisse, was von einer Wahlkreiseinteilung durch kaiserliche Verordnung zu erwarten wäre. Der Schritt der Reichsregierung sei wieder ein

... daß sie den ... Regierung, die den Reichsständen eine ... überlasse, als die eigene Landesregierung, die den Reichsständen eine ... so faulste Wahlkreiseinteilung wie die des Herrn Mandel, die ... nahe den ... eines ... machte, beschränken wollte.“

Die freudige Bemütigung, mit der die „Germania“ ihre Meldung verbreitet, läßt darauf schließen, daß die geplante Wahlkreiseinteilung den Zentrumswünschen weit entgegenkommt. Das „Berl. Tageblatt“ meint, das Zentrum werde sicherlich nicht leichtes Herzens für die den Konservativen verhaßte reichslandische Vorlage eintreten. Dasse es sich schließlich noch dafür gewinnen, werde die Regierung sich zur Zahlung eines entsprechenden Preises bereit erklärt haben.

Tägliche Rechnungsträgererei.

Dem „Verl. Tagebl.“ hat es ein Artikel der „Leipziger Volksztg.“ angetan, der in ganz zutreffender Weise den Fall Jatho folgendermaßen skizziert:

„Jatho aber hat sich von der Lehre der evangelischen Kirche weit über die Grenze hinaus entfernt, wo überhaupt noch ein Zusammenhang mit den Grundanschauungen — von Einzelheiten ganz abgesehen — zu erkennen wäre. In einem solchen Falle von Intoleranz, von Gewissenszwang zu reden, kann eben nur liberalen Mannesseele passieren, die sich allemal am unrechten Ort entfristet. Jatho gilt liberal, auch bei seinen Sequern, als ein Mann von ungewöhnlich: ehelicher und offener Gesinnung. Und mancher, der ihn als Menschen und Geistlichen kennt, fragt sich, warum er nicht längst den Talar an den Nagel gehängt und die Verbindung mit einer Gemeinschaft gelöst hat, von der er nach Wissen, nach Bildung und Weltanschauung so weit absteht. ... Im Gefolge Jathos bleibt man „Christ“ und kann es doch mit Reichsde, Darwin oder Haedel halten. Und das ist es, was unser gebildetes Bürgerturn braucht. Eine Art national-liberales Christentum, eine Religion für Bildung und Besitz! Jatho ist persönlich unschuldig daran, daß er auch Zweden dienen muß, die er, wofern er sie lenkte, gewiß verabscheuen würde. Es ist das Halbe, Unklare und Unentschiedene seines Verhaltens, was ihm solche Elemente zuführt, die ohne inneres Bedürfnis nach Religion sich in seinem Gefolge jenes Quantum von Religion sichern, das für Abancement und den Konmerzienratistiel nun einmal erforderlich ist.“

Wohl um die „Kreuzztg.“ gleichfalls der Meinung ist, daß diejenigen, die mit den kirchlichen Glaubenslehren gebrochen haben, auch eigentlich in der Kirche nichts mehr zu suchen haben, leistet sich das „Verl. Tagebl.“ einen geradezu hysterischen Wutausbruch gegen unser Leipziger Cauderorgan, das es das „Organ der fallen Bildungspflichtigen“ nennt.

Die Haltung, die das „Verl. Tagebl.“ im Fall Jatho wie überhaupt den kirchlichen Streitigkeiten gegenüber einnimmt, ist für ein Blatt des entschiedenen Liberalismus geradezu lässlich. Wenn die tiefen Philosophen des Wisse-Blattes eine Religion ohne Glaubenssätze noch Religion nennen wollen, so mögen sie das innerlich tun. Sie mögen unerschrocken auch den Zusammenstoß derartiger „Glaubigen“ zu einer „Kirche“ noch für notwendig halten. Aber zweifellos wenigstens sollten sie fordern: Trennung von Staat und Kirche und reinliche Scheidung zwischen Orthodoxie und kirchlichem Liberalismus! Das „Berliner Tageblatt“ hat aber nicht nur gegen die Verquickung von Staat und Kirche nicht das geringste einzuwenden, sondern es begehrt sich auch für eine kirchliche Gemeinschaft, in der neben dem strengsten Buchstabenglaubigen auch der intransigente Collesleugner Platz haben soll.

Wie man für solch absurden Suddelwandel schwärmen kann, wenn nicht aus Gründen jener feigen Rechnungsträgererei, die die „Leipz. Volksztg.“ gekennzeichnet, wird nicht nur für einen „morgentlichen Orthodoxen“, sondern für jeden Menschen mit fünf gesunden Sinnen rätselhaft sein!

Nationalliberale und Fortschrittler.

Der nationalliberale Parteivorstand für Oldenburg erwidert gegen das Wahlabkommen zwischen den Fortschrittlichen und Nationalliberalen. Er erklärt, der Berliner Parteitag habe keine Fühlung mit ihm genommen, er sähe sich darum auch durch das Abkommen nicht gebunden und werde an der Sonderlandnatur für Oldenburg festhalten. Die rechtsnationalliberale „Nagelburgische Zeitung“ hofft, daß sich, schon um die Kreise in Hannover nicht zu stören, noch ein „Modus zur Verständigung“ finden lasse, weiß aber darauf hin, daß es kein Zwangsmittel gäbe, die oldenburgischen Nationalliberalen, die nicht mit Unrecht fürchten müssen, bei den Landtagswahlen im nächsten Jahre schlechte Geschäfte zu machen, wenn sie jetzt den Freisinnigen die beiden oldenburgischen Reichstagsmandate kampflos überließen, zur Verzichtleistung auf eine eigene Kandidatur zu veranlassen.

Auch in den Wahlkreisen des östlichen Westfalen und der Rheinischen Provinz findet die Einigung und Verständigung Schwierigkeiten. Die Vorstände der nationalliberalen Partei für diese Kreise haben am Dienstag folgenden Bescheid gesagt:

„Die nationalliberale Partei ist bereit, in den Wahlkreisen Winden-Lübbecke und Lippe bei der bevorstehenden Reichstagswahl sofort in der Hauptwahl die Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei zu unterstützen, wenn die Fortschrittliche Volkspartei in Herford-Halle und in Schaumburg-Lippe schon im ersten Wahlgang die Kandidaten der nationalliberalen Partei wählt. Voraussetzung für ein solches Wahlabkommen bildet die Aufstellung von Kandidaten, die beiden Parteien in den in Betracht kommenden Wahlkreisen gerecht sind. Sollte auf dieser Grundlage eine Einigung nicht zustande kommen, dann stellt die nationalliberale Partei in allen vier Wahlkreisen eigene Kandidaten auf.“

Geistlicher Sanherdenton.

In Dillen-Rheinland erscheint der „Katholische Hausfreund“. Als Redakteur zeichnet das Blatt der katholische Pfarrer August Meier in Helligenshan. Als kürzlich in Helligenshan angeblich ein Flugblatt verbreitet sein sollte, brachte der Herr Pfarrer Herüber in seinem Blatte folgende liebliche, jedoch wenig christliche Betrachtung:

„Da ist dem katholischen Hausfreund am Sonntag, den 12. März 1911, bei seiner Wanderung durch die Schmalsteine ein papierner Gefelle begegnet, der hatte ein Gesicht so bodhaft, wie ein leibhaftiger Pechstein, gegen den ein Räuber der Wägen mit ein Weisenrade ist: Der sah dabei so unaußer, so schamhaft, so geschwulstig aus, daß er sich unbedingt rumbum im schlimmsten Vorstöße gewälzt haben, ja nach seinem ganzen Wesen zu urteilen, aus einer Kloake geflossen sein mußte. Und man denke sich die Sinnverwirrung des Würdigen, er wanderte von Haus zu Haus, verlangte trotzig Aufnahme und jedermann wurde durch ihn mit schredlich wüsten Worten aufgefordert, unter seiner Fahne, ebenfalls ein schrecklich schmutziger, roter Fehen, Platz zu nehmen. ... Du lieber Rattenfänger von Gomein, was bist du doch ein treuerlicher Betrüger und stümperhafter Hüttenbläser gegen diesen Ausbund von Großherbverführer.“

Dann geht die Schimpfepistel weiter: Mistläser, Schmutzflusen (gemeint sind die Sozialdemokraten), Stuhlbomben usw. — Jedes Wort ein Nachtopf, und kein Leerer!

Ein steuerrechtliches Ausnahmefgesetz gegen die Hamburger Konsumvereine.

Schon seit langer Zeit haben die Hamburger Mittelstandsblätter mit der Frage der Konsumvereinststeuer „geschwätzt“. Diese Anregungen

Haben bei den prominenten Personen einen Resonanzboden gefunden. Da schon für das Jahr 1911 ein Mehraufschlag im Staatshaushalt in Höhe von 12-14 Millionen erwartet wird, hat eine gemischte Kommission, bestehend aus Senats- und Bürgerchambersmitgliedern, sich auf die Steuererhebung und präferiert nun zehn Steuerentwürfe, darunter einen die Besteuerung der Konsumvereine betreffenden, woraus der Staatskassensatz 100 000 M. zufließen sollen. Ingesamt soll die Hamburgische Finanzreform 7 Millionen ergeben. Die kapitalistische Entwicklung, der „Mühne“ Wagemut der langjährigen Kaufleute und Arbeiter soll nicht eingeeignet werden, lässt man sich. Aber die Konsumvereine der Arbeiter bilden ein geeignetes Steuerobjekt! Als man von dieser Steuer muntelte, richtete der größte Konsumverein Hamburgs, die „Produktion“ an die Kommission eine Eingabe gegen die Erbschaftsteuer, in der es u. a. heißt:

„Zu einer Zeit, in der die Vertreter Hamburgs bei der Reichsregierung Maßnahmen beantragen zur Verringerung der herrschenden Teuerung wichtiger Nahrungsmittel, kann verlangt werden, daß der berechneten Selbsthilfe auf diesem Gebiete der Gesetzgeber nicht hindernd in den Weg tritt.“

Es wird in der Eingabe weiter ausgeführt, daß gerade die Vermissten der Armen durch eine weitere Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel getroffen werden würden.

In dem illustren Geldparlament, Bürgerchambers genannt, wird dieser Steuerantrag lebhaft Debatten auslösen.

Gemildertes Lehrerinnen-Jobbat.

Dem württembergischen Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der in rechtlicher Beziehung eine ziemlich Gleichstellung der Lehrer und Lehrerinnen mit den Staatsbeamten bewirken will. Der Entwurf dringt zugleich eine Wiedereingliederung der Lehrerinnen-Jobbat. Die Lehrerinnen verlieren zwar auch künftig im Falle einer Heirat den Anspruch auf ihre Stelle und ihren Ruhegehalt, mit Zustimmung des Gemeinderats und des Oberkonsults kann aber die Belassung auf der bisherigen Stelle mit den gleichen Bezügen oder die Veretzung auf einer anderen Stelle erfolgen.

Schweiz.

Von der Kranken- und Unfallversicherung.

Bärisch, 2. April. (Wg. Ver.) In der verflochtenen Frühlingsession der Bundesversammlung ist nach fast 3 1/2-jähriger Verhandlung endlich die Vorlage betr. die Kranken- und Unfallversicherung so weit gediehen, daß sie in der nächsten Junisession, da es sich nur noch um die redaktionelle Behandlung handelt, verabschiedet werden kann. Die kritischsten Fragen waren zuletzt die der Beitragspflicht der Unternehmer an die Krankenversicherung für ihre Arbeiter und die Einbeziehung der Richtbetriebsunfälle in die staatliche Unfallversicherung. Die die Kapitalisten am liebsten den privaten Versicherungsgesellschaften, die alljährlich an ihre Aktionäre Dividenden bis zu 20 Proz. und darüber entrichten, reserviert hätten. Die letztere Frage ist nun so geregelt, daß die Kantone und die Gemeinden das Recht erhalten, die Unternehmer zu Beiträgen an die obligatorische Krankenversicherung ihrer Arbeiter zu verpflichten; aber jeder derartige Beschluß bedarf der Zustimmung der Bundesversammlung, wenn diese sie verteidigt, so fallen alle bezüglichen Beschlüsse einfach dahin.

Diese Lösung ist eine durchaus unbefriedigende und bietet einen sehr schlechten Ersatz für das von dem nassen und rohen Klassenegoismus der kapitalistischen Mehrheit der Bundesversammlung abgelehnte Obligatorium der Beitragsleistung der Unternehmer an die Krankenversicherung ihrer Arbeiter.

Die Nichtbetriebsunfälle verbleiben der staatlichen Unfallversicherung gemäß der Bundesrätlichen Vorlage. Die bezügliche Prämie hat zu drei Vierteln der Versicherung, zu einem Viertel der Bund zu tragen.

In die Krankenversicherungsbeiträge soll der Bund für jeden Versicherten mit nicht über 3000 Frank Jahresinkommen einen Beitrag von 12 1/2 Proz. der Versicherungsprämie leisten. Der gesamte jährliche Bundesbeitrag an die Versicherung ist auf 7 000 000 Frank berechnet.

Wir werden auf das Versicherungsgesetz ausführlicher zurückkommen, sobald es parlamentarisch erledigt ist.

Frankreich.

Vollstreckung statt Verurteilung.

Paris, 12. April. (H. B.) Der Sozialist Jaures hat einen Antrag auf Umwandlung der Armee in ein Volkshier in der Kammer eingebracht. Die Begründung zu diesem Antrag, welche heute im Druck erschienen ist, stellt einen Band von mehreren hundert Seiten dar.

Belgien.

Der Kampf gegen die kirchliche Schulvorlage.

Es sieht nicht danach aus, daß es der Regierung gelingen werde, das Schulgesetz, das als Abschiedsgesetz der vergehenden kirchlichen Mehrheit den Schlußstein auf die seit 1884 herrschende Schulverfassungspolitik setzen sollte, nach unter Dach zu bringen. Man hatte so nun gerechnet, mit dem scheinbaren Zugeständnis der Einführung der Schulspflicht, dem Verbot der Exklusivität unter 14 Jahren u. a. den eigentlichen Kern der Vorlage überdecken und dem Widerstand der antiklerikalen Volksmehrheit die Spitze abbrechen zu können. Diese aber ist im Kampfe mit der überschaubaren Politik der frommen Hürden gestürzt, um die verdächtige Ware trotz der schönen Fortschrittsfloskel sofort zu akzeptieren. Und wenn jetzt noch bedächtiger Reiz die schwarze Presse den mächtig einwirkenden Vorkämpfern als eine „Wunde der Freimaurer“ hinweisen will, so ist es recht hübsch, demgegenüber festzustellen, daß die Kritik der gegen die Vorlage protokolliert haben, die katholischen Lehrer der religiösen „freien Schulen“ gewesen sind — natürlich mit Ausnahme der Ordensbrüder und -Schwestern, auf deren Weib die Vorlage ja zugeschnitten ist. Diese Lehrer mehren sich nicht nur gegen die ihnen zugesagte unzureichende Befolgung. Sie bekämpfen auch das Glanzstück der Vorlage: den „Schuldön“, der nach ihrer Ansicht auf Sachkunde beruhenden Ueberzeugung den Schulbetrieb mit neuer Festigkeit entfesseln würde. Die Regierung schlägt nämlich vor, jeder Schullehrer solle sowohl Anweisungen auf den staatlichen Schulzweck erhalten, als er schulpflichtige Kinder hat, und diese nach seiner Wahl der Schule, der er die Kinder zuweisen will: der neutralen oder der „freien“ (religiösen), übergeben. Daß damit der schandliche Krieg um die „Seelen“, der zugleich um die von der Kirche nicht geringer geschätzten klingenden Staatsbeiträge ginge, entfaltet würde, liegt auf der Hand. Alle Machtmittel gegen widerpenstige Gemeindeglieder, Lohnarbeiter, wie sie selbst in Frankreich noch immer als Restruktionsmittel der frommen Schulen dienen, würden angewandt werden. Für die kirchlichen kommen natürlich noch eine Reihe weiterer Ueberlegungen hinzu: insbesondere der Hundung mit der auf dem Papier stehenden „Schulpflicht“ und die Zuvendigung von etwa 20 Millionen Frank jährlich an die unterrichtenden geistlichen Orden.

Sozialisten und Liberale gehen gemeinsam in diesem Kampfe vor. Ihre Parole lautet: Behinderung jedes Schulgesetzes vor der Kammervermehrung. Sie weisen darauf hin, daß die Mehrheit der Regierung in der Kammer sich mit fast jeder Wahl verringert

hat; daß sie schon heute, trotz Minderheit, nicht mehr die Mehrheit der Wähler hinter sich hat; daß schon die auf Grund der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 nötig geordnete neue Wahlkreis-einteilung auch in der Kammer die kirchliche Mehrheit über die Mehrheit werde. Sie fordern daher die Kammerauflösung und die Erneuerung nach Feststellung der Zählungsergebnisse, d. i. im Frühjahr 1912. Zugleich wird offen die Obstruktion in der Kammer vorbereitet. Infolge der minimalen Regierungsmehrheit (83 gegen 77) haben von den 3 Abteilungen der Kammer nur 3 eine Regierungsmehrheit. Die 2 oppositionellen Abteilungen aber lehnen die nach der Geschäftsordnung ihnen zustehende Wahl eines Ausschusses, der zur Beratung der Vorlage nötig wäre, kurzweg ab. Und die theoretisch möglichen Auswege einer Änderung der Geschäftsordnung oder einer vorherigen Beratung im Senat, der die Sache dann auf die Tagesordnung der Kammer bringen würde, verbleibt sich bei dem kleinen Kräfteunterschied der Parteien und der Erregung im Volke von selbst.

Drohen doch liberale Mäler offen mit dem Generalstreik, den Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam, in Verbindung mit der Streikendemonstration anzuwenden würden, falls die parlamentarische Delamierung nicht andränge. Für den 15. August wird die große sozialistische Kundgebung für das Wahlrecht und gegen die Schulvorlage vorbereitet. Aber jetzt schon schwillt die Flut der Empörung mächtig an. Am 10. April fand die erste gemeinsame Kundgebung in Brüssel statt, bei der die Führer beider Parteien, Genosse Professor S. Denis und der liberale Altbürgermeister von Brüssel, Buis, im Bureau saßen, während Vanderhelde und der liberale Symans referierten. Es folgte eine große Streikendemonstration unter dem alten Ruf: Nieder mit der Konstitution. — So darf man annehmen, daß der letzte große Uebermut der kirchlichen Minderheitsregierung zu ihrem endgültigen Falle die Glocken geläutet hat. Die kommenden Monate werden in Belgien der Kampfplatz zum entscheidenden Ringen vorbereiten.

Aus der Partei.

Ein Konflikt.

In recht eigenartiger Weise macht sich in den letzten Nummern der „Schwäbischen Tagwacht“ nach außen hin ein Konflikt bemerkbar, der zwischen den Stuttgarter Vertrauensmännern der Partei und der Redaktionsmehrheit der „Tagwacht“ ausgebrochen ist. Die Kontingenzausgabe der „Tagwacht“ enthielt folgende Erklärung:

Nach uns gewordenen Mitteilungen sind in einer Versammlung der Stuttgarter Vertrauensmänner vom letzten Dienstag über Fragen unseres inneren Redaktionsbetriebs Mitteilungen gemacht worden, die zum mindesten nicht vollständig waren und bezieht haben, daß völlig falsche Vorstellungen erweckt wurden. Auf Grund dieser Mitteilungen ist von einer Reihe von Parteigenossen Kritik an der Redaktion der „Tagwacht“ geübt und sind herabwürdigende Urteile gefällt worden, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.

Da das nicht der erste Vorgang dieser Art ist und da uns bisher jede Möglichkeit gefehlt hat, innerhalb des geschlossenen Vertretungskörpers der Vertrauensmänner wahrheitsgemäß Auskunft zu geben, sehen wir uns zu dieser Erklärung gezwungen. Keil, Rohmann, Sauerbed, Ulrich.

Darauf antwortete in der Dienstagnummer der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart:

Die Redakteure der Schwäb. Tagwacht Keil, Rohmann, Sauerbed und Ulrich wenden sich in der gestrigen Nummer der „Tagwacht“ mit einer „Erklärung“ an die Öffentlichkeit. Die „Erklärung“ bezieht sich mit den Verhandlungen der Vertrauensmännerversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart am 4. April d. J. Sie enthält außerordentlich schwere Beschuldigungen gegen Parteigenossen. Dazu sei bemerkt:

1. Interne Redaktionsgeheimnisse, die von den Vertrauensmännern der Partei geheim gehalten worden müßten, sind in jener Versammlung weder mitgeteilt noch verhandelt worden.
2. Die Namen der Redakteure Rohmann, Sauerbed und Ulrich sind überhaupt nicht genannt worden. Von der Existenz des seit einigen Wochen dem Redaktionsverband der „Schwäb. Tagwacht“ angehörigen Redakteurs Ulrich dürften die meisten Parteigenossen erst durch die Unterzeichnung der „Erklärung“ Kenntnis erlangt haben.
3. Die Vertrauensmännerversammlung hat, obgleich ein dahingehender Antrag von keinem der obengenannten vier Redakteure jemals gestellt worden ist, in jener Sitzung am 4. April von sich aus beschlossen, beim Landesvorstand eine gemeinsame Sitzung der Gesamtedaktion mit dem Landesvorstand und den Vertrauensmännern des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart zu beantragen, um so auf ordnungsgemäße Weise eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen.
4. Kritische Bemerkungen über die Redaktionsführung des Chefredakteurs Keil und die „Tagwacht“ sind in jener Sitzung von den Vorsitzenden zurückgewiesen worden.
5. Die „Erklärung“ der vier Redakteure stützt sich offenbar auf unvollständige und irreführende Mitteilungen eines Dritten, der jener Vertrauensmännerversammlung gar nicht anwesend war. Durch eine kurze Anfrage bei dem im Nebenraum arbeitenden Redakteur Weismeyer, beim Parteisekretariat oder bei einem anderen Teilnehmer jener Versammlung hätten die Unterzeichner der „Erklärung“ den Sachverhalt sofort erfahren können. Dem Unterzeichneten ist jedoch die „Erklärung“ erst durch die „Tagwacht“ bekannt geworden.

Fr. Westmeyer,

Vorsitzender des Soziald. Vereins Stuttgart.

Im Anschluß an diese Sachdarstellung veröffentlichen die vier Redakteure folgende Erwiderung:

Auf die vorstehenden Ausführungen haben wir zu erwidern: Zu 1.: In unserer Erklärung ist nicht gesagt, daß über interne Redaktionsverhältnisse, die geheim gehalten werden müßten, gesprochen worden sei, sondern nur: die Parteigenossen seien über diese Verhältnisse so ungenügend informiert worden, daß sie zu einer scharfen Kritik und zu herabwürdigenden Urteilen gekommen seien. Diese Feststellung entspricht der Wahrheit. Es hätte kein Grund zu einem kritischen Wort über die „Schwäbische Tagwacht“ vorgelegen, wenn wahrheitsgemäß und vollständig über den in Frage stehenden Vorgang berichtet worden wäre.

Zu 2.: Welche Namen in der Versammlung genannt worden sind, ist von geringer Bedeutung gegenüber der Tatsache, daß über die „Schwäbische Tagwacht“ als sozialdemokratisches Blatt in herabwürdigender Weise geurteilt wurde. Als Parteigenossen haben wir ein Interesse daran, daß das Ansehen der „Schwäb. Tagwacht“ gewahrt wird; als Redakteure treten wir dagegen auf, daß die Parteigenossen über Verhältnisse innerhalb der Redaktion, deren Mitglieder wir sind, unrichtig informiert werden. Da es sich um Dinge handelt, die sich innerhalb der letzten 14 Tage abgespielt haben, ist auch der Kollege Ulrich, der seit mehr als 2 Monaten Mitglied der Redaktion ist, interessiert.

Zu 3.: Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins hat uns von dem Beschluß, eine gemeinsame Sitzung zu beantragen, keine Kenntnis gegeben.

Zu 4.: Kritische Bemerkungen über den Chefredakteur Keil und die „Tagwacht“ wären in jener Debatte nicht denkbar gewesen und der Vorsitzende wäre der Mühe, sie zurückzuweisen, entbehren gewesen, wenn die Parteigenossen genau und vollständig unterrichtet worden wären.

Zu 5.: Unsere Erklärung stützt sich auf Mitteilungen von Teilnehmern der Versammlung, an deren Wahrheitsliebe zu zweifeln kein Grund vorliegt. Der im Nebenraum arbeitende Weismeyer hat keinem der Unterzeichneten Mitteilung davon gemacht, daß die „Schwäbische Tagwacht“ wieder einmal Gegenstand heftiger Debatten gewesen ist. Das ist einer der Gründe,

aus denen es sich verbietet, bei ihm um Mitteilungen über den Sachverhalt zu bitten.

Keil, Rohmann, Sauerbed, Ulrich.

Verbotener Nahrungsmittel.

Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Kiel-Goarden hatte sich um Genehmigung eines Nahrungsmittels an den Kieler Polizeipräsidenten gewandt. Darauf ging dem Vorsitzenden folgendes Kulturdokument zu:

„Die nachgeforderte Genehmigung für einen am 1. Mai d. J. von dem Sozialdemokratischen Verein Kiel-Goarden geplanten Nahrungsmittel vom Vintaplach nach der Waldwiese wird auf Grund des § 7 des Reichsverordnungs-Gesetzes vom 19. April 1908 verweigert, weil durch denselben nach Lage der hiesigen Verhältnisse und unter Berücksichtigung des gewählten Tages eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist.“

Der beschriebene Nahrungsmittel hat den ausgesprochenen Zweck, im Namen der Sozialdemokratischen Partei gegen die bestehende Staats-, Gesellschafts- und Arbeitsordnung (!) auf der Straße zu demonstrieren. Da die Zeitung des Tages in keiner Weise in der Lage ist, die Teilnehmer an demselben der Zahl nach vollständig zu beschreiben und für ihr Verhalten bei dem Nahrungsmittel ausreichende Gewähr zu übernehmen, ist bei der Zahl und der Zusammensetzung der Bevölkerung der hiesigen Stadt zu befürchten, daß sich, wie auch bei früheren ähnlichen Fällen (!) in großer Zahl solche Elemente an dem Zuge beteiligen werden, welche zu Raub und Gewalttätigkeiten neigen. Ausführungen durch solche Personen sind aber um so mehr zu erwarten, als der Demonstrationzug bei seiner politischen Tendenz geeignet ist, auch den Widerspruch der anders gesinnten Menge zu erregen, die teils aus politischer Gegnerschaft, teils, weil sie durch erzwungene Arbeitsruhe der feiernden Arbeitsgenossen zur Arbeits-einstellung gezwungen und dadurch wirtschaftlich geschädigt wird, die Manifestation auf das entschiedenste verurteilt. Dieser Widerspruch läßt Reibungen zwischen den Demonstrierenden und dem übrigen Publikum in hohem Maße befürchten. v. Schaefer.“

Das Verbot ist natürlich gesehentlich. Sehr lebenswürdig ist zwar die polizeiliche Fürsorge, daß den Demonstrierenden bei Genehmigung des Nahrungsmittels von der „anderegestimmten Menge“ (wohl den Patrioten) Unheil drohen könnte, aber zu einem Verbot lang die Befürchtung durchaus nicht. Uebrigens hat die Sozialdemokratie bei früheren ähnlichen Fällen im Gegensatz zu der Auffassung des Polizeipräsidenten bewiesen, daß sie es versteht, musterhafte Ordnung zu halten. Die ganze Antwort atmet den preussischen Polizeigeist, dem es als ein schandwürdiges Verbrechen gilt, wenn — um im Stile des Herrn v. Schroeter zu sprechen — gegen die bestehende Arbeitsordnung demonstriert wird.

Eine Quittung für bürgerliche Mandatsrücker.

Einen geradezu glänzenden Sieg über den bürgerlichen Ordnungsdreier errangen unsere Genossen in Hahnau (Schlesien) bei der am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl. Im November 1906 gelang es unseren Genossen zum erstenmal mit etwa 50 Stimmen Mehrheit über die vereinigten bürgerlichen Gegner zu siegen. Es wurde Protest eingelegt und als Grund die bekannte Unvollständigkeit der Wählerliste und die Ungültigkeit des Wahlergebnisses angegeben. Trotz des lebhaften Widerpruchs des Bürgermeisters erklärte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Mandate der sechs Sozialdemokraten für ungültig. Der Bezirksauschuss stellte sich natürlich auf den gleichen Standpunkt und da vom Kreis-ausschuss ein anderes Resultat auch nicht zu erwarten war, verzichteten unsere Genossen auf diese „Rechtsprechung“. Am Montag fanden nun die Neuwahlen statt, mit dem Resultat, daß diesmal die Kandidaten der Sozialdemokratie 180 Stimmen mehr erhielten, als bei der Wahl im November 1906. Mit 592 gegen 412 Stimmen wurde den vereinigten bürgerlichen Mandatsrücker die Quittung für ihr vollstündliches Verhalten ausgestellt. Ganze 60 Stimmen mehr hatten die Gegner trotz der verzweifeltsten und schäblichsten Agitation unter Assistenz des Reichsverbandes aufbringen können. Vom Nachtwächler bis zu den höchsten Beamten hinauf wurde alles an die Wahlurne geschleppt.

Mitteilungen zum Wahlkampf.

Die Generalversammlung des Wahlvereins Mühlhausen in Eisenach beschloß nach lebhafter Debatte über die kommenden Wahlen einstimmig die Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Mitgliedschaft und Monat auf die Dauer eines Jahres. Der erste Extrabeitrag soll im April erhoben werden. Ein Vorstandsbeschluss, der nur für zehn Monate eine Extra-steuer vorschlug, ging den Genossen nicht weit genug. Eine treffliche Illustration zu dem schwarzadlerischen Märchen, daß die Führer der Partei den Genossen durch schlimmsten Terrorismus die Beitragsgegner abknöpfen.

Soziales.

Vertragsabrede gegen die guten Sitten.

Die Verkäuferin J. war bei der besagten Schuhwarenfirma Carl Stiller seit Juli v. J. tätig gewesen. Einige Zeit nach begonnenen Tätigkeit wurde dem gesamten Personal der Firma ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, nach welchem der Angestellte seinen Verzicht auf Gehalt erklärt, für den Fall, daß er nach der Kündigung aus irgend welchem Grunde fehlen sollte. Da ihre Mitangestellten den Revers alle unterzeichneten, so unterschrieb sie auch. Als sie dann im Februar d. J. selbst kündigte und wegen eines Magenleides auf Grund ärztlichen Attestes fehlte, wurde ihr das Gehalt für die Krankheitsstage vorenthalten. Die Mägenin, die jetzt ihren Gehaltsanspruch geltend machte, führte aus, daß sie allerdings den Schein unterschrieben habe, nachdem die Geschäftsleitung gesagt habe, es werde nur in Fällen böswilligen Verhaltens davon Gebrauch gemacht werden. Sie müge ja nachgehenden unterschreiben, denn hätte sie sich ausgeschlossen, dann wäre sie „herausgeschlagen“. Der Geschäftsführer der Besagten, Kurt, machte dagegen geltend, daß das Personal ohne Ausübung eines Zwanges die schriftliche Erklärung abgegeben habe, und daß darum auch die Verzichtleistung der Mägenin zu Recht bestehe. Sollte etwa das Gericht die Vereinbarung für ungültig erklären, weil sie erst nach dem Engagement erfolgte, so würde die Firma sich gezwungen sehen, heute noch dem gesamten Personal zu kündigen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung des Gehalts für die Tage ihrer Erkrankung in Höhe von 90 M. und zwar mit folgender Begründung: Die Frage, ob § 63 des Handelsgesetzbuchs ausgeschlossen werden kann oder nicht, brauche hier nicht geprüft zu werden, da die Vereinbarung der besagten Firma mit dem Personal viel zu unklar abgefaßt ist. Der § 63 bezieht sich nur auf das Fehlen wegen Krankheit, während die Firma überhaupt jedes Fehlen, gleichviel aus welchem Grunde, in den Gehaltsauschluß einbezogen wissen wollte. Selbst wenn man es nur auf den Krankheitsfall beziehen wollte, so würde doch die Vereinbarung in diesem Falle gegen die guten Sitten verstoßen. Eine Vereinbarung von so weittragender Bedeutung, wie sie der Ausschluß des § 63 bedeutet, kann nicht während der Dienstzeit getroffen werden. Vor dem Dienstantritt, bzw. vor Vertragsabschluss haben die Angestellten die Möglichkeit, eine derartige Stellung nicht anzunehmen, umso mehr, da der größte Teil der Geschäftsleute den § 63 nicht ausschließt. Seht sich der Angestellte durch die Weigerung, die neue Vertragsaufgabe zu unterschreiben, der Kündigung aus, so hat er auch einen erheblichen materiellen Verlust zu erwarten. 7

Gewerkschaftliches.

Scharfmacherhoffnungen.

Der Berichterstatter des „Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona“, gleichzeitig Schriftleiter der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ Freiherr v. Reisch hat in seinem jetzt erschienenen Jahresbericht den Unternehmern die Notwendigkeit der gelben Gewerkschaften nochmals dringend ans Herz gelegt. Die Gewerkschaften seien energischer zu bekämpfen. Wer das nicht tue, der toleriere die Arbeiterorganisationen, was zur Selbstvernichtung der Unternehmer hinauslaufen müßte. Die Agitation der Gewerkschaften in den Fabriken müsse unterbunden werden. Dann sei Vorkehrung zu treffen, damit bei den Arbeitgebern das Solidaritätsgefühl und die Opferwilligkeit mehr wie bisher einziehe. Die schwedischen Arbeitgeber seien hierin den Deutschen vorbildlich. An diese Maßnahmen knüpft v. Reisch noch folgendes:

„Die völlige Pazifizierung des Arbeitsmarktes scheitert nicht nur daran, daß die Sozialdemokratie, die sich die Vormundschaft über die Arbeiterbewegung dank der Energiefertigkeit weitestest Kreise ungefragt anmaßend durste, es ja gerade zwecks Förderung ihrer revolutionären Absichten auf die ständige Verschärfung der Klassengegensätze im Volk abgesehen hat, sondern auch daran, daß die dem Koalitionswesen zugrunde liegende Idee in dem Verlangen gipfelt, der Gegenseite zwangsweise die Zugeständnisse abzunötigen, die man freiwillig zu leisten aus guten Gründen nicht geneigt und wohl auch zum großen Teil gar nicht imstande ist. So haben wir denn mit der Verpflichtung zu rechnen, im Interesse der Prosperität der deutschen Arbeiterzeugung und damit im Interesse der nationalen Gesamtwohlfaht die eigene Position derart zu stärken, daß wir in der Lage sind, sachlich unberechtigte Forderungen der Arbeiterorganisationen wirksam zurückzuweisen. Eine solche Gegenwehr ist in keiner Weise mit der Absicht zu identifizieren, die Gewerkschaftsbewegung, die nun einmal den Segen der Gesetzgebung erhalten hat, vollkommen über den Haufen zu werfen. Sie dient vielmehr einzig und allein dazu, das naturnotwendige Gleichgewicht der Kräfte herbeizuführen. Die die Dinge zurzeit liegen, ist dieses Gleichgewicht ohne Zweifel ganz empfindlich gestört; die Verteidigungsaktion des Unternehmertums ist eine zersplitterte und in dynamischer Hinsicht ungleich. Darum ist es unbedingt erforderlich, daß die deutschen Arbeitgeber zu dem Entschluß veranlaßt werden, ihre in Unordnung geratenen Reihen nach dem Vorbild der schwedischen Arbeitkollegen zu ordnen und zu einem Schlage auszuholen, der den Gegnern Mäßigung vor ihrer Geschlossenheit und Stärke abnötigt. Zu einem solchen Entscheidungslampfe muß es früher oder später doch einmal kommen; je eher und nachhaltiger er vorbereitet wird, desto erproblicher wird er für alle Teile sein.“

Was alles als „sachlich unberechtigte Forderungen der Arbeiter“ bei den Scharfmachern angesehen wird, ist bekannt. Bei ihnen ist jede Forderung unberechtigt, soweit sie auf wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter hinzielt. Wenn möchte man jeden Kampf für diese Besserstellung verhindern, die Organisationen der Arbeiter mit Gewalt unterdrücken. Aber diese Organisationen sind nun einmal da, sind unbeflegbar und das beste Schutzkartell für die Bestrebungen der Arbeiterschaft. Die Unbeflegbarkeit der Gewerkschaften sehen auch die Scharfmacher ein und darum wollen sie sich auf den Versuch beschränken, ein „Gleichgewicht der Kräfte“ herbeizuführen. Wie in Schweden soll zu einem Generalschlag ausgeholt werden, d. i. die allgemeine Aussperrung aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Dieser Schlag muß kommen, meint der in Scharfmacherebene stehende Berichterstatter. Nun, er mag kommen, die deutschen Arbeiter werden den Scharfmachern schon zeigen, daß sie die Generalaussperrung nicht fürchten. Diese Aussperrung dürfte segensreiche Folgen für die scharfmacherischen Heber zeitigen; vor allem die, daß für sie die Dämme nicht in den Himmel wachsen werden. Nur los!

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei der A. E. G.

Hat auf Grundlage des gestern von uns kurz mitgeteilten Angebotes der Direktion sein Ende nicht erreicht. Die Streikenden, die sich gestern nachmittag wiederum bei Ballschmiedes verammelt hatten, lehnten es heinahe einstimmig ab, unter jenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Am Vormittag hatte nochmals eine Besprechung mit Direktor Elise stattgefunden, aber weitere Zugeständnisse nicht ergeben. Falls die Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen würden, sollten 400 sofort wieder eingestellt werden und alle anderen nach Bedarf, sobald Stellen frei werden. Auf weitere Verhandlungen wollte sich die Direktion nicht mehr einlassen. — Nachdem der Obmann Ulrich von der Subkommission über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet hatte, folgte eine zeitweise sehr erregte Debatte, die über drei Stunden dauerte. Die geheime Abstimmung ergab sodann die Ablehnung des Angebots mit 978 gegen 52 Stimmen. Schließlich suchte man durch die folgende Resolution, die gegen wenige Stimmen angenommen wurde, noch einen Weg der Verständigung zu bahnen:

„Die streikenden Lager-, Bader-, Hilfs- und Transportarbeiter der A. E. G., Brannenstraße, beschließen, daß sie den bisher von der Direktion gemachten Zugeständnissen nicht zustimmen können. Dagegen nimmt die Versammlung Kenntnis von der Zusicherung, die seinerzeit Herr Direktor Elise gemacht haben soll dahingehend, daß der bisherige Stundenlohn für alle um 2 Pf. ausbezahlt wird und daß der Einstellungslohn von jetzt ab 42 Pf. betragen soll. Die Versammlung bedauert auf das tiefste, daß darüber ein Mißverständnis zutage getreten ist, und erklärt, daß es sonst zu einem Streik nicht gekommen wäre. Sie beauftragt die Subkommission, dies Herrn Direktor Elise mitzuteilen, sowie daß die Streikenden gewillt sind, zu den obigen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Gleichzeitig richtet sie an die Kollegen Metallarbeiter die Bitte, strenge Solidarität zu üben und ihr Wort in die Waagschale zu werfen, daß und diese Zugeständnisse seitens der Direktion erneut gemacht werden.“

Die Reinerkommission wird nun versuchen, nochmals vorstellig zu werden, um der Direktion den Beschluß der Versammlung mitzuteilen.

Ein Tarifvertrag für die Tapezierer.

Die Generalversammlung, die der Verband der Tapezierer zum Dienstagabend nach Freyers Festsaal, Kopenstraße, einberufen hatte, war außerordentlich zahlreich besucht. Eine erneute Abstimmung über den am Sonntag, wie von uns berichtet, abgelehnten Tarifvertrag sollte vorgenommen werden. Ziehwitz erläuterte die aus den Kommissionsberatungen hervorgegangenen Vorschläge und empfahl wiederum dringend die Annahme des Vertrages. Noch einmal wurde in langer Diskussion das Für und Wider erwogen, mit Heftigkeit plagten oft die Meinungen aufeinander. Auch Otto Wels, der schon zwei Tarifbewegungen der Tapezierer geleitet hatte, hielt eine Ansprache und empfahl den Versammelten, aus Gründen der Klugheit und Taktik, dem Vertrage zuzustimmen. — Nach Mitternacht wurde das folgende Resultat einer geheimen Abstimmung verhandelt: Von über 1000 abgegebenen Stimmen waren 600 für den Tarifvertrag, 489 gegen den Tarifvertrag und 7 oder 8 Stimmen waren ungültig. Die in der Dienstagsnummer des

„Vorwärts“ bekanntgemachten Bedingungen sind also angenommen, und zwar für einen vierjährigen Vertrag.

Mäßigung, Glasarbeiter! Der Vertriebsleiter der Glasbläsererei und Hartglaswerke in Mügeln (Bezirk Dresden) sucht in Berlin Glasbläser als Streikbrecher. Wir eruchen die Kollegen, kein Arbeitsangebot nach dem genannten Orte anzunehmen.

Verband der Glasarbeiter.

Ruffereit in Nieder-Schönweide. Bei der Firma Fuhrer-Geschäft und Kohlenhandlung August Schmidt, Nieder-Schönweide, Berliner Str. 20, haben die Ruffere am Mittwoch früh einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Firma betreibt seit Jahren für die in der dortigen Gegend befindlichen großen Fabriken, für den Flugplatz sowie von und nach der Güterbahn. Da es sich um schwere Transporte handelt, ist die Arbeit dieser Ruffere eine äußerst anstrengende. Hingzu kommt noch, daß die Ruffere den ganzen Tag mit ihren Gespannen unterwegs sein müssen und daher nicht in der Lage sind, am Tage bei ihrer Familie eine warme Mahlzeit einnehmen zu können. Obgleich die meisten Ruffere schon jahrelang in dem Betriebe tätig sind und zum Wohlstande des Unternehmers mit beigetragen haben, zahlte Herr Schmidt im Gegenjate zu anderen derartigen Betrieben einen sehr minimalen Lohn, 27 M. pro Woche, wozu noch die Versicherungsbeiträge in Abzug kamen.

Die Ruffere, welche sämtlich Mitglieder des Transportarbeiterverbandes sind, stellten nunmehr vor 14 Tagen durch ihren Verband Forderungen. Durch ein Schreiben an die Verbandsleitung ließ Herr Schmidt erklären, daß er es ablehne, in Verhandlungen mit dieser einzutreten; er würde seinen Ruffern 1 M. pro Woche zulegen, damit sei für ihm die Sache erledigt. Hiermit waren die Ruffere nicht einverstanden; sie wünschten den üblichen Lohn für Ruffere von 30 M. pro Woche und 1 M. für das Füttern der Pferde an den Sonntagnachmittagen für den dujourhabenden Ruffere.

Bei einer Verhandlung mit den Ruffern lehnte der Unternehmer jegliches weitere Zugeständnis ab. Darauf traten die Ruffere bereits am Dienstag früh in den Streik. Nach 1 1/2 stündiger Dauer verhandelte dann der Unternehmer mit einem Vertreter des Verbandes und bewilligte die obige Forderung. Er erklärte sich weiter bereit, daß dies Zugeständnis auf die Dauer eines Jahres gelten solle, seitens des Verbandes schriftlich fixiert und dann von beiden Teilen unter schriftlich anerkannt werden sollte.

Als dann am Dienstagabend der Verbandsvertreter mit der schriftlichen Vereinbarung bei Herrn Schmidt erschien, verweigerte dieser die Unterschrift und erklärte, daß er sich die Sache überlegt habe; er gebe den Streikern, die bei ihm streikten, keine Unterschrift.

Da sich die Ruffere durch dieses Benehmen beleidigt fühlten und auch weiter der Ueberzeugung sind, daß der Unternehmer noch kurzer Zeit den versprochenen Lohn nicht weiterzahlen werde, legten sie am Mittwoch früh die Arbeit abermals nieder.

Der Betrieb ist gesperrt. Die Ruffere und Arbeiter Berlins werden gebeten, den Zugang strengstens fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Vergherren bleiben überall dieselben!

Der Verband der Vergarbeiter Deutschlands, der Gewerksverein christlicher Vergarbeiter und die polnische Berufsvereinigung hatten an die Bezirksverbände des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus das Ersuchen gerichtet, einen am 15. April in Kraft tretenden Tarif zu genehmigen. Antwort war bis zum 12. April erbeten. Gestern haben die Grubenverwaltungen geantwortet, daß sie nur mit den gesetzlich bestimmten Vertretern der Bergbauverbände verhandeln würden. Die Eigenart des mitteldeutschen Bergbaus schließe die Anwendung eines Lohntarifes aus und verbiete Mindestlöhne im Beding nach dessen Bedingungen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit sei gesundheitlich nicht notwendig (!) und wirtschaftlich unbrauchbar.

Ueber die Ursache des Konfliktes mit den Buchdruckern veröffentlicht unser Essener Vorbeiblatt eine Mitteilung, aus der sich ergibt, daß es sich um belanglose Differenzen handelt, die sich bei der Reuanstellung eines technischen Leiters ergaben. „Der neu eingestellte technische Leiter“, schreibt unser Bruderorgan, „suchte sich in der Segerei einen geeigneten Platz. Hiermit war das Personal nicht einverstanden, gab aber keine Erklärung ab, sondern versetzte, als der technische Leiter auf einige Augenblicke die Segerei verließ, dessen Vult. Wegen dieses Vorgehens zur Rede gestellt, erklärte das Personal, es wolle sich nicht gefallen lassen, daß der Leiter diesen Platz behalte. Diese direkte Aufficht sei unbillig. Als dem Verlangen, das Vult nach dem Willen des Personals zu stellen, nicht stattgegeben wurde, stellte das Personal die Arbeit ein, und verlangte, daß der technische Leiter seinen Platz anders wählen solle. Die Verhandlungen, welche hieraus eingeleitet wurden, hatten folgendes Resultat: Der Arbeitersaustausch und der Bauverstand der Buchdrucker erklärten, daß das Personal tariflich in keiner Weise berechtigt war, die Arbeit niederzulegen. Die Arbeit wurde dann auch ohne weiteres wieder aufgenommen. Das Personal wurde dann erlucht, einen Platz für den Leiter anzugeben, es erklärte aber, daß es nunmehr kein Interesse mehr an der Sache habe.“

Hinze und die Leipziger Polizei.

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Leipziger Volkszeitung“:

Hinze, der bekannte Führer der Streikbrechergarde, hatte beim vorjährigen Streik der Meißnerfestlatter in Leipzig den betroffenen Firmen seine willigen Arbeitskräfte angeboten. Hinze war selbst auf dem Kampfbplatz erschienen und ließ schließlich den Namen eines vor der Hofferfabrik Saxonia in der Eisenstraße stehenden Streikpostens feststellen. Angeblich wegen Verletzung seiner schätzenswerten Persönlichkeit, flugs warf sich auch die Polizei zum Meiter des bedrohten Hinze auf und schickte dem angeblenden Streikführer einen Strafbesehl. Vier Tage Haft und 4,00 M. Kosten sollte er zahlen. Aber: manchmal und überhaupt, kommt es anders, als man glaubt. Der Sänder legte Berufung ein. Das Schöffengericht hatte schon einmal Termin angesetzt und Hinze freundlich eingeladen, als Zeuge zu fungieren. Hinze aber erschien nicht, er war mittlerweile zum Militärdienst eingezogen worden, von dem er sich bolder gedrückt hatte. Er wurde deshalb kommissarisch in seiner Garnison Rugeburg vernommen. Und da stellte sich heraus, daß Hinze unter seinem Eide die Behauptung, er sei belästigt worden, nicht aufrecht erhalten konnte. Das wurde in dem Termin, der jetzt stattgefunden hat, festgestellt. Der zweite Zeuge, ein Schuymann, konnte nur sagen, daß er den Namen des Streikpostens auf Veranlassung Hinzes notiert habe. Unter diesen Umständen konnte der Verteidiger Neu sogar auf die Entlastungszugungen verzichten. Das Gericht mußte zur Freisprechung kommen.

Was hierbei interessiert, ist die Tatsache, daß die Leipziger Polizei, lediglich auf Veranlassung eines Menschen, der nur unter dem Zwange des Eides die Wahrheit sagt, eine Strafverfügung erläßt, die sich hinterher als unhaltbar herausstellt. Das zeugt von einer ganz besonderen Objektivität gegenüber den Arbeitern.

Zum Streik der Hafnarbeiter in Mannheim.

Seit Dienstag hat sich die Situation im Streikgebiete wesentlich verschärft. Dem Arbeitgeberverband ist es gelungen, aus Essen (Ruhr) etwa 400 Streikbrecher zusammenzuführen. Das Menschennaterial ist daselbst, wie bei anderen Gelegenheiten auch — halbwilligliche Verleher, notorische und gewohnheitsmäßige Landstreicher und schließlich solche Leute, die aus Prinzip Streikbruch verüben. Der zweite Teil dieser Garde ist bereits, als die Arbeit beginnen sollte, wieder ausgerückt. Diese zweifelhaften Elemente treiben sich jetzt ohne Substanzmittel in Mannheim herum. Die Arbeitgeber verweigern jede Entschädigung und ebenso die Arbeitsbeförderung nach Essen. Die Polizeibehörde und Armenverwaltung, an die sich die Leute in ihrer Mittellosigkeit

gewandt haben, verweisen sie an die sich im Streik befindenden Organisationen, die ihrerseits gar keine Ursache haben, Mittel für diese Kadetten aufzuwenden.

Die öffentliche Sicherheit Mannheims kann durch das ablehnende Verhalten der Behörden und des Arbeitgeberverbandes, der doch schließlich der allein Schuldige ist, arg gefährdet werden. Einige von den fortgelassenen Leuten sind, als sie ihre Effekten von dem Streikbrecherhaff holen wollten, von den Streikbrecheragenten geprügelt worden.

Das Gewerbegericht bemüht sich, Verhandlungen herbeizuführen; ob sich die Unternehmer darauf einlassen werden, muß sich die nächsten Tage ergeben. Da die Unternehmer sich weiter bemühen, Streikbrecher heranzuschaffen, ist dringend vor Zugang nach dem Mannheimer Hafen zu warnen.

Ausland.

Die britischen Gewerkschaften und die Zwangsversicherung.

London, 8. April 1911.

Von den Plänen der Regierung über die Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, die in einigen Wochen dem Parlament unterbreitet werden sollen, sind erst wenige Einzelheiten bekannt. Man weiß aber, daß die mittelbaren Versicherungsorgane von den Unterstützungsgesellschaften („Friendly Societies“) und Gewerkschaften gebildet werden sollen. Vertreter dieser Organisationen wurden vor kurzem vom dem Schatzkanzler zu einer Konferenz im Finanzministerium eingeladen. Im Gewerkschaftslager haben nun die Pläne der Regierung zu ernststen Bedenken Anlaß gegeben. Man befürchtet besonders, daß die den Gewerkschaften unter dem Versicherungssystem zugewiesenen werden, ihre Selbständigkeit und ihren Kampfcharakter untergeben wird. Die Allgemeine Gewerkschaftsöderation („General Federation of Trade Unions“) beriet diese Angelegenheit vor einigen Tagen und faßte nach langer Diskussion eine Resolution, in der die Einwände der Gewerkschaften gegen das vom Schatzkanzler vorgeschlagene Versicherungssystem angeführt werden. In dieser Resolution heißt es:

„Die Allgemeine Gewerkschaftsöderation bedauert die Haltung der Regierung, weil sie nicht öffentlich die beglaubigten Vertreter der Gewerkschaften zur Mitarbeit an dem Entwurf ihrer Versicherungspläne herangezogen hat.“

Die Resolution spricht sich dann gegen den Vorschlag aus, die Gelder für Kranken- und Arbeitslosenversicherung von den übrigen Geldern der Gewerkschaften zu trennen. Das würde die Organisationen an der ganzen Entfaltung ihrer Kräfte hindern, sollte ihre Existenz durch einen Streik oder eine Aussperrung bedroht werden. Irgendein Plan, der den freiwilligen Charakter der gewerkschaftlichen Organisation beschränke, die Einmischung der Regierung in die Geschäfte oder die Leitung der Gewerkschaften bringe oder die Möglichkeit vermehrter Rechtsstreitigkeiten enthalte, sei nicht annehmbar. Die Resolution mißbilligt ferner den Vorschlag, „von der administrativen Kontrolle irgendeiner der geplanten Versicherungen diejenigen Gewerkschaften auszuschließen, die die einzigen Organisationen sind, die seit vielen Jahren ordentliche und nicht zum Pauperismus führende Anstrengungen machen, die üblichen Folgen des industriellen Systems zu lindern.“

Blutvergießen in der Romagna.

Rom, den 10. April. (Fig. Ver.)

In Lugo in der Provinz Ravenna hat der schwere seit Monaten währende Kampf zwischen republikanischen und sozialistischen Arbeitern schon wieder zu einem blutigen Konflikt geführt. Die sozialistischen Arbeiter hatten von der republikanischen Stadtverwaltung von Lugo die Vergebung öffentlicher Arbeiten gefordert und vom Bürgermeister die Antwort erhalten, daß er diese Arbeiten niemals den „roten“, sondern vielmehr den „gelben“ Arbeitern geben würde. Die Folge war eine Protestversammlung der Sozialisten, bei der es zu einem Konflikt kam, in dem ein Republikaner durch einen Revolverhieb getötet wurde. Vier andere Arbeiter sind verwundet. Ueber die direkte Verantwortlichkeit an der Bluttat fehlen die Nachrichten. Die indirekte, moralische Verantwortlichkeit fällt zweifellos auf den Bürgermeister von Lugo.

Der Ausstand der türkischen Tabakarbeiter breitet sich weiter aus. In Rawala haben 10 000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Truppen sind in die gefährdeten Gebiete abgegangen.

Letzte Nachrichten.

Zu der Wingerdebatte in der französischen Kammer.

Paris, 12. April. (W. Z. B.) Jaurès forderte die Aufrechterhaltung der Abgrenzung, bis wirksame Maßnahmen zur Unterdrückung der Fälschungen ergriffen seien. Monis erklärte eine von Dalimier eingebrachte Vertrauens-Tagesordnung annehmen zu wollen. Der erste Teil der Tagesordnung Dalimier, wonach die Kammer in Ruhe die Lösung der durch die Abgrenzung aufgeworfenen Fragen zu verfolgen beschließt und an die Vernunft und das Vertrauen der Bevölkerung appelliert, wurde mit 542 gegen 7 Stimmen angenommen, der zweite Teil, der der Regierung das Vertrauen ausspricht, mit 323 gegen 97 Stimmen, der Rest, der die Erklärungen der Regierung billigt und jeden weiteren Zusatz ablehnt, mit 328 gegen 138 Stimmen. Schließlich wurde die Tagesordnung im ganzen in einfacher Abstimmung angenommen. (Siehe auch Artikel.)

7000 Textilarbeiter ausgesperrt.

München, 12. April. (W. Z. B.) Wie die „Münchener Post“ meldet, werden am morgigen Tage sämtliche Spinnereien in Hof ihre Betriebe schließen, so daß etwa 7000 Textilarbeiter von der Aussperrung betroffen sind.

Von London nach Paris mittels Eindecker.

Paris, 12. April. (W. Z. B.) Der Flieger Vrie, der heute in London zu einem Fluge nach Paris aufgestiegen war, ist, ohne Zwischenlandung vorgenommen zu haben, heute nachmittag mit seinem Eindecker in Jij-les-moulineux gelandet.

Erdbeben in Belgien.

Brüssel, 12. April. (W. Z. B.) Heute abend wurden in Rons, Nemappes, Maaregmon, St. Ghislain, Bouffu und Dour lang anhaltende Erderschütterungen, die mit unterirdischem Geräusch verbunden waren, verspürt. In mehreren Häusern wurden Gegenstände infolge des Bebens umgeworfen.

Zum Bankrott der Carnegie-Truſtgesellschaft.

New York, 12. April. (W. Z. B.) Als ein Nachspiel des Bankrotts der Carnegie-Truſtgesellschaft ist das Verfahren wegen Konkrotts gegen den Präsidenten W. J. Cummins, sowie gegen die Direktoren G. A. Moore und M. J. Condon eingeleitet worden. Bei Cummins betragen die Passiva 5 Millionen, die Aktiva 400 000 Dollars. Bei Moore die Passiva 2 Millionen, die Aktiva 100 000 Dollars und bei Condon die Passiva 6 1/2 Millionen, die Aktiva 500 000 Dollars.

Verlegung des Parteibureaus.

Parteigenossen! Das Bureau des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands befindet sich vom heutigen Tage ab im Hause

Lindenstraße 3.

Sämtliche für den Parteivorstand bestimmten Zuschriften und Drucksachen sind an die Adresse:

H. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 1. Hof, IV. Etage

zu richten.

Alle Geldsendungen sind nur an den Parteikassierer

A. Gerisch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 1. Hof, IV. Etage

zu adressieren.

Berlin, den 12. April 1911.

Der Parteivorstand.

Quittung.

Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Möbelschneiderei, 3. u. 4. Du. 1910 38,18; Argentinien, Hennig 5,—; Berlin, Groß, a Konto seiner 8 Wahlkreise 20 000,—; darunter: 5. Kreis, 2. Abt., Klimenthal 2,—, 6. Kreis, 2. Abt., Klimenthal 2,—, Dintel 3,—; zum Wahlfonds, an Stelle des Märzkranzes, von Kollegen und Kolleginnen der Firma Veel u. Cloppenburg, Kottbuler Damm 67,50; Geburtstagsfeier bei Krugmann 2,15; Kollegen der Firma F. G. Dittmann, statt Märzkranz 20,50; Kollegen der Firma Schubert u. Werth statt Märzkranz, durch Stabula 16,90; Kollegen der Firma Lange u. Gutzeit 10,15; Werstatt u. Raune 8,—; Ueberführung des Märzkranzes von den Arbeitern der Firma Stod (Motorflug) 9,—; Bremer 100,—; Voeter 20,—; Heinrich Schö 6,—; Weihnachtsfeier, Bezirke d. 10. Abt. 18,70; Zur Reichstagswahl (statt Märzkranz) von den Kollegen der Firma Deutsche Maschinenbetriebs-Gesellschaft 23,25; Kranzüberführung d. Bachmann 2,50; Ueberführung v. Märzkranz des Neubaus Gerichtsstr. 27 0,60; für den Wahlkampf v. d. Kollegen der Krugmotoren-Gesellschaft 20,—; Ueberführung des Märzkranzes d. Firma Dr. Levy durch Gen. Günther 35,90; Ueberführung einer Kranzspende d. Gen. Koschel 6,20; Ungenannt zum Wahlfonds 5,—; für die Reichstagswahl (statt Märzkranz) Weber u. Hampe durch Haase 46,85; Märzkranzüberführung der Gasmesserschneiderei E. Uster 9,—; Munition 3. Wahlkampf die Arbeiter d. Firma F. F. Schulte 34,90; Bezirk 408/96 5,50; Bezirk 479/80 40,—; Hoppner 2,—; Kranzüberführung v. d. Arbeitern d. Anhaltischen Maschinenfabrik 30,—; von d. Gen. Martens d. Stuttgart 10,—; Ueberführung v. Märzkranz der Firma Ray Haffe u. Co. 17,20; A. G. Wister 1,—; Märzkranzsammlung der Firma R. Levy durch G. Wolf 47,40; Bezirk 720 3,20; Märzkranzüberführung der Arbeiter von Fiohr 45,65; Märzkranzüberführung von Freest u. Co. 18,65; Märzkranzüberführung der Arbeiter von Senker durch Riegler 18,85; Ueberführung vom Märzkranz der Koll. von Rebling u. Thomas 67,—; Kranzüberführung für den Gen. Singer vom Gesamtpersonal der Hofbuchdruckerei Sittenfeld 8,75; Kranzüberführung für den Gen. Singer von der Sektion der Stodarbeiter, Berlin 89,—; Rademann 17,70; Die Monteur der Privat-Telephonengesellschaft, anstatt eines Märzkranzes 14,05; Kranzüberführung der Firma F. Schuchardt durch B. Krasiewicz 24,—; Kranzüberführung d. Koll. d. Ver. Motorenwagenfabrik durch A. Tholl 14,—; Sechserklasse Bezirk 327, Teil I, 4. Kreis 10,—; Arbeiter der Firma Spitz u. Co., Abt. Strump, an Stelle eines Märzkranzes 10,50; Kranzüberführung von Singer, D.-G.-A. Auergeellschaft 143,55; von den freigestellten Arbeitern der Firma Bernhardt Joseph (Kranzüberführung) 89,25; Gesammelt von den Kollegen der Firma Sommerfeld, Malitzstr. 33, statt Märzkranz 24,55; Gutenberg 80,10; Organisierte Schneider u. Schneiderinnen der Firma W. Manheimer, Kranzüberführung von Singer 9,50; Kranzüberführung von Seidel u. Co. 2,75; Kranzüberführung der Deutschen Waffen- u. Munitionsfabrik Wittenau 218,50; Kranzüberführung Magnesiawerke Weihensee 6,00; Kranzspende für die Märzgefallenen von den Arbeitern der Firma Horn, Weihensee 12,85; von den Kollegen der Berliner Motorwagenfabrik Reinickendorf, Ueberführung des Märzkranzes 10,25; Sammlung zur Kranzspende für die März-

gefallenen v. d. Arbeitern der Firma Schwarzkopff (Wildau) 62,10; Ueberführung von der Kranzspende des Gen. Singer von 1. Bezirk des Deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin durch A. Pfannenbender 100,—; Zimmer Ebbe 4,20; Märzkranzüberführung von den Arbeitern der Daimler-Motoren-Gesellschaft, Marienfeld bei Berlin 117,40; von den Arbeitern der Firma Edert, Pichtenberg, durch Habbe 58,70; Ueberführung vom Singerkranz A.-G. Auto 164,15; Niels Werke 88,— (darunter Modellistfabrik 7,75); Kabelwerk Oberspree 332,60; Jüriß u. Co., Adlershof 4,75; Sa. 537,50; An Stelle des Märzkranzes f. d. kommende Reichstagswahl von dem Personal der Bäckerei Waple u. Co. 8,55; Ueberführung vom Märzkranz vom Hilfspersonal der „Berliner Morgenpost“ 27,40; Ueberführung von der Kranzspende der Märzgefallenen von Gebauer, Maschinenfabrik 22,70; Berlin, div. Beiträge: Arbeiter der Bergmann-Werke, Abt. Glühlampen 2,—; Kranzüberführung d. Firma Melich, Sophienstr. 21 21,35; Kranzüberführung d. Arbtr. d. Anordremse 3,60; für die Eroberung Mitte Berlin, Akademiestr. 20,—; Kranzüberführung v. Arb. u. Arbeiter d. Firma C. P. Goerg, Friedenau 251,80; Arb. d. medic. Warenhauses 37,25; Anabe 8,—; Kranzüberführung d. Firma Gebr. Siemens 23,35; Kranzüberführung Arb. d. Brauerei Oswald 4,45; Berliner Städtische Angestellte 30,—; v. d. organisierten Brauerei- u. Mühlenarbeitern Berlins für 1910 u. 1. Du. 1911 75,—; Kranzüberführung d. Koll. u. Kolleginnen d. General-Composing-Compagny 64,90; Kranzüberführung v. Bäckerei der deutschen Riles-Werke, Ober-Schöneweide 18,50; Dr. V. A. für März 100,—; Kranzüberführung v. d. Verbandsmittel d. Buchdr. Wüstenstein 7,—; Arb. u. Arbeiter, der Firma Rig u. Genest, Schöneberg 92,45; Madetes 10,—; Beitrag von einem nicht genannt sein wollenden alten Genossen d. F. Wille 5,—; Koll. der Firma Karl Otto Raff, Friedenau, Vennigstr. 15,65; Hans Henze, Ueberführung v. d. Silberhohz 9,90; Buchdr. d. Deutsch. Verlags, Ueberführung v. d. Kranzsp. 2,—; Kranzüberführung v. d. Arb. der Firma J. W. Utermöhe, Gr. Frankfurter Str. 137 5,80; Kranzüberführung v. d. Arb. u. Arbeiter, der A.-G. für Gasglühlampen, Gubener Str. 47 11,30; Zigarettenarbeit, u. deren gewerbl. Hilfsarbeiter, Ueberführung d. Kranzsp. für Märzgefallene 50,—; Kranzüberführung v. 18. März v. d. Arbeitern d. Betriebswerkstatt d. Hochbahn, Warchauer Straße 10,60; Munition f. d. Reichstagswahl, gei. v. d. Koll. d. Firma Magnet, Weihensee 24,45; Arb. d. Maschinenbierbrennerei Roland, an Stelle d. Kranzsp. 3. 18. März 13,50; Kranzüberführung v. 18. März, Arb. u. Arbeiterinnen d. Firma Rig u. Genest 79,15; org. Gen. d. Tourist.-Automobile Tempelhof, an Stelle eines Kranzsp. f. Märzgefallene 9,30; A. G., Abt. Lehmann, Ueberführung v. d. Groschenklasse 14,60; Koll. d. Firma W. Bröchner, statt Märzkranz 10,—; Arb. d. Firma Seidler u. Remad, statt Märzkranz 12,50; Kranzüberführung v. 18. März von Arb. d. Friedrichshagener Genossenschaft „Brauerei“ 4,90; Kranzüberführung d. Arb. d. Gasanstalt Müllerstraße 7,85; Arb. des Medizin. Warenhauses, an Stelle eines Märzkranzes 13,75; Die Kontobucharb. v. Wedding 5,—; Arb. d. Firma Friedrich Steinrück 18,—; Kranzüberführung v. d. Kassenbewachten Arbeitern d. Firma G. Lieg, Leipzigerstraße 6,—; Arb. d. deutsch. Post-Eisenbahn-Vereinsvereins A.-G., Urbanstr. 100 54,30; Kranzüberführung d. Koll. d. Maschinenfabrik Frister u. Kohnmann 32,05; aus d. Sechserklasse d. Koll. d. Firma Kayler, Ronnunenstr. 16 12,—; Kranzüberführung v. Fabrikarb.-Verb. d. Bez. Weihensee 8,30; Kranzüberführung v. 18. März v. d. org. Arb. d. Schultheiß-Brauerei Riederhagenweide Abt. IV 21,90; F. Müller, Wahlfonds 1912 2,—; Kranzüberführung (Singer) v. d. Arb. d. Firma Gasse u. Wrede, Waple-Fabr. 18,90; Kranzüberführung v. d. Arb. d. Firma D. Lehmann u. Co., A.-G., Reinickendorf, Abt. I 3,15; Ueberführung d. Samml. f. Märzkr. v. Koll. der Firma Kautler, Schreibein, A.-G., Hollmannstr. 35 9,85; Zäunerwerkstätte J. Demuth 6,—; Dr. S. W. 10,—; W. J. 60,—; A. W. 50,—; W. B. 2,—; Wöhligen, 4. württ. R.-B.-R., 4. Du. 10 198,20; Brandenburg, Wahlkreisbeitrag 765,48; Beuthen, Agit.-Bez. Oberschlesien 4. Du. 10, Wahlkreise: Kreuzburg-Rosenberg 4,30; Dypeln 8,28; Cöfel-Gr.-Strehlitz 14,83; Lubinitz-Gleitwitz 15,—; Beuthen-Larnowitz 68,01; Rattowitz-Jabrze 69,38; Pleß-Nybnitz 7,73; Raitbor 19,50; Zschöben 9,80; Sa. 236,63; Bern, B. 2. 50,—; Bremen, Restbeitr. 3. u. 4. Du. 10 1400,78; Völsingen 1. medl. R.-B.-R., 122,90; Köln a. Rh., Reg.-B. 20,—; Dortmund-Görde, 4. Du. 10 1045,80; Dresden, 4. jährl. R.-B.-R., 2. Rate v. Jahresbeitr. 1500,—; Delmenhorst, 3. old. R.-B.-R., 4. Du. 10 101,20; darunter: Delmenhorst 30,60; Stenum 20,60; Wanderleihe 27,—; Lemwerder 17,—; Eienach, 2. Rate für 1909/10 100,—; Falkenberg, D. S., A. 2. 3,50; Frankfurt a. M., G. F. 5,—; Göttingen, 10. württ. R.-B.-R., 389,27; Griesberg Agit.-Bez. 4. Du. 10, Wahlkreise: Grünberg-Frehstadt 105,90; Sagan (davon 6 R. von A. L.) 92,28; Glogau 16,—; Lüben-Dunzlau 90,48; Löwen-

berg 18,—; Griesberg-Lauban 462,56; Rothenburg 138,10; Sa. 923,38; Weiligenstadt-Borbis, 4. Du. 10 6,60; Hamburg I. R.-B.-R. 3000,—; Hamburg II. R.-B.-R. 5000,—; Hamburg III. R.-B.-R. 16 000,—; Rattowitz, Beitrag der B. F. S. v. 4. Du. 10 232,20; darunter: Rattowitz-Jabrze 88,94; Beuthen-Larnowitz 63,15; Leipzig, 12. jährl. R.-B.-R. a. Konto 500,—; Limmer, 0. hann. R.-B.-R., 3. u. 4. Du. 10 882,85; Ludwigshafen, Gau Pfalz, 4. Du. 10, Wahlkreise: Ludwigshafen-Speyer 810,55; Neustadt-Landau 201,38; Germersheim-Bergzabern 41,74; Birmafens-Zweibrücken 174,10; Homburg 49,20; Kaiserslautern 145,58; Sa. 1422,75; Welle, 5. hann. R.-B.-R. 3. u. 4. Du. 10 45,14; Nordhausen, Graffh. Hohenstein, 3. u. 4. Du. 10 194,55; Nürnberg, Gau Nordbayern, 4. Du. 10, Wahlkreise: Nürnberg 41,64; Neumarkt i. O. 10,68; Neustadt a. W. R. 55,14; Hof a. S. 283,24; Bayreuth 352,66; Forchheim 87,90; Kronach 103,30; Bamberg 112,71; Nürnberg 3178,90; Erlangen 908,58; Ansbach 255,12; Eichstätt 22,20; Dinkelsbühl 89,84; Rothenburg a. F. 22,50; Ailingen 25,08; Neustadt a. Saale 41,79; Schweinfurt 195,30; Würzburg 257,42; Aschaffenburg 132,33; Lohr 26,88; Sa. 6183,30; Riederhagen, 19. jährl. R.-B.-R., a. Konto 500,—; Neustadt i. Holst. 4. Du. 10 69,—; Pottschappel, 6. jährl. R.-B.-R., a. Konto 3000,—; Rastatt, 8. bad. R.-B.-R., 4. Du. 10 51,93; Reinickendorf, v. d. Koll. d. Firma F. u. R. Lautenschläger, II. Betrieb, an Stelle eines Märzkranzes 18,40; Spandau, O. B. Mitterwerst 6,—; Schramberg, 8. württ. R.-B.-R., 4. Du. 10 76,72; Stettin, Agit.-Bez. Pomern, 4. Du. 10,—, Wahlkreise: Stettin 354,42; Randow-Greifenhagen 604,59; Greifswald-Grimmen 83,89; Stralsund-Nügen 145,71; Anklam-Demmin 18,30; Kolberg-Röslin 58,35; Stolp-Lauenburg 15,48; Raugard-Regenwalde 11,10; Pyritz-Saayitz 13,44; Greifenberg-Ramin 12,—; Neustettin 8,10; Dramburg-Schulbein 6,—; Wätow-Schlame 6,—; Sa. 1839,38; Sachsen-Meiningen, Landesorganisation, 4. Du. 10, Wahlkreise: Meiningen I 39,72; Meiningen II 403,25; Sa. 444,97. Wanzleben, 4. Du. 10 300,—; Wittenbrand b. Chemnitz, Arthur Schneider 0,65. Berlin, den 12. April 1911.

Für den Parteivorstand: J. B.: Fr. Ebert, Lindenstr. 60.

Stadtverordneten-Versammlung.

16. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch 12. April, nachmittags 5 Uhr. Vorstehender Mißfiet eröffnet die sehr mäßig besuchte Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Zur Verbreiterung der Landsberger Straße, zwischen Katharinenstraße und Alexanderplatz, sind noch Flächen von den Grundstücken 50 und 52/53 erforderlich. Der Magistrat will den Erwerb im Wege des Enteignungsverfahrens betreiben. In einer weiteren Vorlage wird beantragt, für die Landsberger Straße vom Alexanderplatz bis zum Wüchingsplatz eine Breite von 24 Meter festzusetzen und demgemäß neue Fluchtlinien zu beschließen.

Die erste Vorlage wird ohne Debatte angenommen. Zur Regulierung der verlängerten Nigauer und der Seitenloferstraße will der Magistrat das Grundstücke Grundstück für 120 000 Mark freihändig, die vom Genossenschaftlichen Grundstück erforderlichen 182 Quadratmeter dagegen im Enteignungsverfahren erwerben. Auch diese Vorlage gelangt ohne Diskussion zur Annahme. Die Beschlüsse des Pflasterausfusses, an denen in der Sitzung vom 22. d. Monats, Ewald scharfe Kritik übte, hat heute der Ausschussvorstand, Stadtv. Gerde (Fr. Fr.), zu vertreten. Er sucht den Beweis zu führen, daß die Verbesserung des Berliner Pflasters in den 10 letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, daß Berlin jetzt 6 1/2 Millionen Quadratmeter erstklassiges Pflaster hat, davon 3 Millionen Asphaltpflaster; und daß die an den Magistratsvorlägen vorgenommenen Streichungen durchweg Straßen betreffen, die noch brauchbares Pflaster aufweisen bezw. einen Aufschub der Impflasterung noch gut vertragen können.

Eine Diskussion wird nicht beliebt, die Ausschussbeschlüsse werden von der Versammlung gutgeheißen.

Vom 1. April d. J. ab soll die Amtsbezeichnung „Stadtbaupinspector“ verschwinden und dem „Stadtbaumeister“ Platz machen. Der zur Prüfung dieser Neuerung eingesetzte Ausschuss ist damit einverstanden, wünscht aber, daß das Auftritten in Magistratsbauverträgen den Stadtbaumeistern schon 8 (nicht, wie der Magistrat vorschlägt, 12) Jahre nach ihrer Anstellung ermöglicht werden soll. Außerdem ist auch die neue Gehaltsordnung (5400—8600 M.) gebilligt und schließlich der Wunsch ausgesprochen worden, daß diese Reform, soweit tunlich, die sämtlichen akademisch gebildeten Berufsbeamten durchgeschifft werden soll. Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach den Ausschussanträgen.

Reichstag, Landtag, alle beide Schloffen fest die Wade zu. Das und Schaf spaziert zur Weide Und der Reich zum Rendebovns.

Die Normaluhr geht genauer, Weil sie meist der Treffpunkt ist. Friedlich häuft der Januschauer Jetzt auf eigenem Grunde Mist. Bethmann, bei der Osterfeier, Findet, vor Entzünden feil, Hintern Ofen Kriebelzier — Und er fühlt sich Bismard-ref.

Staare trafen ein in Rasse, Ihr Gezwitscher füllt die Stadt. Dertel selbst entragt dem Hasse, Träumend von Marienbad.

Ueber Herrmanns Grad schon leise Wächst nun Gras als grüne Pier. Schumannleute, tugendweise, Wandern heimlich zum Barbier.

Wie sie glattgeschoren blinken! Ja, der Venz macht wieder jung. Was im Staat auch manches sinken: Dem verschlägt's? Der Staat braucht Dung : : : Michel

Notizen.

— Kritik. Die jüngste Berliner literarische Genialion ist ein Franziskanerpaier, der in Ruitte und Lonsur allen literarischen Ereignissen beinwohnt. Besagter Vater, den die bawuarische Natur mit einem erfreulichen Wachslein ausgestattet hat, fängt jetzt auch an, den Söhnen Marons literarische Vorlesungen zu halten. Durch diesen entgegenkommenden Enobismus verfährt, hat er jetzt den Berlinern, die überall dabei sein müssen, enthält, daß Schönheers Drama „Glaube und Heimat“ eine Genialion, ein Tendenzwerk und — eine Entlehnung sei. Wir meinen, daß diese Charakteristik (bis auf die letzte) vor allem für diese Kuitenkritik zutrifft.

— Eine internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik will der deutsche Buchgewerbeverein 1914 in Leipzig veranstalten. Als abgefärgter Titel wird das schreckliche Wort „Wugra“ dafür verwendet.

— Eine Schauspielerfestigung im Velrage von 100 000 M. zugunsten hilfsbedürftiger Schauspieler hat der kürzlich gestorbene Rektor der deutschen Bühne, Friedrich Haase, testamentarisch errichtet.

forttreibt, worauf Christus ihm entgegen haben soll: „Ich werde ruhen, Du aber sollst wandern bis ich wiederkomme“, d. h. also bis zum Tage des letzten Gerichts.

Wahrscheinlich ist die Sage nichts als ein literarisches Produkt, das an die Stelle im letzten Kapitel des Johannisevangeliums anknüpft, aus der die Frühchristen folgerten, daß dieser Apostel ein ewiges Leben habe, und sich mit der weiteren Legende vermischt, nach der der Kriegerknecht Malchus, der als Türhüter des Kaiphas Christus schlägt, zur Strafe dafür ewig unter der Erde um die Säule laufen muß, an die Christus gebunden wurde. Das Leben bis zur Auferstehung, das für Johannes zur hohen Auszeichnung wird, bedeutet also für den, der an Christus tieblos behandelt hat, in keiner Hoffnungslosigkeit schon eine furchtbare Qual bei Lebzeiten auf Erden.

Das erste schriftliche Zeugnis über die Maderrussage findet sich bei dem im Jahre 1237 gestorbenen englischen Chronisten von Wendover, der berichtet, ein im Jahre 1228 in England reisender armenischer Bischof habe erzählt, daß der Türhüter des Kaiphas jetzt nach seiner Taufe unter dem Namen Joseph als heiliger Einsiedler in den Bergen Armeniens lebe und auf Vergebung für den Schlag hoffe. Sehr bald machten sich Hochpater die Mär vom ewigen Juden zunutzte, um auf Kosten von Leichtgläubigen ein bequemes Wanderleben Kreuz und quer durch die Lande zu führen. Im Jahre 1367 taucht in Forli ein Schwindler auf, von dem der um 1300 verstorbene Astrolog Guido Bonatti erzählt, daß er sich als den bekannt habe, der Christus den Schlag versetzt habe. Ungefähr um dieselbe Zeit wird der ewige Jude auch in Flandern, in der Bretagne und an anderen Orten gesehen, und im Jahre 1542 will der Student der Theologie Paulus von Eipen, der später Bischof von Schleswig wurde, den ewigen Juden in Hamburg gesehen haben, wie er während der Predigt daruf der Kanzel gegenüberstand. Den Bericht, den er darüber später seinen Schülern erstattete, ließ einer von ihnen 1564 buchhändlerisch verlegen, und diese Broschüre bildet die Grundlage des 1602 erschienenen Volksbuchs vom ewigen Juden, das dann in die Sinrocksche Sammlung deutscher Volksbücher übergegangen ist, und zur Verbreitung der Sage beigetragen hat. Dazu kommt dann noch die Sage, daß er zum schlotternden Greise geworden, alle hundert Jahre in eine schwere Krankheit verfällt, aus der er sich zu weitemer, hundertjährigem Leben verjüngt. Mit dem aus dem Jahre 1774 stammenden Fragment Goethes, der den ewigen Juden zum Helben eines großen Epos machen wollte, beginnt dann die moderne Periode der literarischen Bearbeitungen des Stoffes.

Humor und Satire.

Frühlingszeichen. Ist der holde Venz erschienen? Südllich lam er längst im Lot. Drum nach Kochu, hatt Kadinen, Wldt erfrischt der Patriot.

Kleines feuilleton.

Musikalische Schundliteratur. Auf dem Musikpädagogischen Kongress, der dieser Tage in Berlin stattfand, sprach Musiklehrer Anton Penkert über die Bekämpfung der musikalischen Schundliteratur. Er hob hervor, daß seit langem in musikalisch gebildeten Kreisen ein stiller Unmut gegen die musikalische Schundliteratur herrsche, daß man sich aber jetzt zu ernstem Kampf rüfte. Man müsse sich auf diesem Gebiet die Jugendschriften-Bewegung zum Vorbild nehmen. Die musikalische Schundliteratur schädige nicht bloß Spieler und Hörer, sondern auch Komponisten und Verleger. Geist, Gemüt und Hille kommen bei Hörern und Spielern zu kurz. Wandler Komponist, der heute Schundliteratur treibt, wäre bei einiger Selbstschau etwas Lächerliches geworden. Komponisten, die heute in aller Munde sind, wie Linde, Lebar und Oskar Strauß, sind musikalisch entschieden begabte Menschen, die nur in musikalisch falsche Bahnen gekommen sind (oder besser: sehr viel Geld verdienen wollen. Die Red.). Besonders lebhaft tadelt der Vortragende, daß die ernsthaften Kritik sich fast gar nicht mit der leichten Musik beschäftigen. Man sage da meist, daß es sich wohl nur um Eintagsfliegen handle, übersehe aber, daß das Einzelne wohl verberge, daß aber die Richtung bleibe. Wie das Arbeitsleben, so muß auch das Genußleben veredelt werden. Leichte Musik wollen wir durchaus nicht austrotten, aber sie soll sich in einer Linie mit der großen Kunst bewegen, zu der sie hinzuführen hat. Bei der Musik müssen auch die Texte und Ueberchriften sehr beachtet werden. Es ist unglaublich, welche geschmacklosen Texte gedruckt werden. Zur Bekämpfung dieser musikalischen Schundliteratur wurden u. a. Arbeitsausschüsse, öffentliche vollständige Abende, Herausgabe billiger guter Ausgaben, Gründung von Volksmusikbibliotheken empfohlen.

So sehr die an der musikalischen Schundliteratur geübte Kritik berechtigt und ihre Bekämpfung begrüßenswert ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß man auf dem Kongresse nur die Symptome dieser Krankheit sah. Das Uebel sitzt aber tiefer. In einer Gesellschaft, die alles zur Ware macht, läuft gerade die populärste aller Künste, die Musik, am meisten Gefahr, zum Spekulationsobjekt zu werden.

Der ewige Jude. Die Osterwoche, in deren kurze Spanne die christliche Mythologie sämtliche Akte der Christusdraggdie hineinwacht, bringt auch die sagenhafte Gestalt des Ahasverus in Erinnerung. Gaston Paris weist in einer eingehenden Monographie nach, daß sie keineswegs in allen christlichen Ländern bodenständig, sondern, daß sie überhaupt erst ein Produkt des späten Mittelalters ist. Die Evangelien berichten zwar vom Simon von Kyrene, der Christus das Kreuz nachträgt, wissen aber kein Wort von dem Jerusalemer Schuster Ahasverus zu erzählen, der den auf seinem Leidensweg ausbrechenden Heiland mit dem Reiten von seinem Haus

Der Zentralverein für Arbeitsnachweise zu Berlin beabsichtigt im Anschluß an die Bestimmungen des Stellenvermittlungsgesetzes eine beträchtliche Erweiterung seiner Einrichtungen, und zwar durch Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das gesamte Gewerbe, durch Erweiterung des paritätischen Fabrikarbeiterarbeitsnachweises und durch Ausbau des Dienstbotenarbeitsnachweises. Es ist dafür ein Neubau auf dem Grundstück der Landbesetzungsanstalt Berlin in Aussicht genommen, das von dieser dem Zentralverein gegen einen mäßigen Mietzins zur Verfügung gestellt werden kann. Für den Grundstückskauf der Mietzins soll nach einem Vorschlage des Magistrats die Stadt bis zur Höhe von jährlich 20 000 M. die Haftung übernehmen.

Die Magistratsvorlage wird ohne Debatte genehmigt. Den Mitgliedern des vom 30. August bis 2. September 1911 in Berlin tagenden 3. Internationalen Parungs-Rhinologen-Kongresses soll ein feierlicher Empfang im Rathaus angeboten werden. 8000 M. stellt die Versammlung dazu zur Verfügung.

Die Beratungen der gemischten Deputation für den Antrag Dr. Gelpke wegen Errichtung

besonderer Abteilung für gehende Kranke

in den städtischen Krankenhäusern haben zu dem Magistratsvorschlag geführt, eine solche besondere Abteilung (2. Verpflegungskategorie) von etwa 60 Betten für innerlich und äußerlich Kranke beim Krankenhaus Moabit zu errichten. Der tägliche Verpflegungssatz soll 8,50 M. betragen, wovon dem behandelnden Arzte 1,50 M. pro Kopf und Tag zuzufügen. Für größere Operationen wird besonders — bis 100 M. — liquidiert, ebenso besondere spezialistische Leistungen nach mäßigen Sätzen besonders. Die Krankenstationen der 2. Klasse sollen nur Angehörigen des Mittelstandes dienen, welche höhere Beträge ohne Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Lage zu leisten nicht imstande sind. Ob die betr. Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Magistrat.

Stadtv. Dr. West (Sog.): Der ursprüngliche Antrag Gelpke hat sich jetzt zu einer Magistratsvorlage verdichtet, welche manche Härten des Antrages abgemildert hat. Der Antrag wollte solche Abteilungen an allen Krankenhäusern; die kleinen Zimmer in den Krankenhäusern sollten durchweg mit Mittelstandsbetten besetzt werden. Die Vorlage rücht eine solche Abteilung nur in Moabit ein, und die vorhandenen kleinen Zimmer sollen ihrem heutigen Zwecke nicht entzogen werden. Aber auch dieser Vorlage sehen wir

ablehnend

gegenüber. Principiell obsta! Was Moabit recht ist, muß natürlich Berlin S. oder Berlin O. billig sein. Der Magistrat will ja nur einen Versuch machen, aber wir sind auch für diesen Rückschritt in der Organisation der städtischen öffentlichen Krankenpflege nicht zu haben. Was hier unternommen werden soll, trägt einen plutokratischen Charakter. Wir lehnen die Einrichtung namentlich deswegen ab, weil wir die Klassifizierung von Kranken für eine Gefahr für die Krankenpflege als solche und für die Gesundheitspflege seitens der Stadt halten. In den Krankenhäusern sollen die Kranken angemessene Behandlung, gewissenhafte Abwärtung und gute Verpflegung erhalten; eine Scheidung nach Klassen ist so unangebracht wie möglich. Es ist ein Ruhmesblatt der städtischen Verwaltung, daß bisher von einer solchen Scheidung nicht die Rede gewesen ist; jetzt soll für eine

besondere Kategorie von Mitbürgern

etwas Besonderes geschaffen werden. Diese Kreise stellen höhere Anforderungen auch hinsichtlich der ärztlichen Behandlung und der Verpflegung. Bei den armen Kranken, bei den breiten Massen der Bevölkerung wird sehr bald sich die Meinung festsetzen, daß die Ärzte sich in Zukunft der II. Klasse liebevoller annehmen werden als der übrigen; denken Sie auch an den Konflikt, der in der Seele des Arztes entstehen muß (Nerven und Unruhe), der auf der einen Station eine besondere Entschädigung für jeden Kranken erhält, auf der anderen nichts. Die Kranken wird bald das Gefühl überkommen, daß sie den feinen Damen und Herren, welche jetzt in die Krankenhäuser werden aufgenommen werden, zurücksehen müssen; es wird der Glaube aufkommen, daß für die breiten Massen die Krankenhäuser zu

Armenkrankenhäusern

degradiert werden. (Erneute Unruhe.) Diese Auffassung habe ich mir nicht theoretisch konstruiert. Die große Ostkrankenklasse für die Kaufleute, die über 110 000 Mitglieder hat und eine der besten Kundinnen unserer Krankenhäuser ist, bemerkt in ihrem letzten Bericht im Hinblick auf dieses Projekt, daß dessen Ausführung den Anlaß zu recht häufigen Beschwerden geben dürfte; in demselben Augenblicke, in dem derichene Klassen geschaffen würden, werde auch für Tausende von Kranken Anlaß gegeben sein, sich als Pflegekinder der letzten Klasse, für die das Geringste gut genug ist, benachteiligt zu fühlen. Der Plan stellt sich also durchaus als Rückschritt dar. Gerade wenn die Angehörigen der besser situierten Klassen ebenso behandelt werden wie die armen Kranken, wird das noch unserer Meinung zur Besserung der Zustände führen; wir haben die Besserung der letzten Jahre überhaupt der Kritik der besser Situierten zu verdanken. Klassenunterschiede in der Abgrenzung der Kranken sind vom Uebel. Nicht wir schützen den Klassenhaß und schaffen Klassenunterschiede, wie man uns vorwirft; hier aber, wo wir uns direkt bemühen, sie zu beseitigen, werden sie durch Sie geschaffen. Das können wir nicht mitmachen. Wenn die jetzige Einrichtung den Angehörigen des Mittelstandes nicht gut genug sein sollte, dann möge man sie allgemein verbessern, aber nicht bloß für die Wohlhabenden. Die Vervollständigung unserer Krankenhäuser kann nicht dadurch geschaffen werden, daß einzelnen privilegierten eine Extrawürst geboten wird. Man nimmt Anstoß an dem Zusammenliegen der Kranken in großen Sälen, gewiß mit Recht; aber dann forgt man für eine Vermehrung der kleinen Zimmer. Es besteht ferner kein Zweifel, daß die Kosten für diese neue Klasse, auf den Tag berechnet, höher sein müssen als 5 M. Vor 2 1/2 Jahren wurde ausdrücklich erklärt, die Angehörigen des Mittelstandes wollten sich nichts schenken lassen; es solle ein Preis genommen werden, der auch die Zinsen des Anlagkapitals deckt. Also die Zinsen vom Werte des Grundbesitzes und des Inventars müssen eingerechnet werden; es kommen dann fast 4 zum allerwenigsten 5 M. pro Tag heraus. Wird die Einrichtung wie geplant getroffen, so wird Berlin eine

erhebliche Summe zulegen müssen.

ist der öffentliche Steuerfiskus dazu da, daß Ständebourgeoisien und „feineren“ Wohnheiten Rechnung getragen wird, daß der „gnädigen Frau“ etwa auf feinerem Gebiet serviert wird? In den Vorortgemeinden besteht die Einrichtung erst seit kurzem, und in Schöneberg möchte man sie lieber heute als morgen wieder schließen, da die Betten sich trotz aller Reklame nicht füllen wollen. 12—13 M. betragen die tatsächlichen Kosten, so daß 6,50 M. für Kopf und Tag zugelegt werden müssen. (Hört! hört! Unruhe.) Der Vorlage sind ja in der gemischten Deputation manche Wünsche ausgesprochen worden, und man hat dankenswerterweise für stützende Leistungen eine Höchstgrenze festgelegt. Aber dringend notwendig sind wirksame Bestimmungen gegen den Mißbrauch. Wenn es sich darum handelt, den Städtel oder den Arzt zu schänden, so finden sich viele Leute, die sich sonst energisch verbitten würden, zum Mittelstande gerechnet zu werden, notorische Millionäre und andere Herrschaften, für die die Einrichtung nicht geschaffen sein soll. Die Freunde des Antrages und der Vorlage wollen die städtischen Krankenhäuser in Klassenkrankenhäuser umwandeln, zu dem unanständigen und infamen Dreiklassenwahnsinn nach die Klassenunterschiede einführen. Dafür sind wir nicht zu haben. Der Grundhaß alle Kreuze sind vor dem Gesetz gleich steht ja eigentlich nur auf dem Papier, aber für die Berliner Kranken hatte er tatsächlich Geltung. Diesen schönen Grundhaß wollen Sie durchbrechen. Wir sagen: „Hände weg!“ und haben für die Vorlage nur ein glattes „Nein!“

Oberbürgermeister Kirchner: Daß unsere Krankenhäuser der gesamten Bürgerschaft zugänglich wären, ist nicht der Fall. Sie sind zugänglich den Armen, den Klassenmitgliedern; rechtlich sind sie auch anderen Klassen zugänglich, tatsächlich diesen aber verschlossen geblieben. Es befindet sich zwischen den Armen und den

Reichen eine Klasse von Leuten, denen es nicht möglich ist, im Privatkrankenhaus oder im Sanatorium Heilung zu finden, wenn sie sich nicht wirtschaftlich ruinieren wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Man könnte diesem Kreise sagen: „Geht doch ins Krankenhaus!“ Jetzt überall sind solche Einrichtungen getroffen, nicht nur in Berlin, in zahlreichen Krankenhäusern, wie Bethanien, Lazarus usw., sondern auch fast in allen Städten, wo städtische Krankenhäuser vorhanden sind, so in zahlreichen Vororten, aber auch in Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg usw. Überall dort hat sich das Bedürfnis dieser Einrichtung ergeben; und das Bedürfnis ist so zwingend, daß selbst bei uns tatsächlich schon solche Kranke, auf die der Antrag Gelpke zielt, in unsere Krankenhäuser gekommen sind. (Mehrer gibt eine Aufzählung der betreffenden Kategorien von Mittelstandsbürgern.) Es handelt sich hier also nicht um etwas Neues, sondern darum, etwas bereits Vorhandenes in ein geordnetes und legitimes System zu bringen. Für diese Leute muß es auch ein peinliches Empfinden sein, zu demjenigen Sätze aufgenommen zu werden, der auch von den Armen gefordert wird. Die Gefahr, daß die Behandlung der anderen Klassen leiden werde, mag bestehen; man muß Bedacht darauf nehmen, sie zu bekämpfen (Hört! hört!) und das wird geschehen. Ein Arzt wird nach meiner Auffassung in der Behandlung der Kranken keinen Standesunterschied kennen. (Widerpruch.) Anders möchte es vielleicht bei den Pflegerinnen und Pflegerinnen sein; man wird eben darauf zu achten haben. Die dritte Klasse wird gehoben werden, je mehr aus besser situierten Kreisen Kranke in den Häusern verkehren. Der Satz von 6,50 M. entspricht dem Sätze vieler Privater und öffentlichen Krankenhäuser. Aber auch wenn die Kosten etwas höher sind, so ist Dedung schon in den Beträgen zu finden, die die leisten müssen, die bisher zum niedrigsten Sätze hineingekommen sind. Wir erwarten von der Praxis die Herausbildung von Leistungen dafür. Die Beunruhigung in der Ärzteschaft ist nicht begründet; die Tendenz, daß den letzten Patienten entzogen werden sollen, geht dem Antrage gänzlich ab. Der Satz von 1,50 M. für die ärztliche Entschädigung ist durchaus angemessen. Normalerweise können wir doch von unseren Ärzten die Behandlung aller Kranken, die den Krankenhäusern zugeführt werden, verlangen; wenn wir uns entschließen haben, für diese Kategorie noch einen besonderen Betrag zu zahlen, so kann das doch die Ärzte nicht verleben. Es handelt sich um einen Versuch; warten wir ab, ob Leute hineinkommen, welche nicht unter die bezeichnete Kategorie fallen. Wenn in Schöneberg die II. Klasse nicht gefüllt wird, so wird sich ja bei uns auch zu zeigen haben, ob ein Bedürfnis vorhanden ist; fehlt es, dann werden wir und Sie die Einrichtung wieder aufheben. Aber ich bin überzeugt, der Versuch wird glücken, und Sie tun ein außerordentlich gutes Werk, wenn Sie dem Magistratsantrag zustimmen. (Beifall.)

Stadtv. Galland (A. L.): Die prinzipielle Frage ist von der Verwaltung längst entschieden. Wir wollen doch endlich einen praktischen Schritt zur Ausführung tun.

Stadtv. Dr. Rathen (soz.-fortsch.) läßt zwar manche Auffassungen des Oberbürgermeisters gelten, kommt aber doch zu dem Schlusse, daß das demokratische Prinzip der Zeit die Hineintragung eines plutokratischen Juges in unsere Krankenhäuserverwaltung nicht vertrete. Er gönnt dem Mittelstande alles Gute, aber nicht auf Kosten anderer Bevölkerungsklassen. Eher könnte man städtischerseits dem hervorgetretenen Bedürfnis durch die Herabgabe von städtischem Grund und Boden für den Bau besonderer Mittelstandskrankenhäuser genügen.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Die Frage läßt sich nicht allein vom Standpunkte des sozialdemokratischen Stadtverordneten und Arztes entscheiden. Ein Arzt, der sich bei der Behandlung seiner Kranken von der Rücksicht darauf, ob arm, ob reich, leiten ließe, verdient den Namen Arzt nicht. Mit der Vorlage sind wir gern einverstanden und hoffen, daß dem ersten Versuch bald eine Ausdehnung der Einrichtung folgen wird.

Stadtv. Dr. West: Ich habe diesen schweren Vorwurf gegen die Ärzteschaft gar nicht erhoben, sondern von dem Konflikt gesprochen, der in der Seele des Arztes entstehen muß, wenn er auf der einen Station für jeden Kranken 1,50 M. pro Tag, auf der anderen Station aber nichts erhält. Andererseits wird der Glaube des Arbeiters, schlechter behandelt zu werden als bisher, seinen Einfluß auf den Verlauf der Behandlung und Heilung ausüben. Der Oberbürgermeister vertritt doch sonst den Standpunkt, daß zunächst das Bedürfnis festgestellt sein muß. Sind nicht Rebalsteure und Schauspieler, die in der Aufzählung des Oberbürgermeisters vorkamen, auch zum Teil proletarische Existenzen? Und sollen alle jene Berufe zukünftig gezwungen sein, 6,50 M. zu bezahlen? (Widerpruch.) Und wie soll sich von den besser Situierten, die doch in besonderen Pavillons untergebracht werden, auf die Insassen der großen Säle der gute Ton übertragen? Das würde doch nur eintreten, wenn der Bessersituierte auch auf den großen Stationen untergebracht wird. Wir stehen ja einer kompakten Mehrheit gegenüber, Sie haben die Macht, Macht geht vor Recht, und die Vorlage wird angenommen werden. (Große Heiterkeit.)

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit genehmigt. Ueber die Veränderung der städtischen Beamtenstellen im Rechnungsjahre 1911 soll nummehr seitens der Versammlung Beschluß gefaßt werden, nachdem die gemischte Deputation für Reformen im inneren Geschäftsbetriebe abgelehnt hat, in die Beratung der Einzelheiten dieser Stellenvorlage einzutreten.

Auf Antrag Schulze (A. L.) wird für die Vorlage ein besonderer Ausschuss eingesetzt.

Das Hinterland des Grundstückes Kastanienallee 83 in einer Größe von etwa 1045 Quadratmeter soll, da es zwischen den Grundstücken der 15./171. und 200./214. Gemeindefaule gelegen ist, zur Vergrößerung und Verbindung der beiden Schulhöfe sowie zur späteren Errichtung einer Turnhalle eventuell Erbauung einer Hilfsschule für 74 000 M. angekauft werden. Die Besitzerin hat sich bis zum 15. April gebunden. Die Versammlung tritt dem Magistratsantrage ohne Debatte bei.

Der Magistrat hat an die Versammlung den Antrag gerichtet, der

gänzlichen Aufhebung der Berliner Jahrmärkte

mit Rücksicht auf den öffentlichen Verkehr zuzustimmen.

Stadtv. Fried (A. L.) beantragt Ausschuhberatung; ohne weitere Debatte wird demgemäß beschlossen.

Für die Vorlage betreffend das Auswärtswohnen der Beamten und Lehrer hatte die Versammlung am 24. November 1910 Ausschuhberatung beschlossen. Der Ausschuss ist am 21. März 1911 zusammengetreten und hat nach eingehender Besprechung beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, die Vorlage des Magistrats einfach zur Kenntnis zu nehmen. Das Referat erstattet Stadtv. Ulrich (A. L.). Eine weitere Debatte findet nicht statt; die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Der vom Magistrat beauftragte freibändige Verkauf einer Baumstake an der Cleverstraße (78 Quadratmeter) für 12 000 M. an den Eigentümer des Nachbargrundstücks Grünholerstraße 22, Grundstückshändler Louis Wolff, ist von dem eingesehenen Ausschusse einstimmig abgelehnt worden.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach dem Ausschuhtrage.

Die Vorlage wegen Vergebung der Reklamesflächen der Ucanisationsen ist von einem Ausschusse gestern beraten und mit allen gegen 2 Stimmen angenommen worden. Ein Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder auf Beseitigung des Reklamesens fand, wie der Referent Stadtv. Körte mitteilt, keinen Anklang; dagegen wird eine Resolution zur Annahme empfohlen, durch die der Magistrat ersucht werden soll, um das an sich interessante Klima Berlins einer wissenschaftlichen Bearbeitung durch das preussische meteorologische Institut zugänglich zu machen, an 4 Stellen Berlins im Einklang mit dem meteorologischen Institut Wetterwarten einzurichten.

Stadtv. Hoffmann (Sog.): So sehr es uns leid tut, daß wir den Ausschuss nicht haben überzeugen können, daß die Säulen der Stadt zu übernehmen und Reklamesens nicht mehr zugänglich zu machen seien, so sehen wir heute wegen der Ausföhrlich-

keit unserer Anträge von ihrer Wiederholung ab. Wir meinen, die Säulen seien zu wissenschaftlichen Zwecken zu reuhen; die jetzige Ausdehnung des Reklamesystems nimmt den Säulen diese Zweckbestimmung mehr als billig. Den Unternehmern wird es immer darauf ankommen, möglichst viel herauszuschlagen; wird doch jetzt 45 000 M., also mehr als das Doppelte der bisherigen Pacht geboten! Mit der Strahendenreklame sind wir doch dabei geradezu hineingefallen. Nach dem Wortlaut des Vertrages kann der Pächter jederzeit Änderungen an der Anlage der Säulen und meteorographischen Einrichtungen vornehmen; das muß doch hergestellt werden. Bedauerlich ist auch, daß immer noch nicht die 4 Zifferblätter auch bei dieser Gelegenheit wiederhergestellt werden. Wir werden gegen die Vorlage stimmen.

Stadtv. Düring: Der Magistrat dürfte wohl gern bereit sein, zu prüfen, wie weit der Ansetzung der Resolution Folge gegeben werden kann. Die 4 Zifferblätter sind bestimmt, Säulen zu tragen; dieses Ziel wird von uns nach wie vor erstrebt, für Reklamesens dürfen die beiden freien Flächen nicht verwandt werden. Die Ausstattung aller Säulen mit den Apparaten wird gleichfalls im Auge behalten werden.

Der Ausschuhtrage wird angenommen.

Dem Beschlusse der Versammlung, die Mietentschädigung für die Gemeindefullehrer und Lehrerinnen auf 900 bzw. 600 M. (statt 800 und 560 M. nach dem Gesetz vom 25. Juni 1910) zu normieren, ist der Magistrat nicht beigezogen, da ihm eine allgemeine Steigerung der Mietpreise in Berlin nicht nachweisbar und somit der Versuch, den Oberpräsidenten zu einer Tarifänderung zu vermögen, aussichtslos erscheint.

Stadtv. Gassel (A. L.) verhält sich dabei, daß die Tendenz des Gesetzgebers nicht dahin gegangen sei, die Großstädte und speziell Berlin ungünstiger zu stellen, und wünscht nochmalige Beratung der Frage, was zur Schadloshaltung des Berliner Lehrpersonalts eventuell zu geschehen habe, in einem Ausschuh.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.) stimmt zu.

Die Angelegenheit wird einem Ausschuh überwiesen. Die Vorlage wegen Verbreiterung der Landsberger Straße zwischen Alexanderplatz und Büschingsplatz auf 24 Meter beantragt

Stadtv. Brunsow (A. L.) einem Ausschusse zu überweisen. Die Verbreiterung auf 18 Meter habe sich allerdings als unzureichend erwiesen; doch wäre zu prüfen, ob nicht die Verbreiterung auf 24 Meter zu weit gehe.

Stadtv. Manasse (Sog.): Ich hatte geglaubt, der Vordredner würde außerordentlich erfreut sein über den Magistratsantrag. Was der Neuen Königsstraße recht ist, ist der Landsberger Straße ganz gewiß billig. Wenn der Magistrat hier trotz der ungünstigen Finanzlage ein paar Millionen opfern will, so treibt er damit eine wirklich großzügige Politik, die wir unterstützen müssen. Wir sind für die Vorlage und gegen jede Verschleppung.

Nachdem Stadtv. Brunsow erwidert hat, daß die Verhältnisse bei der Landsberger Straße ganz anders lägen als bei der Neuen Königsstraße, tritt ihm

Stadtv. Manasse nochmals entgegen; man dürfe sich nicht von der Rohwelt den Vorwurf zugiehen, hier kleinliche Rücksichten auszusprechen gemacht zu haben.

Der Antrag Brunsow wird abgelehnt, die Vorlage sofort angenommen.

Der Magistrat beabsichtigt die versuchsweise Einrichtung eines Fürsorgeamtes für entlassene Geisteskranke;

zur Deckung der Ausgaben sollen der Deputation für die städtische Armenpflege 20 000 M. bewilligt werden. Die Leitung soll ein Armenarzt, die pflegerische Tätigkeit eine vollbeschäftigte und besonders erfahrene Pflegerin mit Unterstützung durch eine ausreichende Anzahl ehrenamtlicher Helfer und Helferinnen übernehmen.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Zur Kenntnisnahme überfendet der Magistrat die neue Dienstankündigung für die Schulkommissionen, welche an die Stelle der zum Teil veralteten Instruktion von 1874 treten soll.

Auf Antrag Schulze (A. L.) wird für die Vorlage Ausschuhberatung beschlossen.

Der Vertrag mit der „Normalzeit“ G. m. b. H. über den Betrieb und die Unterhaltung des öffentlichen Abreuwesens soll vom 1. Juli ab auf 2 Jahre gegen Zahlung einer ermäßigten jährlichen Entschädigung von 21 688 M. verlängert werden.

Stadtv. Hoffmann (Sog.): Durch diese Vorlage wird die Sache wieder auf zwei Jahre hinausgeschoben. In der Begründung ist ausdrücklich gesagt, daß die sämtlichen städtischen Verwaltungsstellen angegeschlossen werden sollen. Da der bestehende Vertrag erst mit Ende Juni abläuft, haben wir wirklich Zeit, die Frage in einem Ausschuh nochmals gründlich zu beraten.

Dem Antrag Hoffmann gemäß wird die Vorlage an einen Ausschuh überwiesen.

Von 28 Vorortgemeinden ist beim Oberpräsidenten die Genehmigung dafür nachgesucht worden, ihrem Ortsnamen die Bezeichnung „Berlin“ vorzusetzen. Der Magistrat teilt mit, daß er das Ersuchen des Oberpräsidenten um eine gütliche Klärung der Berliner städtischen Behörden hierüber in dem Sinne beantwortet will, daß er die Genehmigung den städtischen Interessen Berlins nicht förderlich erachtet, und ersucht die Versammlung, sich seinem ablehnenden Gutachten anzuschließen.

Die Gründe für die Ablehnung sind: 1. Die Befürchtung von Ortsverwechselungen bei gleicher Straßennennung, 2. die Befürchtung, die Berliner Geschäftsstellen von Vortortorten Wanten eingezogen werden.

Stadtv. Towe (A. L.): In dem Ersuchen kommt der Gedanke zum Ausdruck, daß sich die Vororte als Einheit eines wirtschaftlichen Ganzen fühlen; dieser Gedanke ist durchaus berechtigt. Wir glauben nicht, daß durch die Wählung der Vorortorten die Gefahr der Verwechselungen erhöht wird. Ferner halten wir nicht für begründet, daß Firmen ihre Geschäftsstellen in Berlin aufgeben werden, weil sie den Sitz ihrer Geschäftsstelle in den Vororten mit dem Vornamen Berlin schmücken können.

Stadtv. Solms (Fr. Fr.): Ebe wir nicht wissen, was aus dem Zweckverband wird, sollten wir darüber nicht entscheiden. Wir tragen kein Bedenken, den Vororten diese Erlaubnis zu erteilen, jedoch nur den Vororten, die in den Zweckverband hineinkommen. Wir sind dafür, die Sache zu vertagen.

Stadtv. Gassel (A. L.): Es ist niemand gehindert, schon jetzt Berlin-Schöneberg, Berlin-Bilmersdorf usw. zu sagen, was auch schon allgemein üblich ist; ich halte das für durchaus gefahrlos.

Stadtv. Bruns: Wir begreifen nicht, wie die Vorlage mit dem Zweckverband zusammenhängen soll. Auch wir lehnen den Magistratsantrag ab.

Die Ablehnung erfolgt einstimmig. (Große Heiterkeit.) Schluß 9 Uhr.

In der Woche nach Ostern findet keine Sitzung statt.

Soziales.

Einen Krankenkassenbeamtenlag

beruft der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten zum 30. April, vormittags 10 1/2 Uhr nach der „Neuen Welt“ in Berlin ein. Der Verbandsvorsitzende Carl Siebel wird referieren über: „Stellungnahme a) zum Kassenangestelltenrecht der Reichsversicherungsordnung, b) zum Anschlag auf unsere Rechte durch das Einföhrungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung.“

In einem Aufruf werden die Krankenkassenangestellten aus allen Gegenden Deutschlands aufgefordert, diesen Kongress zu besuchen, um für ihren Anspruch auf Vortrechtigkeit wirksam zu manifestieren. Es heißt in dem Aufruf u. a.:

„Kein Krankenkassenangestellter ist mehr im Zweifel über die ersten Gefahren aus dem „Kassenangestelltenrecht“ der Reichsversicherungsordnung. Solches „Recht“ ist Karikatur,

ft Sohm auf die Wünsche und Hoffnungen unserer Kollegen. Bedeutet es doch größere Unsicherheit als je gewesen, vermehrte Abhängigkeit und vollendete Verantwortung der Angestellten an staatliche Behörden, mit sicher unbegrenzten Aufsichtsgewalten.

Schlimmer als jenes Kompromißprodukt einer von politischen Nebenabsichten geleiteten Kommissionsmehrheit ist aber das präsentierliche Einführungsgebot. Bringt es doch die unmittelbaren und die ernstesten Gefahren! Dieses Gesetz bedeutet den direkten Vorstoß gegen unsere Existenz — es laugt das Ansehen an den Reichstag, die bestehenden, zum größten Teil durch langjährige treue Pflichterfüllung wohlverdienten Rechte unserer Kollegen kurzerhand zu kassieren. Im krassem Widerspruch mit den elementarsten Grundgesetzen der bürgerlichen Rechtsordnung sollen unsere Rechte einfach expropriert werden. Nach der Verfassung soll jedes Mitglied des Reichstages Vertreter des ganzen Volkes sein. Das gibt uns ein Recht, vom Reichstag zu fordern: die Wahrung und Respektierung unserer Rechte. Auch wir zählen zu diesem „ganzen Volk“ und müssen erwarten, daß, wenn schon unsere Interessen vom Reichstage mißhandelt wurden, doch unsere vertraglichen Rechte bei ihm eine Stätte des Schutzes finden. Das zu fordern, ist unser heiliges Recht! Es zu verteidigen ist die Pflicht des Tages!

Ein Fabrikidyll.

Einen Einblick in ein Fabrikidyll gewährt eine Prozeßverhandlung vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts. Die Arbeiterin B. hatte ihr Arbeitsverhältnis bei der Firma Jünger u. Sohn, Papierwarenfabrik, zunächst gekündigt, weil ihr der Meister Stamm 100 Beutelstunden im Gehalt geschuldet hatte. Am Tage darauf folgte sie der Meister mit dem Sohne des Geschäftsführers, wobei er einen Kleiderstropf umwarf. Er verlangte nun von der in der Nähe arbeitenden Klägerin, daß sie den verschütteten Inhalt des Kleiderstropfes vom Fußboden aufzuwischen sollte. Das zu tun verweigerte die Klägerin, weil sie im Affordolm arbeitete und die Zumutung des Meisters als Schikane empfand. Der Meister hinderte sie darauf, ihre Arbeit fortzusetzen und schickte sie ins Kontor, sie solle sich dort ihre Papiere geben lassen. Das tat auch die Klägerin. Dort wurde ihr aber noch vom Meister, der ihr gefolgt war, gesagt, daß sie sich konträrbrüchig mache, wenn sie aufhöre. Denn sie habe 14 Tage Kündigung und die müsse sie abarbeiten. Sie solle nur den Kleiderstropf aufwischen und weiterarbeiten. Die Klägerin löste aber trotzdem ihr Arbeitsverhältnis. Sie klagte nunmehr auf Zahlung von 13,20 M. rückständigen Lohnes und 40 M. Entschädigung für die Kündigungskasse. Die Firma bestreitet die sonderbare Rechtsanschauung ihres Meisters und erhebt Widerklage wegen Konträrbruch. Sie forderte nach Maßgabe des § 124b der Gewerbeordnung den ordentlichen Tagelohn für eine Woche, nämlich 13,20 M. als Schadenersatz.

Das Gericht verurteilte die Firma dem Klageantrag entsprechend und wies sie mit der Widerklage ab, weil das Weiterarbeiten der Klägerin vom Aufwischen des verschütteten Kleiderstropfes abhängig gemacht worden war, wozu die Klägerin nicht verpflichtet wäre. Ein Konträrbruch der Klägerin lag somit nicht vor.

Der Streit um den Judaslohn.

Die Möbelapezierer befinden sich seit einiger Zeit im Streit und die Arbeitgeber lassen es sich was kosten, wenn es gilt, Arbeitswillige heranzuziehen und über die Streitzeit zu behalten. Das zeigte auch ein am Dienstag vor dem Innungsgericht verhandelter Rechtsstreit. Es klagte der Tapezierer Salge gegen die Polstermöbelfabrik Alex Birnbaum auf Zahlung von 8,50 M. rückständigen Lohnes, den ihm die besagte Firma einbehalten hat. Die Beklagte will ihm den Betrag nicht zahlen, weil sie sich vom Kläger betrogen fühlt. Denn es sei mit ihm vereinbart worden, daß er 1 M. Stundenlohn erhält, wenn er den Streit über ausläßt; andernfalls sollte ihm die Stunde nur mit dem ordentlichen Lohn von 6 Pf. berechnet werden. Der Kläger hatte nun am Montag früh nicht weiter gearbeitet, nachdem er am Sonnabend den hohen Lohn eingeziehen hatte. Er habe sich auch in dem von der Beklagten für die Arbeitswilligen im Betriebe selbst hergerichteten Nachtquartier bis zum Montag morgen gut sein lassen. Für die beiden Nächte berechnete die Beklagte — 3 M. Schlafgeld. Außerdem will sie den mit 65 Pf. pro Stunde zuviel berechneten Lohn für die bereits bezahlte Arbeitszeit in Abzug bringen, so daß dem Kläger für seine 8 1/2 stündige Arbeitszeit am Sonnabend nichts mehr verbleibt. Da der Aufrechnung aber das Gesetz entgegensteht, andererseits die eigenartige Lohnabrede durch das Zeugnis des Werkführers erwiesen wurde, riet der Vorsitzende des Schiedsgerichts zum Vergleich. Die Parteien einigten sich auf 4,50 M.

Unterschlagungen in Innungsfrankenkassen.

Nachdem erst vor wenigen Wochen in Düsseldorf der Kassenvorführer Schwarz von der dortigen Innungsfrankenkasse der Maler- und Anstreicherinnung wegen Unterschlagung von rund 7000 M. Kassengeldern zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, beschlagnahmte sich leiblich die Düsseldorf'sche Strafkammer wieder mit Unterschlagungsfällen in drei Düsseldorf'schen Innungsfrankenkassen. Die Innung der Friseur-, der Schneider- und der Konditoren hatten die Führung der Kassengeschäfte ihrer „Jung“-Frankenkassen vor einer Reihe von Jahren dem Stadtschreiber Franz Wrieden — einem Zentrumsmann, wie ja auch die Düsseldorf'sche Innungsführer stramme Zentrumskräfte sind — übertragen. Wrieden durfte jedoch als städtischer Beamter laut Anstellungsvertrag solche Nebengeschäfte nicht übernehmen, man mußte sich aber zu helfen. Der Anstellungsvertrag als Kassenvorführer — ein wurde mit der 23-jährigen Tochter des Wrieden abgeschlossen. Vor Jahren führte dies Fräulein auch noch die Kassengeschäfte der Frankenkasse der Düsseldorf'schen Birteninnung. Wegen Unstimmigkeiten in der Kasse nahm man ihr 1908 diese jedoch ab, belieh ihr aber trotzdem die übrigen Kassen weiter. Bei einer Kassenevision im Dezember v. J. stellte sich heraus, daß in den drei Kassen insgesamt etwa 2500 M. fehlten; Mitgliederbeiträge und Eintrittsgelder waren in vielen Fällen nicht gebucht worden, eine Rechnung des Verzeigers hatte man in betrügerischer Absicht gefälscht. In der Voruntersuchung bescheinigte sich die Frau des damals erkrankten Stadtschreibers Wrieden als die allein Schuldige. Wrieden starb im Januar. Kurz vor seinem Tode und beim Termine widerrief die Frau ihr erstes Geständnis und gab an, ihr Mann, der Stadtschreiber, habe die Unterschlagungen begangen. Nur um ihn vor der Verhaftung während seiner Krankheit zu bewahren, habe sie sich selbst beschuldigt. Ihr Mann habe sehr verschwenderisch gelebt und viel Schulden gemacht, seine Familie aber vernachlässigt. Durch die Gemeindeführung wurden diese Angaben zum Teil bestätigt. Das Gericht kam zu der Entscheidung, daß die Unterschlagungen der verstorbenen Wrieden begangen, die falschen Buchungen und Rückendatierungen habe jedoch die Frau begangen; sie wurde dafür zu einer Woche Gefängnis verurteilt, es soll jedoch ihre Begnadigung erwirkt werden. — Bezeichnend für die Kassenvorführung ist noch folgendes: Das Statut der Schneiderinnungsfrankenkasse bestimmt, daß auch ein Innungsmitglied, ein Arbeitgeber, als Kassenvorführer neben dem Kassenvorführer fungieren soll; an diesen Arbeitgeber sollen jeden Abend die Kassengelder abgeführt werden. Das letztere ist niemals geschehen, offenbar aber auch niemals verlangt worden.

Gerichts-Zeitung.

Sicheres Geleit.

Auf Unfähigkeit der Polizei und auf die eigenartige Prozedur bei Verhängung von Untersuchungshaft wirft ein bezeichnendes Licht ein kleiner Vorfall, der sich gestern in Moabit abspielte.

Seit einer Woche wird vor der 3. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber ein großer Feldbeschlag-Prozeß verhandelt. Ein Hauptangeklagter ist der Reisende Goebel. Er hatte sich verborgen gehalten, wohl vorgespiegelt, er befände sich im Ausland, und Zusage von freiem Geleit erwirkt. Das

Gericht kann einem abwesenden Angeklagten sicheres Geleit erteilen, diese Erteilung auch an Bedingungen knüpfen. Ein Angeklagter gilt als abwesend, wenn sein Aufenthalt unbekannt ist, oder wenn er sich im Auslande aufhält und seine Feststellung an das zuständige Gericht nicht ausführbar oder nicht angemessen erscheint. Das sichere Geleit gewährt Befreiung von der Untersuchungshaft. Es erlischt, wenn ein auf Freiheitsstrafe lautendes Urteil ergeht oder wenn der Angeklagte Anhalten zur Haft trifft oder wenn er die Bedingungen nicht erfüllt, unter welchen ihm das sichere Geleit erteilt worden ist. Der Staatsanwalt hatte vorgestern gegen Goebel 8 Jahre Zuchthaus beantragt. Die Aussicht, so lange Zeit hinter vergitterten Fenstern zubringen zu sollen, hat den unternehmenden Mann vermutlich gestern veranlaßt, der Gerichtshalle lieber fern zu bleiben. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Loevenstein, teilte mit, daß Goebel noch tags zuvor in seinem Bureau gewesen sei und allerdings den Anschein erweckt habe, daß er durch die Bußt des staatsanwaltlichen Antrages völlig niedergeschmettert worden sei. Rechtsanwalt Dr. Loevenstein konnte über den weiteren Verbleib des Angeklagten auch keinerlei Angaben machen. Die sofort nach der Befreiung Goebels entlassenen Kriminalbeamten konnten nur feststellen, daß der Vogel ausgeflogen sei. Das Gericht beschloß infolgedessen die Aufhebung des sicheren Geleits und den Erlass eines Haftbefehls, dem sich sofort ein Steckbrief anschließen wird. Die Verhandlung wurde in Abwesenheit Goebels weiter geführt. Das Urteil gegen ihn lautete auf 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Eigenartig, daß dieselbe Polizei den Aufenthalt eines Mannes, dem so schwere Diebstähle zur Last fallen, nicht ausfindig machen konnte, und daß dasselbe Gericht den Mann mit der Untersuchungshaft beschonene mußte, das aus Anlaß der Moabiter Vorgänge angeklagte ehrenhafte Leute so schnell und auf so lange Zeit in Untersuchungshaft brachte und behielt.

Eine Prügelei zwischen Professor und Portier

Beschäftigte gestern die 120. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Fiedler. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und Beleidigung waren der Portier Karl Borste und der Bildhauer Professor Josef Rauch angeklagt. Der Angeklagte Professor Rauch wohnte anfangs u. 3. in der Händelsstraße. Zwischen ihm und dem Angeklagten Borste, der die Portierstelle in dem Hause inne hat, war es schon mehrfach zu Reibereien gekommen, weil der Hund des Professors wiederholt den Bürgersteig beschnüßelt hatte. Am 12. Februar v. J. war Borste gerade mit dem Reingehenden des Bürgersteiges beschäftigt als Professor R. hinkam. Nach dessen Angabe habe ihn der Portier fixiert und ihm auf seine Frage: „Warum grüßen Sie mich nicht?“ geantwortet: „Wenn Sie mich grüßen, werde ich Sie ebenfalls grüßen.“ Er habe hierauf geantwortet, daß dies eine bodenlose Unverschämtheit sei. In diesem Augenblick sei Borste in drohender Haltung auf ihn zugekommen und, um den drohenden Angriff von sich abzuwenden, habe er auf B. eingeschlagen. — Nach dem Angeklagten Borste und einem Augenzeugen soll sich der Vorfall jedoch so zugegetragen haben, daß Professor Rauch auf seine Antwort wegen des Grüßens ihm sofort mit der Faust ins Gesicht geschlagen, ihm dann den Bissen erwischt und ihm damit über den Rücken geschlagen habe. Borste habe dann die Faust in den Hausflur ergreifen, wo Rauch nochmals auf ihn eingedrungen sei. Hier habe er sich über seiner Haut erwehrt und mit einer hölzernen Zigarettenspitze auf Professor Rauch eingeschlagen. Diese Kaufleute endete damit, daß beide Beteiligten blutige Köpfe davon trugen, und zwar hatte Borste laut ärztlichen Attestes blutunterlaufene Stellen und Kratzwunden im Gesicht und an der Schläfe, während Professor Rauch ein blaues Auge und zwei tiefe Wunden im Kopf davongetragen hatte, die offenbar von einem scharfkantigen Gegenstand, nach Ansicht der Anklage von einem zugespitzten Messer oder einem Handknauf herührten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Borste 60 M. und gegen Professor Rauch 10 M. Geldstrafe. Das Gericht hielt Borste der Beleidigung zwar für schuldig, erklärte ihn aber für straffrei, da von beiden Seiten Beleidigungen gefallen seien. Das Gericht habe die vom Staatsanwalt beantragten Strafen nicht für ausreichend gehalten. Bei Professor Rauch solle straferschwerend ins Gewicht, daß er sich gerade bei seinem Bildungsgrade nicht hätte dazu hinreichend lassen dürfen, dem Portier mit der Faust ins Gesicht zu schlagen. Wegen ihn sei deshalb auf 60 M. Geldstrafe erkannt worden. Mit Rücksicht darauf, daß Borste offenbar ein zugespitztes Messer benutzt habe, lautete das Urteil gegen ihn auf 90 M. Geldstrafe.

Eine unmenschliche Mutter.

Wieder war es das Martyrium eines Kindes, mit dem sich das Amtsgericht Berlin-Schöneberg gestern zu beschäftigen hatte. Die Angeklagte, eine Frau Hüter in Steglitz, hatte ein uneheliches Kind mit in die Ehe gebracht. Das arme Kind wurde, wie Hausgenossen ausfragten, von der Mutter bei jeder Gelegenheit unarmherzig verprügelt, so daß es vielfach mit Streifen bedeckt war. Auch heftige Schläge gab die Mutter dem Kinde, so daß es mit dem Kopfe gegen die Wand fiel und starke Schmerzen davon trug. Das Kind ist schließlich ganz verkrüppelt gewesen und hat sich gar nicht mehr getraut, von den Wiphandlungen, die es seitens der Mutter erduldet, den Viechen mit dem Ausflopper und anderen Brutalitäten, dritten Personen etwas zu erzählen. Mitleidige Nachbarn sorgten schließlich dafür, daß das Kind dem Nachbereich der Mutter entzogen und bei guten Leuten untergebracht wurde. Vor dem Schöffengericht bestritt die Angeklagte, ihr Züchtigungsrecht irgendwie überschritten zu haben. Die Beweisaufnahme ergab das Gegenteil. Das Gericht verurteilte die hartherzige Mutter zu 6 Monaten Gefängnis.

Aus aller Welt.

Aus dem Schlaraffenland der Geistlichen.

In der Londoner City befinden sich 80 Kirchen, deren Pfarrherren ein recht behagliches und beschauliches Leben führen, denn die frühere Einwohnerschaft der Kirchspiele ist durch die großen Handelshäuser der City verdrängt. Nur die Wächter der Häuser und ihre Familien kommen als Kirchbesucher in Frage. Erst kürzlich berichteten wir, daß für eine derartige Pfarrpfründe, die jährlich 16 000 Mark abwirft, sich 200 Bewerber gemeldet hatten.

Vor einigen Tagen hat, wie uns aus London, geschrieben wird, ein neugieriger Journalist einigen dieser Kirchen an einem Sonntag einen Besuch abgestattet. Er ging aus Geratewohl während des Gottesdienstes in die erste beste Citykirche hinein. Dort fand er drei amtierende Geistliche und dreizehn Chorknaben und Chorknaben. Die Gemeinde bestand aus drei Männern (einschließlich des Besuchers) und acht Frauen. So erkant war die Gemeinde über den festlichen Eindringling, daß sie ihn unverwandt ansah. Dieses Gebaren ließ den Fremdling bald das Weite suchen. Er wandte sich der nächsten Kirche zu. Dort bemerkte er einen Prediger, einen Orgelspieler und den Chor; die Gemeinde bildeten zwei Männer und vier Frauen. In einer dritten Kirche sah er zwei Geistliche, einen Organisten und einen aus zwölf Personen bestehenden Chor. Vier Männer und sieben Frauen und Mädchen stellten die Gemeinde dar. Die vierte Kirche, die er betreten wollte, war geschlossen; auch deutete nichts darauf hin, daß man sie an jenem Sonntagmorgen geöffnet hätte. In der fünften Kirche, einem großen Gebäude, das ein Reststück des berühmten

Baumeisters Wren darstellt, befanden sich ein Prediger, ein Orgelspieler und eine Gemeinde, die aus zwei Männern, fünf Frauen und zwölf Kindern bestand.

Die Seelhilfe der Citynachtwächter wird kaum weniger kostspielig sein, als die Bekehrung der Juden Ost-Londons zum Christentum, die sich eine Missionsgesellschaft zum Ziele gesetzt hat. Die Bekehrung eines einzigen Sohnes dieses hartnäckigen Völkchens soll dieser drohigen Gesellschaft 1000 Pfd. Sterl. (20 000 Mark) kosten.

Kapitalistischer Menschenmord.

Die strafrechtliche Untersuchung der Ursachen des Brandunglücks am Washingtonplatz in New York, bei dem am 25. März etwa 150 blühende Menschenleben vernichtet wurden, hat zur Erhebung der Anklage wegen Totschlags ersten Grades gegen die Besitzer der Blusenfabrik Max Glanz und Isaac Harris geführt. Bei der letzten Vernehmung hat ein Detektiv ausgelegt, die Treppentür im neunten Stockwerk des Gebäudes sei beim Ausbruch des Brandes verschlossen gewesen.

Die beiden Besitzer sind nicht die allein Schuldigen. Mithuldig an dem Tode sind die staatlichen Behörden New Yorks, die als Interessentenvertreter der Kapitalisten es zulassen, daß in so freibeiwilliger Weise mit Menschenleben gespielt wird. Ist es doch unwiderprochen geblieben, daß seit Erbauung des Wolkenkräfers die Aufsichtsbehörde nicht ein einziges Mal den Bau und die Betriebe auf Feuericherheit kontrolliert hat. Unter Anklage gestellt werden müßten alle, die es jahrein, jahraus zulassen, daß unter Unberücksichtigung jeglichen Schutzes Riesengewinne aus der Arbeitskraft erprecht werden. Bleibt doch an all den gewaltigen Vermögen der Kapitalisten Blut und Gesundheit der Arbeitssklaven.

Ueberschwemmung in Norditalien.

Sehr umfangreiche Ueberschwemmungen infolge der andauernden Regengüsse der letzten Tage werden aus der italienischen Provinz Modena gemeldet. Dreitausend Hektar Felder sind vollständig überflutet. Mehr als hundert Häuser im Hochwassergebiet drohen einzustürzen und müßten schleunigst geräumt werden. Drei Regimenter Pioniere sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt und versuchen in Eile Dämme zu errichten, um ein Weiterfortschreiten der Katastrophe zu verhindern.

Drohnen!

Während Millionen fleißiger Arbeiter im Schweiße ihres Angesichts sich täglich mühen, durch ihre Arbeit soviel zu erwerben, um sich und die Ihrigen im Kampfe des Lebens über Wasser zu halten, suchen die Drohnen der menschlichen Gesellschaft nach immer neuen Mitteln, sich standesgemäß zu unterhalten, ihre abgestumpften Nerven durch neue Reizmittel aufzuwecken. In Monte Carlo beschäftigen sich zurzeit die Sportsleute damit, die Falkenjagd wieder aufleben zu lassen. Es soll nur noch zwei Sportsleute geben, die Jagdfalken besitzen. Die goldene Jugend in Monte Carlo hat einen von ihnen, der im Besitz von vier Geesfallen und zwei Habsichten ist, als Falkenjäger engagiert. Die Tiere sind sehr wertvoll, da es sehr schwierig ist, sie aufzuziehen und der geringste Schaden am Gefieder ihr Fliegen verhindern würde.

Glücklich heimgekehrt.

Ein seit sechs Monaten verholter Dreimaster ist jetzt im Hafen der französischen Stadt Croix vor Anker gegangen. Das Boot war vergangenes Jahr zum Fischfang nach der marokkanischen Küste abgegangen, war dann aber, da sich der Fang dort nicht als ergiebig erwies, nach der tunesischen Küste weiter gefahren und von dort zurück nach den kanarischen Inseln gefahren. Da das Boot vorigen Oktober nicht zurückgekehrt war, so wurde es als verloren betrachtet und man hatte für die Fischer auf dem Kirchhofe von Croix bereits ein Denkmal errichtet.

Kleine Notizen.

Die beiden deutschen Motorboote „Nürsen-Daimler“ und „Bid Ah VII“ errangen in Monaco neue Erfolge. „Bid Ah“ wurde in der Klasse der Kreuzer von 6,50 bis 8 Meter Länge Dritter. Das Boot hatte Anwartschaft auf einen besseren Platz, erlitt aber Benzin-Hohbruch. „Nürsen-Daimler“ wurde unter den Kreuzern von 8—12 Meter Länge mit einer Stundengeschwindigkeit von 47,5 Kilometer erster. Diese Zeit stellt einen Rekord für diese Klasse schneller Boote dar.

Eine ähnliche Himmelserscheinung, wie sie am Montagabend aus Messina gemeldet wurde, ist auch in den der Bodenseeninsel Lindau gegenüberliegenden Orten wie Weichach und Pöggelstein beobachtet worden. Das Phänomen wurde am Montagabend 7 Uhr 50 Minuten gesehen und war mit heftigen Explosionen verbunden. Offenbar handelt es sich um dieselbe Erscheinung.

Schwerer Automobilunfall. In einem Vororte der französischen Stadt Rennes kam es zu einem Zusammenstoß zwischen zwei in voller Fahrt befindlichen Automobilen. Alle fünf Insassen wurden in weiten Bogen herausgeschleudert, zwei wurden getötet, die anderen drei leichter verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindendamm 69, von vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachname und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Am Sonnabend fällt die juristische Sprechstunde aus.

N. G. 7. Wiederholen Sie Ihre Anfrage mit Angabe des Geschlechts und Alter der Kinder. — N. G. 24. Fortbildungsschule, Sophienstr. 17/18. — N. G. 149. Wenden Sie sich an den Genossen Georg Davidsohn, Berlin, Vahlestr. 18. — N. G. 99. 1. Stütungen, ja. Deren Bedingungen sind aber verschieden. 2. Stütungen sind in Anhalten, die für Personen bestimmt sind, die sich weder zur Aufnahme in ein Krankenhaus eignen, noch in einem Hospital aufgenommen werden können. Städtische Einrichtung. — N. G. 2. Meldort. Im Berliner Kreisbuch werden die Namen getrennt aufgeführt, aber beide im Hause Dillowstr. 66. — Otto Madede. 25. Januar 1907. — N. G. 2. Nummerldburg. An die Adresse des Genossen D. Stubbe, Hamburg, Theaterstr. 44. In den nächsten Wochen aber finden Sie auch hier im Gemeindefesthaus eine gleiche Ausstellung mit demselben Ziele. — Seemann. Ersuchen Sie das Hamburger Arbeiterreferat, Besenbinderhof 57, um gest. Unterstützung Ihres Vorhabens. — N. G. 2. Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern, Gartenstr. 16/17.

99. Mit. Auf Strafanzeige wegen Körperverletzung kann Verhaftung erfolgen. Die Krastkosten ist der Mann zu zahlen verpflichtet. Wegen den Verhaftung empfiehlt sich eine Strafanzeige wegen Unterschlagung. — N. G. 13. 1. Sie können sofort wegen Jurium anfechten. 2. Ja. — N. G. 95. Ja. — N. G. 200. 1. Sofort. 2. Eins 60 M. monatlich vom Zeitpunkt der Trennung. 3. Gehaltsbindung ist zulässig. 4. Schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, event. Uebdruß. — N. G. 99. Ja, falls die Ehe deswegen rechtskräftig geschieden und der Antrag innerhalb drei Monaten nach Rechtskraft des Urteils gestellt wird. — N. G. 31. 1. Ja. 2. Schuldenzahlung. — N. G. 2. Kitzdorf. Verhandlung der Bureauangelegenheiten, Berlin, Minierstr. 8. — N. G. 20. Rein. — N. G. 23. 1. und 2. Ja. — Unwissender. Rein. — N. G. Ja. — Dr. K. Reinickdorfer Str. 1. und 2. Sie haben Anspruch auf ein Viertel des Vermögensteiles als geschiedener Ehegatte. 3. Ja. — N. G. 100. Rein. — N. 107. 1. Erst dann, wenn die Krankheit drei Jahre angehalten hat und für unheilbar erklärt wird. 2. Ja. 3. Nein. — N. G. 100. Ohne vorherige Mitteilung an den Eigentümer nicht. — N. G. 25. 1. Die Trennung kann noch in diesem Jahre stattfinden. Sind nicht die Böhlerlisten für ungültig erklärt, sondern haben sie nur nicht ausreichende Zeit ausgesetzt, so müssen sie neu ausgesetzt werden und zwar mindestens 15 Tage hindurch. Sind die Listen für ungültig erklärt, so muß Neuauflistung und Auslegung erfolgen. Die Vorchrift, daß die Listen im

der Welt vom 15. bis 30. Januar ausliegen sollen, ist keine Ruhpforte; die Auslegung zu anderer Zeit macht die Wahl nicht ungültig. 2. Rein. — R. 2. 76. 1. Rein. 2. Ja. 3. Sie können alsdann aufrechnen. Ein Zurückbehaltungsrecht an den Pfandscheinen haben Sie aber wegen der Verzinsung nicht. — **Kunze, Schöneberg 17.** Der Vertrag ist noch rechtskräftig, soweit die Werkstat in Frage kommt. Die Haftungsdauer

der Erben läßt sich nur an der Hand des Mietsvertrages beurteilen. — **D. O. 100.** Ja, die Hälfte. Der Antrag muß innerhalb eines Jahres nach der Berechtigung gestellt sein. — **S. 1000.** Schriftliche Erklärung, bei der die Unterschrift beglaubigt sein muß, genügt. — **R. 2. 07.** 1. Ja, auf Herausgabe, außerdem kann gegen Sie Strafantrag gestellt werden. 2. Rein. 3. Ja, falls Urteil ergeht. — **R. St., Mariendorf.**

Der „Berghandene“ hätte Anspruch auf den gleichen Anteil, wovon die schuldige Prämie gefügt werden könnte. — **Fährlein 3366.** Nach erlangter Großjährigkeit hat das Kind Anspruch auf Auszahlung. Der Antrag ist an die Reglementshauptkasse zu richten. Der Anwalt ist zur Kostentragung und zur Rechnungslegung seinem Auftraggeber gegenüber verpflichtet. Es kann deswegen Klage erhoben werden. — **C. R. Rein.**

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 13. April
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Hauptprobe zum Sinfonie-Konzert.
Königl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches Haus. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. 1. Teil. (Anfang 8 Uhr.)
Neues königl. Opernhaus. Jägerblut.
Neues Opernhaus. Die Glocken von Cornoville.
Kammertheater. Die Königin. Reizung. Glaube und Heimat. Kleines. Der Leibarzt. Berlin. Taktum.
Westen. Der fidele Bauer.
Neues. Ueber den Wassern.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Kunsthilfsverein. Jugend. Trianon. Francillon.
Westen. Die Kameliendame.
Thalia. Rein Leopold.
Schiller O. Söbner-Theater. Liebesel. Literatur.
Schiller-Charlottenburg. Sobom's Ende.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Eine Ehe.
Volkoper. Die letzten Tage von Pompeji.
Luisen. Aus erster Ehe.
Modernes. Apollon. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Wiese. Mutterjegen.
Herrnsfeld. Die Bar-Schwester.
Polles Caprice. Der Dorfmusikant.
Komiker Schnitzel. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Metzovski. Hurra — Wir leben noch!
König. Ufermann.
Voigt. Geschlossen.
Apollon. Spezialitäten.
Wiese. Spezialitäten.
Blond. Geschlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Der Trompeter von Säckingen.
Intimes. Nacharbeit. Liebesbrauch. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Urania. Tautenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Der Vierwaldstätter See und St. Gotthard.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Söbner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Liebesel. Hurra! Literatur.
Freitag (Karfreitag): Geschlossen.
Sonntag, abends 8 Uhr: Narrib.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Sodoms Ende.
Freitag, abends 8 Uhr: Passions-Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr: Liebesel. Hurra! Literatur.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, den 13. April, 8 Uhr:
Eine Ehe.
Freitag: Geschlossen.
Sonntag zum erstenmal: Katernluft.
Sonntag 3 Uhr: Faust. 8 Uhr: Katernluft.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nebenrollen.
Karfreitag: Oratorium: Die Schöpfung.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Wassern.
Sonntag: Ueber den Wassern.
Ostermontag und -Dienstag: Wein erlauchter Wein.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Die Kameliendame.
Schauspiel in 5 Akten v. A. Dumas Sohn.
Karfreitag: Geschlossen.
Sonntag, 15. April: Die Kameliendame.
Ostermontag und folgende Tage: Ferdinands Ehekonflikt.
1. u. 3. Osterfesttag nachm. 3 Uhr: Pariser Remi.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Taifun.
Morgen Karfreitag: Geschlossen.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Jugend.
Freitag: Geschlossen.
Berliner Volkoper.
Welle-Allianzstraße 7/8. — 1/2, 9 Uhr:
Die letzten Tage von Pompeji.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Aus erster Ehe.
Schausp. in 5 Akten v. Ernst Ritterfeldt nach einer Erzählung von G. Courts Mahler.
Freitag: Geschlossen.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr Ende 11 Uhr.
Mutterjegen.
Schauspiel m. Ges. in 5 Akten v. Friedrich.
Freitag: Geschlossen.
Sonntag und folgende Tage: Mutterjegen.
Apollon Theater
Ab 8 Uhr:
10 Weltstadt-Attraktionen.
U. a.:
Otto Röhr, 6 Janelys,
Wettlerjäger-Quartett.
Magna Ars
Neue plastischer Gemälde.
Karfreitag: Geschlossen.
Noacks Theater.
Direktion: Robert Oll.
Berlin N., Brannenstraße 16.
Beg. Vorbereitung z. d. Osterfesttagen
Geschlossen.
In allen drei Feiertagen:
Erstklassiges Festprogramm.

Freie Volksbühne
Neues Schauspielhaus
Agnes Bernauer.
Thalia-Theater
Moral.
Residenz-Theater
Die 300 Tage.
Herrnsfeld-Theater
An d. Reiches Pforten.
Vor Sonnenaufgang.
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Nur noch wenige Tage:
Gastspiel des k. k. Hofball-Musik-Direktors
C. M. Ziehrer
mit seiner aus
65 Wiener Künstlern bestehenden Kapelle
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Potsdamer Str. 72/72a **Sport-Palast** Potsdamer Str. 72/72a
Größter Eispalast der Welt.
Allabendlich:
Glänzende sportliche Vorführungen und die Ausstattungs-Feerie
„Eisfest an der Newa.“
Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf.
Nach 5 Uhr M. 1.—, reservierter Platz M. 2.—.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Der sprechende Hund
und weitere „Don“
12 Attraktionen 12 U. a.:
Roda Roda.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 13. April (Gründonnerstag):
Keine Vorstellung

Herrnsfeld Theater
Die Weyerhains
mit den Kintoren Anton und Donat Herrnsfeld und die Rosita
Die Bar-Schwester
In allen drei Osterfesttagen 8 Uhr:
Ein Verlobungs-Geschäft
Die Bar-Schwester sowie
Das Scheidungs-Souper.
Billets für die ganze Osterwoche bereits zu haben.

Karl Haverland-Theater.
Kommandantenstr. 77/79.
Alles Dagewesene wird
übertriffen vom diesjährig.
April-Programm.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Während der Karwoche:
Gr. Extra-Vorstellungen.
Am Ostermorgen. — Die Sünde der Frau.
Des Försters Töchterlein.
Spezialität-Vorstellung mit Adolf Holländer, Deutsch. erst. Improvisator.
Anfang 8 Uhr. Keine erhöhten Preise.

Zirkus A. Schumann.
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
Kustreten der beliebte Schulkinderin
Hr. Dora Schumann. Trambolinsprünge, ausgef. v. Miss Anni und Hr. Charly. Antont und Grock als Klaviervirtuosen. Hr. Albert Schumann neueste Originaldresf. Die gr. Zenfation ist u. bleibt
Das Automobilrennen
in der Luft mit 2 Autos, ausgeführt von La belle Georgina und ihrem Partner.
D. gr. Coup d. Schmutzger
große Ausstattungs-Pantomime.
Morgen, Karfreitag: Geschlossen.
Der Vorverkauf zu den Osterfesttagen hat bereits begonnen.

Passage-Panoptikum.
Hede Koseh
das Mädchen aus der Steinzeit!
Das Bild der Menschwerdung I
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Heute: Beginn der
Volkstage.
Während d. Osterferien vom 13. bis inkl. 19. April:
Alle Nebensäle **frei**
Alle Vorstellungen **frei**
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Lina Loos
mit neuem Repertoir.
Patty Frank Truppe
Weltmeister d. Akrobatik und das große April-Varieté-Programm.

Walhalla-Theater.
Dir. James Klein.
(Rosenh. Tor.) Weinbergstr. 20.
Gründonnerstag und Oster-Sonntag abends 8 1/2 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
In Szene gesetzt Dir. J. Klein.
Keine Preise. Kaufen gef.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Tautenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Der Vierwaldstätter See und der Gotthard.
8 Uhr Professor Dr. L. Heck: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Metropol-Theater.
Donnerstag und Sonntag 8 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Ostermontag und Montag:
Hurra!
Wir leben noch!
Anfang 8 Uhr. Raufen gestattet.

Zirkus Busch.
Donnerst., 13. April, abds. 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend!
Neu! Neu! Neu!
Mons. Carlot
Hindostanische Jonglearkünste
Bon-Bon
Der sprechende Ueberhund!
(Parodie).
Herr Georg Burkhardt - Footit, Schulroiter. **Die Fredians,** 8 Personen, berühmte Reiterfamilie. Herr Ernst Schumann, Freiheitsdrossuren usw.
Um 9 1/2 Uhr zum **115. Male**:
„Armin.“

Folies Caprice.
Heute Donnerstag:
Der Dorfmusikant.
Lebensbild von Josef Arnin.
Solo-Teil.
Komiker Schnitzel.
Lebensbild von Josef Arnin.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr: Francillon.
Morgen: Geschlossen.
Sonntag: Francillon.

Casino-Theater
Lohspringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Ackermann.
In allen Osterfesttagen:
Das glänzende Programm.
Abends 8 Uhr: Zwei Wappen.
Nachm. 3 1/2 Uhr: Julie Wipphagen dazu **Lactiaffs Kosaken-Exercitien** usw.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Zum bevorstehenden Osterfeste empfehlen wir:

Damenhüte **Kinderhüte** **Blusen** **Röcke** **Kostüme** **Mäntel** **Kleiderstoffe** **Strümpfe** **Wäsche** **Herrenartikel**

in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen!

Otto Belwe Nachf. Inh.: Lippold & Flebbe, Berlin NW. Turmstr. 50.

Aufruf! Die schönsten Herren
Anzüge, Paletots, Ulster, Gesellschafts-Anzüge, einzelne Hosen, wenig gebraucht, auch elegante neue Herren-Garderobe, bekommt man am billigsten und gut passend nur im Monats-Garderobehaus von Luft & Burger, 10, Mariannenstr. 10. Kein Laden. Straßenbahn wird vergütet. Verbindung von überall. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei jedem Einkauf 5 Proz. Streng reelles Geschäft.
Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Landtagswahl im 4. Wahlkreis.

Eine öffentliche Wählerversammlung für den vierten Berliner Landtagswahlkreis fand am Dienstag im „Hoffjäger-Palast“ Hofenstraße, statt.

Schon um 8 Uhr war der weite Saal fast voll besetzt und als die Versammlung eröffnet wurde, harrten zirka 800 Männer und Frauen dem Referat des Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann entgegen.

Hoffmann leitete seinen Vortrag ein mit dem Ausspruch: „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie nachzuehend Böses muß gebären“.

Hierauf hielt der Kandidat Grunwald eine eindringliche Ansprache, in der er besonders darauf hinwies, daß selbst weite Kreise der Mittelschichten mit dem Gebaren des Freisiums unzufrieden sind.

Die Worte des Kandidaten wurden mit begeistertester Zustimmung aufgenommen. Zur Diskussion meldete sich niemand.

Aus Industrie und Handel.

Konkurs der Vereinigten Werderschen Brauereien.

Die 1896 aus der Vereinigung von vier Privatbrauereien entstandene Aktiengesellschaft „Vereinigte Werdersche Brauereien“ hat nun trotz ihres langen Sträubens doch den Konkurs anmelden müssen.

fünf dividendenlose Jahre — und der Kurs sank auf 87 Proz. Darauf folg das Sanieren und Reorganisieren an. Die alten Aktien wurden zusammengelegt und neue Vorzugsaktien geschaffen.

Der Viehantrieb im ersten Vierteljahr 1911.

Bei der fortwährenden Abnahme des Rindviehantriebes geht der Schweineantrieb stark in die Höhe. Die Lebendeinfuhr von Schlachthof in 40 deutsche Städte, abzüglich der Wiederausfuhr nach einem dieser Orte, betrug im März 72,41 Millionen Kilogramm Schlachtgewicht gegen 69,27 Millionen im März 1910.

Table with 3 columns: Year (1900, 1910, 1911), Live import (abz. Wiederausfuhr), and Slaughterhouse import (Einfuhr in den Schlachthof).

Danach ist auch beim gesamten Viehantrieb in den ersten drei Monaten zusammen die Einfuhr in den Schlachthof relativ viel stärker gewachsen als das Angebot resp. die Wehrzufuhr an den Märkten.

Table with 3 columns: Year (1909, 1910, 1911) and categories: Cattle (Rinder), Pigs (Schweine), Sheep (Schafe).

Bei Rälbern und Schafen ist ebenso wie bei Rindern die diebstahlartige Zufuhr in den Schlachthof der 40 Städte geringer als in den beiden Vorjahren; nur bei Schweinen geht sie über jene hinaus.

Gerichts-Zeitung.

Der Schullehrer als Sittlichkeitsverbrecher.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Erfurt wurde am Dienstag der Lehrer Max Reinhardt aus Weiskirchen, einem Waldbörsen im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Lehrer Reinhardt war eine stramme Ordnungsgläubige, nebenbei ein geschäftiger Gegner der Sozialdemokratie, die er in der niederträchtigsten Weise verunglimpfte.

Lohnende Einbrüche in Grunewaldvillen

fielen dem Hausdiener Richard Lichtenberg zur Last, der der zweiten Strafkammer des Landgerichts III aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. In der Nacht zum 19. Oktober 1910 wurde ein Einbruchdiebstahl in der Dr. Neumanns Villa im Grunewald ausgeführt.

Marktpreise von Berlin am 11. April 1911, nach Ermittlung des Königlich-Preussischen Statistischen Landesamtes.

100 Kilogramm Getreide, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Äpfel 20,00—60,00. Kartoffeln 5,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,30.

2 billige Pelerinen-Angebote

Loden-Pelerinen für Herren, Damen, Knaben und Mädchen

Pos. 1: Braun oder grünlicher imprägnierter Strichloden, vorzüglich im Tragen

Längen: 70 80 90 cm

Preis: 4.50 Mk.

Längen: 100 110 cm

Preis: 6.— Mk.

Längen: 120. 125. 130 cm

Preis: 7.50 Mk.

Pos. 2: Grau, olive oder grünlicher Strichloden, „imprägniert“, unverwundlich. „SPEZIAL-MARKE“

Längen: 70 80 90 cm

Preis: 7.50 Mk.

Längen: 100 110 cm

Preis: 10.— Mk.

Längen: 120. 125. 130 cm

Preis: 13.25 Mk.



Englische Regenmäntel

Große Partien modern. Gummimantel direkt aus England importiert 36.— 22.50 18.— 12.50 M.

Baer Sohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog auf Wunsch kostenfrei.

Glumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, am Mariannen-Str. 2.

Wo? machen wir am Karfreitag unsere Herrenpartie? Nach Michelswerder zum alten Freund! Er ladet ergehenst dazu ein.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr. Trotz hoher Tabaksteuer zu außergewöhnlich billigen Engrospreisen

Advertisement for 'Korstenlanden Perlen' cigars, featuring a cigar illustration and price list for various brands like Kleine Mexiko-Zig., Sa. Clara-Manila, etc.

Czollek & Geballe Zigarren Berlin G., Neue Promenade 7 Tr. Engros, vis-à-vis Haupting. Stadtbahnhof Börse. Preisliste franko.

Advertisement for 'Betrifft Herren, Neue Herren-Bekleidung' featuring a list of clothing items and prices, such as Jacket-Anzüge, Herren-Paletots, etc.

Advertisement for Dr. Simmel, Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Prinzenstr. 41, Moritzplatz.

Advertisement for Hygienische Bedarfsartikel, Drogerie Zarenbau, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor.

Advertisement for 'Sensationelle Neuheit! Calcutta' imitiert. Inder-Teppich, featuring a rug illustration and price list.

Advertisement for Hüten, Mützen, Herrenartikel, Panama-Hüte, featuring a hat illustration and the name Johann Soujon.

Advertisement for 'Achtung! Schmöckwitz.' featuring a building illustration and the name Hermann Peter.

Advertisement for Emil Lefèvre, Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 153. Spezialkatalog mit zirka 600 Abbildungen gratis u. franko.

Todes-Anzeigen

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater und Schwager, Herr **Karl Kamjunkte** im Alter von 64 Jahren am Dienstagmorgen plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Petri-Friedhofes in der Friedenstraße aus statt.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme und bewährte Unterstützung bei der Beerdigung meines lieben Vaters, meines guten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers, des **Herrmann Perret**, sage allen Freunden und Bekannten, sowie dem Bahnbetriebsamt, dem Sparverein, den Nachbarn und den verehrten Stammgästen herzlichsten Dank.

Berlin, 11. April 1911.

Im Namen aller Hinterbliebenen **Fr. Martha Perret, geb. Weber.**

Rixdorfer Baugenossenschaft „Ideal“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Unsere **Frühjahrs-General-Versammlung** befaßt sich hiermit zum Donnerstag, den 27. April 1911, abends 8^{1/2} Uhr, in die **Vollversammlung** Rixdorf, Vergütung, ein.

Tages-Ordnung:

1. Halbjahresbericht.
2. Bericht über die geleistete Revision.
3. Ergänzungswahl für den Vorstand.
4. Neu- und Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat.
5. Bericht über den Geschäftsbetrieb.
6. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat: **Bruno Fiedler.**

Orts-Krankenkasse für Pantow.

Die ordentliche General-Versammlung findet am Montag, den 24. April 1911, abends 8 Uhr, im Restaurant von **Boeckel**, Kreuzstraße 34 in Pantow, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Berichterstattung über die letzten Generalversammlungen.
2. Vorlegung der Jahresrechnung für 1910 und Bericht der Revisoren.
3. Antrag des Vorstandes auf Wiedereinsetzung der §§ 5, 10, 13, 14, 17, 18, 21, 28, 31, 50, 51 und 62 der Statuten.
4. Nachträgliche Genehmigung der mit den Herren **Dr. Galle** und **Edel** abgeschlossenen Verträge.
5. Anträge, welche mindestens 5 Tage vor der Generalversammlung beim Vorstande eingereicht sind.
6. Verschiedenes.

1911
Elio Rihmann, Vorsitzender.

Für nur **1 Mk.** wöchentliche Teilzahlung

Herren-Damen- und Kinder-Garderoben nur Neuheiten in Riesen-Auswahl.

M. Beiser
Lothringer Str. 67
Ecke Gormannstraße.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser, Weißbinder und Stukkateure Deutschlands

„Grundstein zur Einigkeit“

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 19. April 1911, abends 8 Uhr, in **Wilkes Festsaal, Sebastianstr. 39:**

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1497

1. Unsere diesjährige Generalversammlung.
2. Wahl von 12 Abgeordneten zur Generalversammlung.
3. Rassenangelegenheiten.

Die Orderversammlung.

Rixdorf. Zentral-Krankenkasse der Maurer Grundstein zur Einigkeit

Freitag, den 14. April (Karfreitag), vormittags 10 Uhr, bei **Woll, Kirchhofstraße 41:**

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 2 Abgeordneten zur Generalversammlung.
2. Abrechnung vom ersten Quartal.
3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß jedes Mitglied erscheint. — Mitgliedsbuch legitimiert.

149/6 Die örtliche Verwaltung. N. H. Wilh. Kraft.

Amor

bleibt das beste Metallputzmittel.

Der Salamanderstiefel ist infolge seiner guten Eigenschaften, seiner vorzüglichen Passform, seiner guten Rohstoffe, seiner neuen Formen und seines billigen Preises in allen Geschichtskreisen äußerst beliebt.



Der beste Stiefel ist der am meisten begehrte, da in letzter Linie das große Publikum über die Güte der Ware das Urteil fällt. Die Umstände der Marke Salamander übertrafen die aller anderen deutschen Schuhwerke.

Einheitspreis für Damen u. Herren Mk. 12.50

Luxus-Ausführung M. 16.50
Fordern Sie Musterbuch V

Salamander

Schubert, m. b. H., Berlin

Zentrale: W 8, Friedrich-Strasse 182

W. Friedrich-Strasse 182	C. Rosenthaler Tor	NW. Wilsnacker Str., Ecke Türmarkt, 9
SW. Friedrich-Strasse 221	W. Tauentzien-Strasse 18	Charl., Wilmerdorfer Strasse 126
N. Friedrich-Str. 118/19	N. Bad-Strasse 20	Steglitz, Schloss-Strasse 20
C. König-Strasse 47	NO. Gr. Frankfurter Str. 102	Spandau, Breite Strasse 80
W. Potsdamer Strasse 5	(am Strausberger Platz)	Potsdam, Napoleon Strasse 24

Neu eröffnet: Martin-Luther-Straße 2.

50 eigene Geschäfte Ueber 400 Alleinverkaufsstellen

MANOLI Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Möbelfabrik Zukunft

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Sitzung am 31. Dezember 1910.

Aktiva.

1. Rassenbestand	630,63
2. Rassenbestand	15 235,51
3. Umlaufbestand	1 382,--
4. Umlaufbestand	1 422,--
5. Umlaufbestand	1 753,--
6. Umlaufbestand	8 744,80
7. Umlaufbestand	4 071,45
8. Umlaufbestand	300,--
9. Umlaufbestand	642,45
Summe	31 107,84

Passiva.

1. Rassenkonto	3 110,47
2. Umlaufkonto	3 050,--
3. Umlaufkonto	2 750,--
4. Umlaufkonto	24 661,80
5. Umlaufkonto	52,49
6. Umlaufkonto	62,48
7. Umlaufkonto	450,60
Summe	31 107,84

Der Vorstand: **K. Aebahr, Th. Lasse, A. Knedel.**

Die Mitgliederzahl betrug am Ausgange des Geschäftsjahres 14. Ausgeschlossen sind 3, somit waren am Schluß des Geschäftsjahres 11 Gesellen mit einer Gesamtsumme von 1750 M. vorhanden.

Das Geschäftsjahres sowie die Gesamtsumme haben sich um je 750 M. verringert.

Reparatur-Werkstatt

1. Zahntechnik repar. (ausg. Dr.) 1,50
1. Feder einlegen von 0,75-1,50
1. Uhrmacher . . . 0,10-0,50
1. Uhrglas . . . 0,10-0,20
1. Ring löten . . . 0,20-0,50
1. Seile einlegen . . . 0,10 an
Die Wäsche in Uhren u. Goldwaren.
H. Werner, Allee 8.

Ausstellung in Charleroi — Belgien — 1911.

Die Ausstellung zu Charleroi kann mit ihren gewaltigen Hallen, ihren Gärten und Attraktionen unter Berücksichtigung der Größenverhältnisse in jeder Hinsicht mit den bedeutendsten Veranstaltungen, die in dieser Art bis zum heutigen Tage gemacht wurden, rivalisieren.

Die größten Firmen haben die Bedeutung der Lebensmittelabteilung erkannt, die bekanntlich international ist.

Ein Beweis hierfür ist der Eifer, mit dem man sich Plätze sichert, in Erwartung der bevorstehenden Eröffnung, die bestimmt am 29. April erfolgen soll. Man versteht diesen Eifer von seiten der ausländischen Häuser, die wissen, welche bedeutendes Absatzgebiet sie in Belgien und besonders in dem reichen Charleroi finden.

Die nicht nur der Industrie und dem Handel, sondern auch der Kunst und Wissenschaft zugeleiteten Plätze werden sehr bemerkenswert sein. Die vielen Attraktionen, wie zum Beispiel der japanische Blumengarten, desgleichen auf dem Kontinent noch nie gesehen wurde, sind bereits in der Anlage begriffen.

So ist die Menge der Belgier und der Ausländer, die sich anschicken, die Ausstellung in Charleroi zu besuchen, sicher, dort zugleich ein Feld für interessante und lehrreiche Studien, wie für ihre Vergnügen zu finden.

Reederei Nobiling

Brückenstr. 6b, IV, 1737.

Am Karfreitag, dem Overtagen, sowie folgenden Sonntag 9 Uhr früh nach der **Berliner Schweiz**, mittags **Wollersdorf, Schl.**

Abfahrtsstelle: **Jannowitzbrücke** vor **Restaurant Schützenbr.**

Fahrpreis: Hin- oder Rückfahrt **40 Pf.** Karfreitag **30 Pf.** die Hälfte.

Zum Ausschneiden

Dr. Rud. Wells

Nährsalz - Bananen - Kakao

ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kostmahlzeit bei Magen- und Darmstörungen, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung, bei Appetitlosigkeit. Angenehmestes Frühstücksgetränk für Geliebte und Kranke.

Belegt = 1/2 Tasse 1 Tasse, 5 Pakete 4,75 Mk., 10 Pakete 9 Mk. Zubereitung in Berlin und Sorococa frei Haus. Preisliste gratis und franco.

H. Nader, Berlin S., Prinzenstr. 37. Versandgeschäft gesunder Nahrung- und Genussmittel. Unvergleichliche Preisliste bitte zu verlangen. 10615

1 Mark wöchentliche Teilzahlungen liefert elegante fertige

Herren-Garderoben

Ersetz für Mass Anfertigung nach Mass tadelloser Ausführung

Julius Fabian Schneidermeister

Gr. Frankfurter Str. 37, Eingang Strausberger Platz.

II. Geschäft: Turmstr. 18 nur 1. Etage, kein Laden.

Zathan Wand

129 Statficher Str. 129.

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots u. Anzüge in neuem Schnitt, in jeder Figur passend, speziell auch für die Herren in großer Körpergröße zu stammend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Statficher Str. 129.

Hochbahnhofs-Kaufhaus Berlin. Bitte auf Hausnummer zu achten.

süßer Oster-Wein **Santa Lucia**

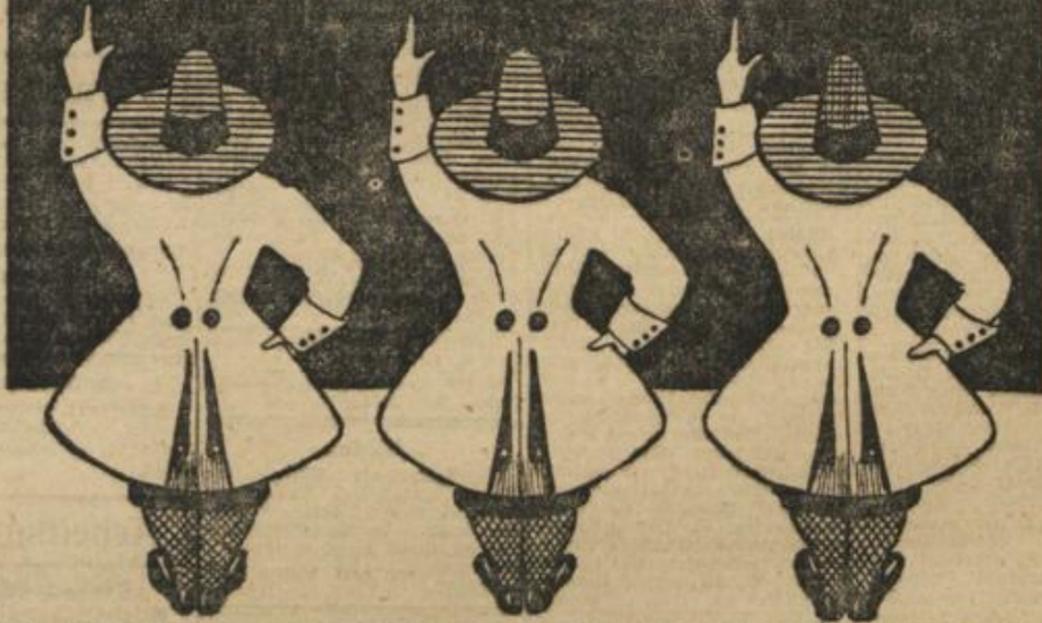
Kraft-Rotwein Fl. 1,50 u. 2,00

Josef

ADMIRAL

Die neue Marke

Beste 4 Pfg. Cigarette.



Möbel

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik
Stollschreiberstraße 57
 (Kortplatz).
 Verkauf im Fabrikgebäude

R. Harnack
 Tischlermeister.
 Badungsversicherungen.

Monats-Garderobe!

Jacken, Anzüge, Paletots, Hochd.-Anzüge etc., wenig getragen, aus feinsten Stoffen angefertigt, kaufen Sie am billigsten u. besten im
Monats-Garderobenhaus
Grad, Prinzenstr. 8.
 Sein Laden! Bitte auf Hausnummer zu achten. Straßenbahn wird genutzt.

Seht nur die Köchin an! Wie sie die alle Platte als Spiegel gebenuht. Seit sie mit echtem
Dr. Landmann's
 Putz-Pulver
 in Paketen à 5, 10 u 20 Pf.

Eigene Fabrikation im Hause!



zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungsverleicherung.

Früher oder später

kommt jeder Automobilist u. Radfahrer zu der Ueberzeugung, dass er auf

Continental Pneumatik

am billigsten fährt.

Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover

Stoffe

Fabrik-Rente u. Coupons sind einmalkoff. Neuheiten, Vergüge, Muster etc. 3, 4, 5 Pf. Zuschlager Koch & Seelast. G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Petzkirche.

Möbel

liefert auf Teilzahlung bequeme bei kleinster Anzahlung in be- kannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krank- heit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer von den einfachsten stehen zur Ansicht bis zu den elegantesten

10000 M. Strafe

verpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kund- schaft nicht abgenommenen neuen Maß-Anzüge und Paletots ab, die wir 33% bis 50 pCt. unter Preis abgeben, damit wir unsere guten Sachen nicht zu veramsachen brauchen. Andere Sachen kommen mit zum Verkauf. Anzüge aus englischen und deutschen Stoffresten, von unseren Maß-Schneidern in der stillen Zeit angefertigt, zu spotbilligen Preisen.

Sonntags während der Verkaufszeit geöffnet.

Gebr. Heinemann, Engl. Herren-Moden

Behrenstr. 26a, vis-à-vis der Passage, ^{Kein} Laden

Bitte, ausschneiden und bei Bedarf nachfragen.

Konfektions-Haus

S. Gottlieb

G. m. b. H.
 Rosenthalerstraße 54.
 Wir geben bis auf weiteres an Jedermann zu äußerst günstigen Bedingungen und billigsten Preisen

Konfektion

Für Herren

- | | |
|---------------------------|-------------------------|
| 1 Paletot 24 M. Anz. 5 M. | 1 Anzug 15 M. Anz. 3 M. |
| 1 Paletot 30 M. Anz. 6 M. | 1 Anzug 24 M. Anz. 5 M. |
| 1 Ulster 36 M. Anz. 7 M. | 1 Anzug 36 M. Anz. 7 M. |
| 1 Ulster 40 M. Anz. 8 M. | 1 Anzug 40 M. Anz. 8 M. |

Für Damen

- Kostümstücke v. 9 M. Anz. 3 M. an
 Kostüme von 20 M. Anz. 5 M. an
 Damen-Paletot 16 M. Anz. 3 M. an
 Damen-Paletot 25 M. Anz. 5 M. an

Abzahlung 1 Mark per Woche an

R. HOSKE

Prüfung für!

Kownoer
 aus den Tabak-Fabriken

J. Goldfarb Press. Stargard

gegründet 1839

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Ohne Anzahlung!

Stellen an jedermann bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
 auf Kredit ^{neueste Fasson, größte Auswahl} Wochenrate von 1 Mk. an

Möbel

Komplette Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige

Küchen, Partieren, Teppiche, Gardinen, Leib- und Bettwäsche, Stoppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung.

S. DORN, Alte Schönhauser Str. 3
 Ecke Linienstrasse.

Partei-Angelegenheiten.

Von der Agitation.

Eine erfolgreiche Agitation für unsere Presse haben die Genossen des 6. Berliner Reichstagswahlkreises in den ersten beiden Monaten dieses Jahres unternommen. Eine volle Woche trugen opferwillige Genossen den „Vorwärts“ an bestimmte vorher ausgewählte Nichtabonnenten aus, um diese zum Abonnement zu veranlassen. Es wurden abteilungsweise 39 218 Exemplare verbreitet und im ganzen 5816 neue Abonnenten für den „Vorwärts“ gewonnen.

Dem Wahlverein sind im ersten Quartal 1911 männliche und 954 weibliche Mitglieder beigetreten.

Dritter Wahlkreis. Am Karfreitag findet in Gemeinschaft mit dem Gesangsverein „Liberio“ eine Herrenpartie statt. Treffpunkt für die Mitglieder des Wahlvereins früh 9 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof (Wanneseite). Für Rückzügler bis 10 Uhr in Zehlendorf im „Gesellschaftshaus“, Karst. 12, Inhaber W. Med. Von hier zu Fuß nach Wagnower Schleuse, von dort zurück über Klein-Wagnow nach Zeltow; dabei Mittagsrast im „Preussischen Adler“, Inh. Genosse Bonow. Von Zeltow nach Groß-Lichterfelde, wo die Rückfahrt per Bahn stattfindet.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand. Adlershof. Morgen Freitag, den 14. April, vormittags 8 Uhr: Flugblattverteilung vom Jugendheim, Bismarckstr. 11, aus. Der Vorstand.

Brix-Budow. Die Bibliothek bleibt am Sonnabend, den 15. April (Osterfestabend) geschlossen. Der Bücherwechsel findet jeden Sonnabend von 8-10 Uhr abends im Restaurant von Otto Jütz, Werderstr. 20, statt. Die Bibliothekkommission.

Berman. Deuts. Donnerstag: kombinierter Jagelabend im Lokal des Gen. Salzmann, Waddorfer Straße.

Berliner Nachrichten.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend aus.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Auch in der Krankenpflege der Stadt soll nun das Zweiklassenkrankenhaus zur Wirklichkeit werden. Der Plan, in unseren Krankenhäusern besondere Abteilungen für zahlungsfähigere Kranke zu schaffen, tauchte vor etlichen Jahren auf. Er fand sofort den Beifall der Freisinnigen, und nachdem er das Stadium der „Erwägungen“ verhältnismäßig rasch durchlaufen hatte, legte der Magistrat den Stadtverordneten den Antrag vor, einen ersten Versuch im Krankenhaus Moabit zu machen. Seitdem hat die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung diesem Antrag ohne weiteres zugestimmt, und dem „dringenden Bedürfnis“ wird nun baldigt abgeholfen werden. Widerspruch gegen diese Einführung der Klassencheidung in der Krankenpflege der Stadt wurde nur von der sozialdemokratischen Fraktion und daneben noch von der kleinen Gruppe der „Sozialfortschrittler“ erhoben. Unser Genosse Weyl legte noch einmal die nur zu berechtigten Bedenken dar, die man gegen solche Krankenhäuser „reform“ erheben muß. Er geißelte die Begünstigung des Klassenunkels, der zu der Idee des Zweiklassenkrankenhauses geführt hat, und zeigte, daß die beabsichtigte Klassencheidung unseren Krankenhäusern und den minder zahlungsfähigen Kranken nicht zum Vorteil gereichen wird. Auch dem Steuerfiskus wird es wahrscheinlich nicht ankommen, daß in dieser Weise den Landesbudgeturteilen nachgegeben wird. Trotz höherer Kurkostenjahres werde die Stadt noch lästig zu schiefen müssen, da die zahlungsfähigeren Kranken ihre Ansprüche ungebührlich hoch zu bemessen pflegen. Gegen diese Ausführungen wandte sich Oberbürgermeister Kirchner. Mit großer Beredsamkeit schilderte er den Klagengegensatz, den man sonst im Rathaus nicht anzuerkennen pflegt, und er forderte Berücksichtigung für die Sonderwünsche der Bemittelten. Seine Erklärung, daß die Stadtverordnetenversammlung mit der Annahme der Vorlage „ein außerordentlich gutes Werk“ tun werde, wurde von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall begleitet. In der weiteren Debatte stellte sich von den übrigen Rednern nur noch Stadtverordneter Nathan auf den Standpunkt, daß die Einrichtung besonderer Abteilungen für besser situierte Kranke nicht nötig sei. Er sprach von dem demokratischen Zug unserer Zeit, mit dem dieser Gedanke nicht zu vereinigen sei. Die Mehrheit aber ließ sich das nicht anfechten und beschloß das Zweiklassenkrankenhaus. Da haben wir also doch endlich mal einen „Fortschritt“ auf dem Gebiet des Gesundheitswesens unserer Stadt. Und was für einen!

Arbeitertage und Kunst.

Die Arbeitertage sind seit einigen Jahren in einer neuen Etappe ihrer Entwicklung. So widerspruchsvoll es auf dem ersten Blick erscheinen mag, so kommt diese Entwicklung rein äußerlich doch in einer Verminderung der Zahl der Arbeitertage zum Ausdruck. Man bekämpft die Zersplitterung der Arbeitertage in eine große Zahl kleinerer, weniger zahlreicher Arbeitertage, die mehr geselligen als künstlerischen Zwecken dienen, und strebt die Bildung größerer Chöre an, die unter zuverlässiger künstlerischer Leitung den ernstesten Aufgaben des Arbeitertages nachkommen.

In Berlin ist die Leitung des Arbeitertages beauftragt in der nächsten Zeit tätig, und die Erfolge sind erfreulicherweise schon erkennbar. Um das Tempo dieser Entwicklung zu beschleunigen, ergreift der Berliner Arbeitertagebund auch gern gelegentliche Hilfe von auswärtigen, indem er gute Arbeitertage aus anderen Städten, in denen der Zusammenschluß der Arbeitertage und Arbeitertagevereine zu leistungsfähigen größeren Chören schon seit längerer Zeit erfolgt ist, zu einer künstlerischen Sängereinfahrt nach Berlin einmuntet und sie dabei nach besten Kräften unterstützt. So sind bereits die vorzüglich geschulten Leipziger Männerchöre als Gäste der Berliner Sänger aufgetreten, und so wird an den beiden Oftertagen dieses Jahres der Arbeitertageverein Bremen, Abteilung Männerchor, in Berlin konzertieren.

In Bremen herrschte auf lange Jahre hindurch eine wenig erfreuliche Zersplitterung der Arbeitertage. Als aber der Parteitag des Jahres 1903 beschloß, daß der nächste Parteitag in Bremen stattfinden sollte, traten die verschiedenen Arbeitertagevereine auf Anregung des Parteitagskomitees sofort zu einem einheitlichen großen Chor zusammen, der vorläufig nur den Zweck haben sollte, den Parteitag zu begrüßen und die Parteitagsfestlichkeiten zu verschönern.

Aber der größte Teil der Sänger blieb dem neugegründeten Chor auch nach dem Parteitage treu. Zugleich gelang es dem Chor einen Dirigenten zu gewinnen, der in gleichem Maße die nötigen künstlerischen Fähigkeiten wie das besondere Verständnis für den Arbeitertagebesuch, so daß der Arbeitermännergesangsverein Bremen seit dem Jahre 1904 von Jahr zu Jahr an äußerer und innerer Stärke, an künstlerischer Bedeutung und deshalb auch an Sympathie bei der bremischen Arbeiterschaft gewonnen hat. Die Konzerte des Vereins stehen auf einem hohen künstlerischen Niveau, und sie erfreuen sich einer so großen Beliebtheit bei den bremischen Arbeitern, daß sie meistens nach einer Woche wiederholt werden müssen, um der starken Nachfrage nur einigermaßen zu genügen.

In den letzten Jahren haben sich dem Vereine zwei neue Chöre angegliedert: ein Frauenchor und ein Kinderchor, die beide mit Erfolg denselben Zielen zustreben wie der Männerchor.

Die Bremer Arbeitertage sind sich aber voll der Pflicht bewußt, daß sie bei allem künstlerischen Eifer nicht die Fühlung mit der Arbeiterklasse, mit ihrem Empfinden und Denken verlieren dürfen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß der Arbeitertageverein Bremen Mitglied des Deutschen Arbeitertagebundes ist; aber auch durch seine eigentliche künstlerische Betätigung, durch die Wahl seiner Lieder, durch seine Hilfe bei den künstlerischen Veranstaltungen des Bildungsausschusses und den propagandistischen Veranstaltungen der bremischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hält der Verein die innigste Verbindung mit der Arbeiterklasse aufrecht.

Der Bremer Verein ist sich darüber klar, daß es kein kleines Wagnis bedeutet, wenn er mit ungefähr 200 Sängern nach Berlin kommt. Es ist das sowohl ein künstlerisches wie finanzielles Wagnis. Hoffentlich helfen die kunstfreundlichen Berliner Arbeiter, insbesondere die Arbeitertage, durch zahlreichem Besuch der beiden Konzerte — das erste findet am Abend des Oftersonntages in der Brauerei Friedrichshain, das zweite am Mittag des zweiten Ofterfeiertages in der Neuen Welt statt — das finanzielle Risiko der Bremer Arbeitertage verringern. Daß die Bremer aber das Wagnis in künstlerischer Beziehung und im Vergleich mit den großen Chören Berlins bestehen, dafür bürgt die gewissenhafte Schulung und der Ernst ihres künstlerischen Strebens.

Förderer der Lustbarkeitssteuer.

Die Lustbarkeitssteuer ist bekanntlich wiederum in einen Ausschuh der Stadtverordneten verwiesen worden, weil die Mehrheit im Roten Hause sich scheute, angesichts der erregten Stimmung weiter Kreise der Berliner Bevölkerung hoch zu belassen. Inzwischen wird von Hausbesitzern wieder Stimmung für die Steuer gemacht. In einer Versammlung der Freien Vereinigung der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine wurde nach einer lebhaften Erörterung, an der sich Stadtverordnete Ulrich und andere beteiligten, einstimmig beschlossen, eine ausführliche Petition an Magistrat und Stadtverordnete von Berlin zu richten mit der Bitte, hinter anderen Großstädten und den Vororten nicht zurückzubleiben und nach dem Beispiel dieser Städte die Lustbarkeitssteuervorlage anzunehmen und möglichst bald die Kartenersteuer einzuführen.

Auch der freisinnige Luisenstädtische Bezirksverein, der die innere Luisenstadt umfaßt, hat am Dienstagabend unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Ulrich mit großer Mehrheit beschlossen, an die Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe zu richten, in der die Erstattung ausgeprochen wird, daß die Stadtverordneten die Kartenersteuervorlage über die Lustbarkeitssteuer annehmen und recht bald verabschieden möge.

Diese Förderer der Lustbarkeitssteuer verfolgen keinen anderen Zweck, als anderen Bevölkerungsteilen Steuern aufhalsen zu lassen, um selber möglichst verschont zu bleiben. Es muß verlangt werden, daß das Steuerinstrument je eher je besser in den Orkus versenkt wird.

Auf dem Wagnerviehof in Friedrichsfelde ist gestern, wie die „Allgemeine Preussische Zeitung“ berichtet, die Maul- und Klauenseuche bei einem Rinde im Ueberständerhof festgestellt worden. Infolgedessen fällt der Schweinemarkt auf dem Wagnerviehof aus, während der wegen des Karfreitags bereits auf heute Donnerstag festgesetzte Wagnerviehmarkt stattfindet. Inzwischen sind auch die im Ueberständerhof befindlichen Tiere abgeschlachtet worden.

Auf dem städtischen Viehhofe betrug der gestrige Auftrieb an Schweinen 25 000 Stück, die höchste Zahl seit Bestehen des Viehhofes.

Eine neue Verschönerung der Schönhauser Allee in ihrem Teile zwischen der Langen Straße und dem Bahnhof Schönhauser Allee wird augenblicklich der Hochbau-Gesellschaft zu Liebe vorbereitet. Und wird hierzu geschrieben: Zwischen je zwei dort stehenden Bäume grabt man zurzeit Pfähle ein. Will man die Zahl der Alleebäume vermindern? Ganz gewiß nicht! Dazu stehen diese viel zu dicht. Augenscheinlich hat man vor, neben diese Pfähle solche besenartigen Surrogate von Alleebäumen zu setzen, wie man sie an Stelle der alten schönen Bäume auf der Straße zwischen Reber Straße und Wörster Straße gesetzt hat. Stehen die Bäume erst, dann werden nachträglich die jetzigen stattlichen Bäume entfernt, bloß, um einer Privatgesellschaft bequemere Möglichkeiten für den Bau eines Millionenunternehmens zu gewähren. Lediglich, um die Bevölkerung zu täuschen, macht man es jetzt umgekehrt, wie beim Bau der Untergrundbahnstrecke im unteren Teile der Schönhauser Allee. Dort vernichtete man den vorhandenen schönen Baumbestand mit Äst und Säge und setzte nachträglich dafür einen schwachen Ersatz. Im oberen Teile der Schönhauser Allee schafft man erst den „Ersatz“ und entfernt dann die alten Bäume. Dagegen muß auf das allerenergigste protestiert werden. Im Schutten der Hochbahn wird aus den kümmerlichen Bäumchen, die man jetzt in der Schönhauser Allee pflanzt, nie etwas werden. Dagegen konnte man immerhin erwarten, daß die jetzt dort stehenden kräftigeren Bäume einen Eingriff in ihre Lebensbedingungen überleben. — Dedwegen: Fort die Finger von der weiteren Verschönerung der Schönhauser Allee!

Eine Denkschrift für Karl Gotthard Langhans, den Erbauer des Brandenburger Tor, wird am Hause Charlottenstraße 48, wo Langhans bis kurz vor seinem Tode wohnte, in nächster Zeit von der Stadt angebracht werden. Der Besitzer des Hauses hat dazu in entgegenkommender Weise seine Erlaubnis gegeben.

Die soeben erschienene Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung für das Jahr 1911 ist in der Geschäftsstelle des Gemeindefiskus, Rathaus 3 Treppen, Zimmer 123, zum Preise von 2 M. käuflich zu erhalten.

Die Markthalledeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung u. a. beschlossen, den Fleischgroßmarkt so schnell als möglich nach der Kniprodestraße zu verlegen. Das Projekt hierfür soll so ausgearbeitet werden, daß die Möglichkeit verbleibt, erforderlichenfalls auch den Gemüse- und Obstgroßmarkt auf dem Gelände an der Kniprodestraße unterzubringen. In den neu zu errichtenden Großmarkthallen soll mit Rücksicht auf Fliegenplagen und Verbilligung für Gemüse- und Obsthandel der Galerie- oder Etagenbau eingeführt werden. Die Fleischhallen dagegen sollen ebenerdig erbaut werden. Ferner beschloß die Deputation, dem Magistrat anheim zu

geben, noch einmal mit dem Fiskus wegen Erwerbung des Terrains an der Paulstraße zum Zweck der Errichtung des Obst- und Gemüsegroßmarktes in Verhandlung zu treten. Dieses Terrain bietet neben anderen Vorteilen vor allem einen ausgiebigen Wasseranschluß.

Ein schwieriges Rettungswerk gelang am Mittwoch der Feuerwehr am Hasenplatz. Vor der Waage an der Schöneberger Straße war ein Wagen mit zwei Pferden in den Landwehramal gefahren. Der Feuerwehr gelang es, die beiden Pferde gesund herauszuholen. Der Wagen wurde dann auch noch geborgen.

Festgenommen worden ist der Heirat- und Beschäftigungler Herrmann Raß, der zwischen Berlin, Wien, Köln und Frankfurt a. M. umherzureisen pflegte.

Garderobenzwang im Café. In dem seit knapp Jahresfrist bestehenden, sehr ausgedehnten Café Colosseum in der Benthstraße wird das Sonntags-Publikum in recht eigenartiger Weise zur Bezahlung für Garderobenaufbewahrung gezwungen. Sonntags ist dieses an sich sehr schön eingerichtete Café während der Abendstunden meist überfüllt, so daß die gewöhnlichen Garderobehalter bei den einzelnen Tischen nicht ausreichen. Es ist daher, wie in den anderen größeren Etablissements, eine besondere Garderobenaufbewahrung gegen Bezahlung von 20 Pf. pro Person vorgesehen. Wie uns berichtet wird, sind nun die Kellner dem Publikum beim Ablegen der Garderobe behilflich und tragen letztere, ohne auf den Zahlungswang hinzuweisen und die Zustimmung der Gäste abzuwarten, nach dem besonderen Garderobenraum. Man nimmt hinterher vom Kellner etwas ersäumt die Garderobenmarke in Empfang, denkt sich aber zunächst nichts weiter dabei, ist vielmehr über die aufmerksame Behandlung sehr erfreut. Der hinkende Bote kommt nach, wenn man seine Garderobe nur gegen Erlegung der Gebühr zurückerhält und, um kein Aufsehen zu erregen, in die Tasche greift. Es müßte mindestens das Publikum auf den Zahlungswang irgendwie unabweislich hingewiesen werden. Der jetzt erst einmal dapiert worden, kommt zum zweiten Male sicher nicht wieder. Das Verfahren der Direktion ist also auch höchst geschicklich.

In einem Schornstein verhängen. Aus einem eigenartigen Unfall wurde in der vergangenen Nacht die Berliner Feuerwehr nach der Reierei von Volle, Alt-Roabit 98/100, gerufen. Dort waren der Obermonteur Hartung und der Heizer Windwald im Innern eines etwa 45 Meter hohen Dampfschornsteines aufgestiegen, um eine Welterfahre abzuschneiden. Diese Arbeit mußte des Nachts ausgeführt werden, weil der Dampfessel während des ganzen Tages in Betrieb ist. Als die beiden Arbeiter in der Spitze des Schornsteines angekommen waren, wurde der Obermonteur Hartung infolge von Hitze und Staub unwohl. Er fiel um und blieb auf dem oberen Rand des Schornsteines liegen. Beim Anblick des Verunglückten verlor der Heizer Windwald den Mut, allein wieder abzusteigen. Auf seine Hilferufe eilten andere Arbeiter hinzu, die für die sofortige Alarmierung der Feuerwehr sorgten. Auf die Meldung „Besondere“ rückte auch Branddirektor Reichel nach der Unfallstelle aus. Zwei Feuerwehrmänner führten das Rettungswerk aus. Sie bestiegen den Schornstein, zogen ein Tau nach sich und befestigten es mittelst einer Rolle an der Spitze. Der Obermonteur wurde abdann an dem Tau herabgelassen, während der Heizer mit Unterstützung der Feuerwehrleute selbst absteigen konnte. Die Rettung erfolgte ohne Unfall. Der Obermonteur erhob sich an der frischen Luft nach und nach wieder und dürfte in einigen Tagen völlig hergestellt sein.

Ein betrügerischer Bankbeamter. Auf bisher unaufgeklärte Weise, aller Wahrscheinlichkeit nach auf Grund eines gefälschten Briefes ist ein jüngerer Beamter der Dresdener Bank Emil Kneubühler gelungen, bei dem Credit Bonomals in Genf 55 000 Fr. abzuholen und über Louanne nach Mailand weiter zu reisen. Es sind die nötigen Schritte zur Festnahme Kneubühlers eingeleitet.

Drei größere Brände beschäftigten die Berliner Feuerwehr während der vorletzten Nacht und gestern früh in der Brandenburgerstraße 9, Eberingstraße 13/28 und in der Ritterstraße 41. In der ersten Stelle fand ein Teil des Dachstuhl, an der zweiten (Maschinenfabrik Schwarzkopff) die Dachkonstruktion eines Ofenreischuppens und an der letzten eine Schieferdecke in Flammen. In allen drei Orten hatte die Wehr längere Zeit Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurden am Donnerstag sieben Magistratsmitglieder durch den Oberbürgermeister eingeführt. Stadtbaurat Weigand, welcher dem Tiefbauamt vorsteht, ist wieder, und zwar auf Lebenszeit gewählt worden. Außer ihm wurden noch verabschiedet die wiedergewählten Stadträte Düner, Marggraf, Köhlig, Wilschke und die neugewählten Stadträte Hildebrandt und Riemer, sämtlich unbesoldet.

In Anrechnung auf die 88 Millionen-Anleihe schlug der Magistrat vor, ein Teilbarlehen von 670 000 M. von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg zum Zinssatz von 4 Proz. anzunehmen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Die Vorlage des Magistrats, nach welcher auf dem Hintergelände des städtischen Grundstücks am Hasenplatz und an der Richardstraße ein Gemeindefachschulgebäude von 60 Klassen errichtet werden soll, gibt dem Stadtverordneten Winter Anlaß zum Widerspruch gegen die geplante Verteilung der Räume. Er wies nach, daß in den umliegenden Schulen, welche durch den Neubau entlastet werden sollen, 32 Knaben- und 20 Mädchenklassen keinen eigenen Unterrichtsraum haben, also fliegende Klassen sind. Es müssen deshalb zum mindesten 30 Knaben- und 30 Mädchenklassen und nicht, wie es das Bauprogramm will, 20 Knaben- und 40 Mädchenklassen eingerichtet werden. Bürgermeister Dr. Weinreich ersuchte um die Genehmigung des Projektes und sagte nachmalige Prüfung der Klassenverteilung in der Schuldeputation und erneute Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung zu. Darauf wurde der Neubau, welcher Turnhalle, 2 Rechenäle und Schuldienerwohnung enthält und auf 730 000 M. Kosten veranschlagt ist, genehmigt. Debattefreie Annahme fand der Entwurf zum Neubau einer Turnhalle in der Gemeindefachschule Mahlowe, welche einschließlich des vorgesehenen Ausbaus von Abortanlagen mit 45 000 M. Baukosten veranschlagt ist. Im Etat für 1910 haben im Kapitel Armenpflege eine Reihe Ueberbeschreibungen einzelner Positionen stattgefunden, welche durch Schwankungen der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse herbeigeführt worden sind. Es wurden zur Deckung dafür insgesamt 104 174,17 M. bewilligt, welche Summe aber durch erhöhte Einnahmen ihren Ausgleich findet und daher den Zuschuh der Stadt zum Armenetat 1910 in Höhe von 426 000 M. nicht verändert. Für die Schulverwaltung wurde ebenfalls eine Verstärkung für Inventar im Betrage von 600 M. genehmigt. In geheimer Sitzung wurde u. a. dem Stadtbaurat Weigand die Schuberz in Berlin für die Auffstellung eines abgeänderten Projekts zur Weiterführung der Nord-Süd-Untergrundbahn durch Rixdorf im Honorar von 1200 M. bewilligt. Ueber die Verlängerung der Bahn vom Belleallianceplatz zum Hermannplatz und darüber hinaus sind Verhandlungen mit Berlin bereits eingeleitet worden.

Schöneberg.

Dem eigenen Wagen überfahren wurde am Dienstagabend der 26jährige Ruitger Otto Stolz, Alazienstraße 22 wohnhaft. St. fuhr

auf dem Rollwagen der Firma Wetlinger in der Kolonnenstraße vor einem Straßenbahnwagen her. Auf das Signal des Fahrers wollte der Fahrer nach rechts ausweichen, fuhr aber gegen einen an der Vorderachse stehenden Wagen so heftig an, daß er vom Bod fürzte und vornüber zwischen die Pferde fiel. Dabei ging ihm eines der Hinterräder über den Hals hinweg. In bewußtlosen Zustande wurde der Bedauernswerte nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht, wo die Ärzte einen Genickbruch feststellten. Der Zustand des Verletzten ist hoffnungslos.

Unfall oder Verbrechen? Am Dienstagmorgen wurde in der Nähe des Bahnhofs Schöneberg ein 50jähriger, dem Arbeiterstande angehöriger Mann bewußtlos auf dem Fahrdamm liegend aufgefunden und nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt. Dort ist der Arbeiter, der als der 50jährige Ernst Fällner aus der Auguststraße 8 in Tempelhof rekonstruiert wurde, im Laufe des gestrigen Mittwuchs verstorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Als Todesursache stellten die Ärzte eine schwere Gehirnerkältung fest. Bisher ist es noch nicht gelungen, zu ermitteln, woher die Verletzung F.'s stammt. Man nahm zuerst an, daß Fällner überfahren worden sei, doch ist diese Annahme dadurch widerlegt worden, daß sich an dem Körper des Mannes keine Spuren äußerer Verletzungen fanden. Dagegen entdeckte man später unterhalb des Armes an der linken Halsseite eine lange, bis auf den Knochen gehende frische Wunde. Die Verletzung dürfte durch ein spitzes Instrument verursacht worden sein, da der Muskel glatt durchgeschnitten ist. Es ist kaum anzunehmen, daß F. sich diese Wunde durch einen Sturz selbst zugezogen hat.

Behlendorf (Wannseebahn).

Die letzte Gemeindevertretung beschäftigte sich mit der Vorlage eines neuen Ortsstatuts gegen die Verunstaltung von Ortsteilen. Nach der Vorlage kann die Bauerlaubnis verweigert werden in der Umgebung einer ganzen Anzahl namhafter gemachter Straßen, Gemeindeeinrichtungen sowie öffentlichen Gebäuden, wenn durch die Ausführung das Ortsbild beeinträchtigt oder der Eindruck der öffentlichen Gebäude benachteiligt werden würde. Für die der geschlossenen Bauweise vorbehaltenen Ortsteile sind eine Reihe von Vorbehalten gemacht, die ganz offenbar nur den Zweck verfolgen können, den Hochbau in diesen Ortsteilen möglichst zu beschränken oder unmöglich zu machen. „Pensionopolis“ soll eben mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. Der Vorlage wurde trotz aller Bedenken zugestimmt. Sodann wurde auf Grund einiger sehr detaillierter Gesetze eine neue Polizeiverordnung erlassen, die geeignet ist, eine ganze Reihe Verordnungsbeschwerden bei den Gewerbetreibenden auszulösen. Sie hat Bestimmungen über die Anlage von Vorgärten zum Zweck und ordnet zunächst an, daß die Anlage nicht in einer solchen Ausdehnung erfolgen darf, daß dadurch der Charakter als Vorgarten ausgehoben wird. Im § 6 wird bestimmt, daß die Verwendung der Vorgärten zu gewerblichen Zwecken nur mit besonderer polizeilicher Genehmigung gestattet sei, jedoch die Anbringung von Messingtafeln, Tafeln, Belanmachungen und dergleichen untersagt ist. Mit einer Änderung, daß Firmenschilder von im Hause wohnenden Gewerbetreibenden nicht unter die Bestimmung fallen, wurde die Vorlage genehmigt. Doch wird auch in nächster Nähe von Berlin Schulpaläste haben, die denen von Ostelbien nicht sonderlich nachstehen, zeigte die nächste Vorlage. Sie fordert 420 M. für den Anschluß der Gemeindekasse in Schönau an die Wasserleitung. Begründet wurde die Vorlage damit, daß der auf dem Schulgrundstück dieser einflügeligen Schule befindliche Brunnen ständig abläuft und einer Reparatur unterzogen werden müßte, die ebenfalls etwa 225 M. kosten würde. Aus der Vertretung wurde darauf hingewiesen, daß der Brunnen aus sanitären Gründen völlig unbrauchbar ist. Man kennt also augenscheinlich diesen Zustand schon längere Zeit. Die Kosten wurden bewilligt.

Köpenick.

Ein schwerer Fahrstuhlunfall ereignete sich vorgestern nachmittag in der Heineschen Dampfmaschine. Der dortselbst beschäftigte Hausdiener Otto Schramm aus der Müggelheimer Straße 2 halte mit dem Fahrstuhl einen großen Kasten voller Wäsche nach dem vierten Stockwerk befördert. Beim Ausladen der Körbe hat sich anheftend eine Seitenwand des Fahrstuhls geöffnet, denn plötzlich stürzte Sch. infolge einer unvorsichtigen Bewegung in den Schacht hinab. In dem gleichen Augenblick setzte sich auch der Fahrstuhl nach unten in Bewegung und der Abgestürzte wäre zweifellos zerquetscht worden, wenn es nicht einem Arbeiter, der Zeuge des Unfalles gewesen, gelungen wäre, den Fahrstuhl in der Höhe des ersten Stockwerkes zum Stehen zu bringen. Nur mit großer Mühe gelang es den Verunglückten aus dem Schacht herauszubringen. Der Hausdiener, der einen Bruch des rechten Oberschenkels und innere Verletzungen davongetragen hatte, wurde nach dem Kreiskrankenhause in Driß übergeführt.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Die Kirchengemeinden beider Ortsteile hatten beantragt, die Hebegebühren, die an die Gemeinde für Einziehung der Kirchensteuern zu leisten sind, von 6 auf 5 Proz. herabzusetzen. Die Anfrage unserer Genossen, wie hoch prozentual gerechnet, der Gemeinde Kosten durch die Einziehung erwachsen, konnte nicht beantwortet werden, weshalb Genosse Dohler beantragte, den alten Satz bestehen zu lassen. Das wurde abgelehnt und die Gebühren auf 5 Proz. ermäßigt.

Weiter wurde darüber verhandelt, ob in der Prozeßsache des Vereins für Hindernissen Vererbung eingeleitet werden solle. Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht die Aufstellung vertreten, daß die Veranlassung von Hindernissen keine Lustbarkeit und der Verein von einer Lustbarkeitssteuer zu befreien sei. Gestützt auf dieses nach Meinung weitest Kreise völlig irrige Urteil hat nun der genannte Verein Klage auf Rückzahlung der hinterlegten 53 000 M. erhoben und das Landgericht hat die Gemeinde auch verurteilt, nicht nur diese Summe, sondern auch die Zinsen in Höhe von circa 1700 M. zurückzuerstatten. Da die Verurteilung wegen der Hauptsumme keinen Erfolg verspricht, empfahl der Gemeindevorstand davon abzusehen, wegen der Zinsen aber zunächst eine gütliche Auseinandersetzung mit dem Verein zu versuchen oder aber Verurteilung einzulegen. Genosse Vinzler widersprach dem im Urteil enthaltenen Passus, wonach eine ungerechtfertigte Bereicherung dem Kennverein gegenüber vorliegen solle. Im Gegenteil, die Steuern seien von den Besuchern der Rennen in Form erhöhter Eintrittspreise gezahlt worden. Die Kennleitung habe sogar noch ein gutes Geschäft dabei gemacht, indem sie die Wickets mehr veräuerte, als es dem Steuerbetrag entsprach. Es werde nunmehr Aufgabe der Steuerfunktionäre sein, einen anderen Weg zu finden, auf welchem die Rennbahn mit besserem Erfolg zu Steuerleistung heranzuziehen sei, als Gegenleistung für die immensen Aufwendungen, die die Gemeinde der Rennen wegen zu machen gezwungen sei. Herr Schäfer, der auf diese Dinge noch näher einging, wies darauf hin, daß die Kennleitung sich nicht einmal gescheut habe Einspruch dagegen zu erheben, daß die Gemeinde nicht den gesamten Komplex des Vereins als bebaut angesehen und entsprechend niedrig zur Grundsteuer herangezogen habe, obgleich man soweit entgegengesommen war, eine nochmal größere Fläche als bebaut einzuschätzen, wie tatsächlich bebaut sei. Es wurde dem Vorschlag des Gemeindevorstandes entsprechend beschlossen.

In der darauffolgenden geheimen Sitzung sollte über die Errichtung einer eigenen Gasanstalt beraten werden. Bemerkenswert ist noch, daß unsere wiederholten Beschwerden wegen unpünktlichen Sitzungsbeginns den Bürgermeister veranlassen, im Laufe der Sitzung die Versicherung abzugeben, daß in Zukunft der öffentlichen keine Kommissionsberatung mehr vorangehen solle.

Adlershof.

Mit den Praktiken des hiesigen liberalen Hausbesitzervereins hat der kürzlich stattgefundenen Gemeindevertretungswahl in der zweiten Abteilung beschäftigt sich am Montag eine vom Wahl-

Beiratsvorsitz einberufene öffentliche Versammlung. Genosse Horlich als Referent wies zunächst darauf hin, wie in der seinerzeit vom Genossen Hilbrandt einberufenen Versammlung gerade der Repräsentant des Hausbesitzervereins, Herr Hans Luge, die Diskussion auf das persönliche Gebiet geleitet und Beschuldigungen gegen ihn und den Wahlvereinsvorstand erhoben habe. Der Wahlvereinsvorstand habe sich daher veranlaßt gesehen, Herrn Luge Gelegenheit zu geben, seine in der Öffentlichkeit erhobenen Beschuldigungen nun auch zu beweisen. Komischerweise habe es der Herr abgelehnt, in der Versammlung zu erscheinen, weil er, Horlich, in der Versammlungseinladung als Referent bezeichnet war. Andererseits erklärt er sich bereit, dem Wahlvereinsvorstand sein Material zu unterbreiten. Ein solches Gebahren könnte nur als Kneifchen bezeichnet werden. Im allgemeinen habe der Wahlkampf gezeigt, daß bei den Gegnern das persönliche Moment in der Agitation die Hauptrolle spiele. Dieses Treiben müsse die Genossen veranlassen, bei der nächsten Wahl unsere Kräfte zu verdoppeln, um auch in der zweiten Abteilung Dreifache zu legen.

Schwabbe.

In der letzten Gemeindevertretung kam zunächst der Protest gegen die am 25. März stattgefundene Wahl zum Gemeinderat zur Verhandlung. Bei der Stichwahl am 2. April wurden vier Stimmenstimmen zurückgewiesen, weil die Stimmberechtigten, obwohl sie am Ort Wohnung haben, sich bei der Wahl vertreten ließen. Es wäre Pflicht der Stimmberechtigten gewesen, sich selbst zur Ausübung ihres Wahlrechts einzufinden. Diese 4 Stimmen hätten demnach bereits bei der Hauptwahl nicht gezählt werden dürfen, was zur Folge gehabt hätte, daß unserem Kandidaten Genossen König der Sieg zugefallen wäre. Der Protest wurde gegen die Stimme unseres Vertreters Ulrich abgelehnt. Unter anderen sachdienlichen Gründen wurde von einem sonst frommen Herrn angeführt, daß auch auf sozialdemokratischer Seite Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, die, falls der Protest weitergehe, den Staatsanwalt beschäftigen könnten. Die „Stimmenstimmen-sammler und ihre Vertreter“ scheinen sich ihrer Sache nicht sicher zu sein und eine Kasierung der Wahl zu befürchten, daher der Versuch, durch Drohungen unsere Genossen einzuschüchtern, ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichem Objekt. Von dem behaupteten Vorkommnis ist dem Wahlkomitee nichts bekannt. Nach Einführung der neu gewählten bürgerlichen Vertreter wurde ein Einspruch des evangelischen Pfarrers Lüchow gegen den Etat verhandelt und zwar mit gutem Erfolg für die Kirche. Ihr wurden auf Antrag des Kirchenältesten Ranningers zu den bereits bewilligten 8510 M. weitere 500 M. zugewilligt. Der Kirchenbesuch dürfte darum doch kein besserer werden. — Längere Debatte zeitigte die Wasserbesorgungsfrage. Herr Herz wollte die Sache gleich auf 5 Jahre verjagen lassen, unser Genosse Ulrich und Schöffe Wendt betonten aber, daß eine so günstige Gelegenheit, mit einer Nachbargemeinde (Königs-Busterhausen) geeint in dieser Frage vorzugehen, sich nie wieder bieten würde. Durch Umfrage bei den Grundbesitzern soll zunächst deren Meinung hierzu eingefordert werden. — Zwecks Bau einer Turnhalle soll neben der Schule ein Grundstück erworben werden. Da man bisher verjagt hat, passende Grundstücke für Gemeindegelände zu reservieren, muß jetzt der teure Preis von 70 M. pro Quadratmeter gezahlt werden. Die nächste öffentliche Versammlung dürfte sich noch eingehender mit der hier nur ausgangsweise wiedergegebenen Tätigkeit unserer Gemeindevertretung beschäftigen.

Hohen-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. In den Steuerausfluß wurde auf Erlauchen des Genossen Thiele u. a. auch Genosse Künze gewählt. Nach einer Verordnung über die Armenpflege sollen fünf Armenbezirke bestehen. Genosse Thiele forderte, daß auch Frauen zu den Armenkommissionen zugezogen werden. Diesem Wunsch will man später Rechnung tragen, vorläufig sollen in der Waisenpflege Frauen vertreten sein. Der Haushaltsetat ist in diesem Jahre sehr umfangreich; durch die Eingemeindung des Gutsbezirks hat sich die Bevölkerung von 1700 Einwohnern auf 5400 vermehrt. Es sind die Etats für Schullasten, Wasserwerk usw. zugekommen. Hohen-Schönhausen hat eine Größe von 900 Hektar mit 817 Grundstücken und 387 Wohnhäusern. Das Vermögen ist von 212 474 M. auf 3 Millionen Mark gestiegen. Der Grund und Boden — 61 Morgen — hat einen Wert von zwei Millionen Mark. Die Grundstücke zu Schulen sind auf 245 000 M. zu berechnen. Es ist ein Ueberschuß vom vergangenen Jahre von 282 000 M. zu verzeichnen. Als Schularzt ist Herr Dr. Cohn angestellt worden, auch befindet sich vom 1. Mai eine Apotheke am Orte. Die Gewerbesteuer wird im kommenden Jahre um 45 Proz. ermäßigt, die Einkommensteuer auf 125 Proz. festgesetzt. In einer ausgedehnten Debatte über die Verkehrsverhältnisse kam zum Ausdruck, daß dieselben längst geregelt wären, wenn nicht durch das Eingreifen von Lichtberg und Weiskene neue Differenzen entstanden wären, jedoch hofft man, daß die schwebenden Verhandlungen Besserung bringen. Die Reinigung und Beleuchtung der Straßen soll ebenfalls verbessert werden. Der Etat gelangte zur Annahme.

Diensdorf am Scharmühlensee.

In einer auch von Frauen zahlreich besuchten Volksversammlung referierte am vergangenen Sonntag im Gasthose des Herrn August Frau Frida Wulff-Berlin über „Die Junker, das deutsche Volk und die Frauen“. Die Rednerin schloß ihre mit großem Beifall ausgenommenen Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, der örtlichen politischen Organisation beizutreten. In der Diskussion ergänzte Genosse Raack-Berlin in wirkungsvoller Weise das Referat. Er empfahl den anwesenden Landarbeitern den Anschluß an die am Orte bestehende Jahressitz des Landarbeiterverbandes. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde hierauf die Versammlung geschlossen. Mehrere Aufnahmen in den Wahlverein und in die Jahressitz des Landarbeiterverbandes konnten als Erfolg dieser Versammlung bezeichnet werden.

Oranienburg.

Ein großes Schadenfeuer kam gestern in der vierten Morgenstunde auf dem Grundstück der Dampfmaschinenmühle von Wittmann, Lehnitzstr. 15, aus. Der Brand war in dem alten, nicht mehr im Gebrauch befindlichen, aber sehr ausgedehnten Rehlgebäude ausgebrochen und griff so rapid um sich, daß auch das alte Rehlhaus in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die sofort alarmierte freiwillige Feuerwehr hatte ihre Hauptaufgabe zunächst auf den Schutz der neuen Fabrikgebäude zu richten, und nach vierstündiger angestrengtester Tätigkeit gelang es denn auch, die Gefahr abzuwenden. Doch konnte nicht verhindert werden, daß auch ein Teil der neuen Bauteile durch überspringendes Feuer beschädigt wurde. Das alte Rehlgebäude und das alte Rehlhaus wurden infolgedessen vollkommen in Raub der Flammen. Der Schaden ist deshalb ziemlich beträchtlich. Von den Lagervorräten ist nichts vernichtet worden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Der für Freitag, den 14. April, festgesetzte Vortrag findet nicht statt.
Am 1. Osterfesttag: Ausflug. Treffpunkt: morgens 8 Uhr am Bahnhof Schöneberg. Mit der Bahn bis Johannisthal, dann zu Fuß nach Köpenick, Müggelsee, Müggelberge, Krampnitz und Grönu.

Treptow-Daamschulenberg. Karfreitag: Fußpartie nach Köpenick. Treffpunkt für Treptow: früh 7 1/2 Uhr, Rehlholz, Ecke Ellenstraße; für Daamschulenberg: früh 8 Uhr im „Angendeln“, Grönu. 22. Für Radfahrer mittags 12 Uhr in Sadoma, Waldschänke. Jahrgeld 20 M. Regelmäßige der arbeitenden Jugend erwartet. Der Jugendausflug.

Legel-Vorhölde. Die „Freie Jugendorganisation Legel und Umgegend“ veranstaltet am 14. April (Karfreitag) eine Partie nach Zintenfrug. Treffpunkt: morgens bis 1/8 Uhr am „Strandpavillon“ (Dampferhaltestelle). Rückkehr abends 8 Uhr. Jahrgeld 40 M. Wir bitten die Arbeiterklasse, die schulenläufige Jugend auf die Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Der Vorstand.

Aus der Frauenbewegung.

Gesundheitslehre als Pflichtfach in den neuen Frauenschulen Sachsens.

Durch das Gesetz vom 16. Juni 1910 ist das höhere Mädchenausbildungswesen im Königreich Sachsen in zeitgemäßer Weise geregelt worden, und es sind in Anlehnung an das Gesetz zunächst die Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig zur Gründung von Anstalten geladene, die den Mädchen einerseits den Zugang zur Universität (Studienanstalt), andererseits die Erlangung einer über das Ziel der höheren Mädchenschule hinausgehenden allgemeinen Bildung (Frauenshule) ermöglichen sollen. In Dresden sollen beide Anstalten Ostern dieses Jahres ins Leben treten. Ganz besonders interessiert die Frauenschule, die nicht, wie die Studienanstalt, nur einer Minderheit von jungen Mädchen (die der Universität zustreben), sondern allen denen dienen soll, die sich neben einer praktisch-hauswirtschaftlichen eine tiefere Allgemeinbildung aneignen und damit ausgerüstet sowohl an dem geistigen Leben ihrer Zeit und ihres Volkes entsprechend selbsttätigen Anteil nehmen, als auch gleichzeitig zu einer dem Verufe des Weibes entsprechenden harmonischen Entfaltung ihrer Anlagen und Fähigkeiten kommen wollen. — Der Kursus ist zweijährig und enthält u. a. als Pflichtfach im ersten Schuljahre wöchentlich 2 Stunden Gesundheitslehre und im zweiten Schuljahre ebenfalls wöchentlich 2 Stunden Samariterkursus und Kinderpflege, während als Wahlfach im ersten und zweiten Schuljahre u. a. je 2 Stunden Naturkunde und biologische Übungen in Betracht kommen. — Diese Neuerung ist mit großer Genehmigung zu begrüßen — allerdings in der Voraussetzung, daß der Unterricht in der Gesundheitslehre und in der Kinderpflege sowie der Samariterkursus vom Arzte erteilt wird. Mit der Einführung dieses Unterrichtes in das Lehrplanum der neuen Frauenschulen ist ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Man erörtert in maßgebenden Kreisen die Möglichkeit, solchen Unterricht auch für die heranwachsende männliche Jugend einzuführen und geht von der Ansicht aus, daß Unterricht in allgemeiner Gesundheitslehre und in erster Hilfeleistung als Pflichtfach sowohl in den Oberklassen der Volks- bezw. Bürger-schulen als namentlich auch aller Mittelschulen (Gymnasien, Realgymnasien, Realhöfen, Volkshöfen, landwirtschaftlichen Schulen und dergleichen) baldmöglichst einzuführen sei. Der Gewinn, den die jungen Leute aus solchem Unterricht für ihr Leben mit fortnehmen, dürfte auch Fernstehenden ohne weiteres einleuchten.

Der „Streik“ der Suffragettes bei der Volkszählung.

Die Suffragettes von der sogenannten kämpfenden Richtung, die Vertreterinnen des Damenwahlrechts, hatten auf Anregung der Womens Freedom League beschlossen, bei der kürzlich stattgehabten Volkszählung in England der Regierung neue Schwierigkeiten zu bereiten. Durch Verweigerung aller Angaben auf den Zählbogen sollten die statistischen Erhebungen der Volkszählung vereitelt werden. Kein Bürgerrecht — keine Zählpflicht! war die Parole. Dieser neueste Trick veranlaßt unser englisches Bruderorgan „Justice“ zu folgenden gepfefferten kritischen Bemerkungen:

Von all den albernen und nichtswürdigen Anschlägen, zu denen die Suffragettes in ihrer sogenannten Kampfkampfanstalt schon ihre Zuflucht genommen haben, ist sicher der, sich der Volkszählung zu entziehen und so die Ergebnisse zu fälschen, einer der albernstern und nichtswürdigsten. Daß sie, um für das Frauenstimmrecht und die Zulassung weiblicher Parlamentsmitglieder zu demonstrieren, ihr Aeußerstes getan haben, um das Parlament lächerlich und verächtlich zu machen; daß sie, um ihre Verachtung zur Beteiligung am öffentlichen Leben zu beweisen, sich bei öffentlichen Versammlungen wie Komödien betragen haben; daß sie ansehnlich und leidend öffentliche Persönlichkeiten angegriffen und sich wie halbwahnsinnige Frauenzimmer aufgeführt haben, das war vielleicht nur eine natürliche Reaktion von angeborenem Mangel an Logik. Daß dies alles ihrer Sache unendlich geschadet hat, kann kein unbefangener Beobachter auch nur einen Augenblick bezweifeln. Da wir für volle politische und soziale Gleichberechtigung der Geschlechter eintreten, können wir nur bedauern, daß die Suffragettes so vieles getan haben, was ihre Stimmrechtsbestrebungen diskreditiert, wenn sie auch in dem aufrichtigen Glauben befangen sein mögen, daß sie ihre Sache dadurch fördern. Es ist schwer zu verstehen, wie sie durch ihren letzten Streik etwas anderes zu gewinnen hoffen, als Spott und Verachtung. Wir vermuten, daß sie das Gefühl hatten, irgend etwas — wenn auch noch so aburdes — tun zu müssen, um ihre Existenz zu rechtfertigen und die schönen Summen zu vermehren, welche in ihre Geldschränke fließen. Nach dem letzten soeben erschienenen fünften Jahresbericht betrug die Einnahme der Womens Social and Political Union (soziale und politische Vereinigung der Frauen) für das letzte Jahr fast dreihunderttausend Pfund (das sind 600 000 M.). Und für dies alles der kindische, närrische Versuch, der Volkszählung zu entgehen. Dieser Berg von Kosten muß so ein lächerliches Räuslein gebären!

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Freitag, den 14. April (Karfreitag): I. Wildpark—Walden. Abfahrt: Potsdamer Fernbahnhof 5.50 Uhr vorm. II. Seelen—Kremmen. Abfahrt: Stettiner Fernbahnhof 6.46 Uhr vorm. Sonntag, den 16. April (1. Osterfesttag): I. Fredersdorf—Ortners. Abfahrt: Schleißer Bahnhof 6.29 Uhr vorm. II. Gr. Bellen—Rosen. Abfahrt: Görtzer Bahnhof 6.55 Uhr vorm. Außerdem mehrstägige Osterwanderfahrten. Programme bei Heise, Dogenstraße 19. Gölle willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Osterwanderfahrten. I. 5 Tage: 14. bis 18. April. Reichow, Groß-Schönbeck, Joachimsthal, Paarlitz, Oberberg, Kloster Chorin, Eberswalde. Abfahrt: 14. April, 8.30 Uhr vorm. Abfahrt: 16. April, 6 Uhr früh, bis Joachimsthal. Stettiner Hauptbahnhof. II. 16. April: Hoppegarten—Strauchberg. Abfahrt: 7.30 Uhr vorm. Schleißer Bahnhof. III. 17. April: Groß-Lichterfelde—Kochlitzendruck. Treffpunkt 8 Uhr Potsdamer Vorortbahnhof.

Witterungsübersicht vom 12. April 1911.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Schwabbe	757	SW	5	bedekt	6	Dachau	747	W	2	bedekt	-6
Hamburg	763	SW	5	bedekt	5	Petersburg	748	SO	1	Schnee	-2
Berlin	760	W	4	bedekt	5	Berlin	768	DR	4	Schnee	5
Königsberg	768	SW	1	bedekt	5	Berlin	766	SW	5	Schnee	9
Wien	763	SW	3	bedekt	5	Wien	767	SW	2	Schnee	4

Wetterprognose für Donnerstag, den 13. April 1911.

Etwas kühler, veränderlich, vorherrschend wolkig mit Niederschlägen und ziemlich starken nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 4.		am 10. 4.	
	11. 4.	10. 4.	11. 4.	10. 4.
Remel, Elbe	457	-15	Saale, Großk. 122	-6
Regel, Jüterburg	54	-10	Saale, Spandau	118
Regel, Törn	288	-8	Saale, Rathenow	169
Ober, Ratbor	186	-8	Spree, Spremberg	116
„ Krotzen	260	-6	„ Riesa	171
„ Frankfur	265	0	„ Riesa	171
„ Schirmitz	—	—	„ Riesa	171
„ Landsberg	151	-4	„ Riesa	171
„ Borsdamm	71	-8	„ Riesa	171
„ Zeitz	76	-10	„ Riesa	171
„ Dresden	41	-18	„ Riesa	171
„ Bayre	275	-20	„ Riesa	171
„ Regensburg	233	-16	„ Riesa	171

7 + bedeutet Hoch, - 7 Untersee.

Eingegangene Druckschriften.
 Jubiläum-Turnen. Von R. Müller. Kart. 1,40 M. — Blumen und Infetten. Von Prof. Dr. D. v. Kirchner. 6,00 M., geb. 7,50 M. — Unberührt und Schule. Von A. Tramer. 60 Bl. — Die Fundamente

zur Entstehung der Arten. Von Ch. Darwin. 4 B., geb. 5 M. — S. G. Teubner, Leipzig.
The Common Sense of Socialism. By John Spargo. — **A Contribution to the Critique of Political Economy.** By Karl Marx. Ch. Kerr u. Co., Chicago.

Brief an einen Chinesen. Von L. Tolstol. 1,20 M., geb. 1,80 M. — H. Sponholz, Hannover.
 Naturgemäße Heilweise und Verhütung der Infektionskrankheiten. Von Dr. F. Schürer v. Baldheim. 1,20 M. — Spielhagen u. Schurich, Wien-Leipzig.

Bevor Sie Ihren
Oster-Anzug und Paletot

kaufen, besichtigen Sie gefl. folgende

Sonder - Angebote

in meinen Schaufenstern

Ulster

- Nr. 4296 aus graugrünem Noppé-Cheviot zweireihig 25 M.
- Nr. 4297 a. rostbraunem Wabenechiot mit Streifen u. Knoteneffekten 29 M.
- Nr. 4298 a. zweifarbig grauem Panama-Cheviot mit Streifeneffekten 36 M.

Anzüge

- Nr. 4292 aus rostbraunem Diagonal-Cheviot mit blauen Streifen 25 M.
- Nr. 4293 a. kastanienbraun. Diagonal-Cheviot m. farb. Noppeneffekt. 27 M.
- Nr. 4294 aus braunem Crêpe-Cheviot 30 M.
- Nr. 4295 aus grau-grün gestreifter Cheviot-Neuheit. 36 M.



Diese Anzüge und Paletots stellen die maßgebende Mode für 1911 dar, ihre Stoffe sind nach teuren englischen Vorlagen täuschend kopiert. Für unbedingte Haltbarkeit übernehme ich Gewähr

Bekleidungs-Haus größten Stils
 mit eigenen Werkstätten für Lager u. Maßenfertigung

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Hauptstr. 161 Ecke der Stubenrauch- und Kaiser - Friedrich - Straße

Frühjahrs-Mäntel u. -Kostüme
 aussergewöhnlich preiswert und gut.



- Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe und Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität.
- Jackett- u. Paletotkleider aus praktischen, gediegenen englischen Stoffen, Jacketts gef. 18 27 36 48 M.
 - Jackett- und Paletotkleider aus prima Diagonal-Cheviot, blau, schwarz, auch feinen Streifen 21 33 42 52 M.
 - Jackett- u. Paletotkleider aus feinen und dunkeln Kammgarbstoffen 27 38 45 58 M.
 - Backfischkleider 15 18 24 M.
 - 875 Paletots aus engl. Stoffen, enorm billig in 3 Serien. I. 8.50 M. II. 13.50 M. III. 21 M.
 - Echt engl. Ulster von 27 M. an.
 - Backfisch-Paletots von 6.50 M. an.

Frauenmäntel

- für die stärksten Damen passend, in unerreichter Auswahl, aus feinen Tuch- u. Kammgarbstoffen, auf Klöth oder Seide gefüttert, mit reicher Stickerei, von
- 16.50 M. an.
 - Elegante Tuchpaletots vorzügliche Scheiderarbeit, ganz und halb anliegend 19.50 M. an.
 - Französische Kleider aus prima Popeline mit eleganter Stickerei, in vielen hellen und dunkeln Farben 27.00 M. an.
 - Woll-Mousseline-Kleider schwarz-weiß gestreift u. gemustert von 21.00 M. an.

Stielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse 3-4, Ecke Lindenstrasse 2 Häuser vom Dönhofsplatz. Sonntags geöffnet. 12 Schaufenster.



Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus des Ostens. — Enorme Auswahl von Mädchen-Kleidern, Knaben-Anzügen, Mädchen-Jacketts, Knaben-Paletots
 Eigene Fabrikation in größtem Maßstabe Billigste Preise.
 Entzückende Hütchen. C. & A. Wendt, Berlin NO. 18 Schicke Mätzchen.
 118 Große Frankfurter Straße 118.

Hut-Engros-Geschäft Alvin Sussmann
 seit 1885.
 Holzmarktstr. 38 parterre
 Sehr leistungsfähige Bezugsquelle
 Sechs Hauptschlager der Saison
 in 4 Preislagen
 2.50 3.00 3.50 4.00
 Große Auswahl in Mützen, Strohhüten, Panamas
 Beim Einkauf von 3 M. an
 4 Proz. Rabatt

J. Ostrowski jr.

Berlin O. Gr. Frankfurter Str. 1 vis-à-vis dem Memeler Park.

Möbel auf Kredit!

Spezialität:

komplette Wohnungs-Einrichtungen

und Braut-Ausstattungen

von 150 bis 3000 Mark.

Riesen-Waren-Lager in mehreren Häusern.

Mit einer Anzahlung von 10-15 Mk. an liefere
 1 Kleiderschrank
 1 Kommode
 2 Bettstellen
 1 Tisch 1 Spiegel
 2 Stühle
 Wochenrate 1 Mk. an.

Neu

eingetroffen in Riesen-Auswahl
Paletots Anzüge Ulster

Wochenrate

1 Mk.

Die Polsterwaren werden in eigener Werkstätte unter Aufsicht bewährter Kräfte mit ganz besonderer Sorgfalt angefertigt.

Mit einer Anzahlung von 20-30 Mk. an liefere
 1 Kleiderschrank
 1 Vertiko
 2 Bettstellen
 1 Tisch 4 Stühle
 1 Sofa 1 Küche
 Wochenrate 2 Mk. an.

Neu

eingetroffen in Riesenmengen sehr schicke hochmoderne
Damen-Mäntel, Blusen, Röcke, Jacketts, Costumes,

Wochenrate

1 Mk.

Größtes Kredithaus des Ostens.

Spezialität:
 1 und 2 Zimmer-Wohnungen und farbige Küchen.

Moderne Herren- und Jünglings-Anzüge - Ulster - Paletots

von M. 15.- bis M. 50.-

Hosen von M. 2.²⁵ bis M. 16.-

Größe Auswahl - bekannt vorzügliche Paßform und Haltbarkeit.

Posten zurückgesetzter Anzüge sehr billig.

Adolf Raitzig

Frankfurter Allee 107.

Für das Frühjahr:

Jackett-Anzüge:
24⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁵⁰ 38⁵⁰ 42⁵⁰ M.

Moderne Ulster:
25⁵⁰ 30⁵⁰ 34⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁵⁰ M.

Mod. Paletots:
24⁵⁰ 27⁵⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁰⁰ M.

Verlangen Sie bitte den neuen
Katalog für Massanfertigung porto- und kostenfrei:

M. Schulmeister,
Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Konfektion,
Berlin, **Dresdenerstr. 4,** Kottbuser Tor.

Teilzahlung 50 Pf. an.
Leser 5% Rabatt.

Herren-Paletots, -Anzüge, Damen-Kostüme, Jacketts, Röcke, Blusen, Kleiderstoffe, Betten, Tischdecken, Wäsche, Portier, Gardinen, Steppdecken, Topptische, Spiegel, Bilder, Uhren.
Grammophone, Kinderwagen.

F. & H. Schmidt, Petersburger Str. 23, nur 1. Etage.

Ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter geborgener Arbeit empfiehlt

Wilk. Lambrecht, Berlin SW., Simonstr. 19
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste

Pumpen,
Rohr, Sandfilter, Drahtgeflechte
laufen Sie billigst bei
Wolff,
Wahbachufer 17/19
(Kottbuser Brücke)
Charlottenburg, Knefelerstraße 6/7
(Stiege).

Toupets, Locken, Zöpfe
billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.
O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Ferdinand Jacob
Charlottenburg
Spreestr. 9, Ecke Schulstr.
Telephon 734.

Zucker
Pfund 20 Pf.

Mehl
Pfund 15, 18, 20, 22, 23, 25 Pf.

Feinstes Kuchenmehl 1/2 Str. von 0,90 Pf. an.

Große Haseln . . . Pf. 50 Pf.
Zitronen . . . Pf. 70 Pf.
Süßholzwurzel . . . Pf. 40 Pf.
Zitronat . . . Pf. 60 Pf.

Ostereier, Osterhasen
sowie
Schokoladen und Konfitüren
empfiehlt

Hedwig Juhre
O. Markusstr. 10.

Hüte in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, Dresdener Str.
Jahrgeld wird vergütet.

Süße Mandeln
Pfund 1,20 M.

Tägl. fr. Bärme
Pfund 0,80 M.

Frische Backbutter
Pfund 1,10 M.

Eisbutter
Pfund 1,20-1,30 M.

Roh- u. Braten-schmalz Pfund 55 Pf.

Blitz-Briketts
von staunenerregender Heizkraft, 100 Stück ab Lager meiner Mäntel 78 Pf., frei Haus 90 Pf. für 10 Pf. 13 Stück.
Bernhard Koeber, Zeughofstr. 21.

Goldene Medaillen

Carl Zobel

Köpenicker Str. 121 (Eckhaus) Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus)

Beste Herren- und Knaben-Moden

fertig und nach Maß. Alle Größen, auch für korpulente wie schlankere Herren, in reichster Auswahl vorrätig. Volle Garantie für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück. Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte und billige Bedienung.

Beste Paßform. Sehr billige, aber feste Preise.

Werkstätten im Hause. 9 Schaufenster.

Sehr große Auswahl in- und ausländischer Stoffe für Maßenfertigung. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. — Ankleidezimmer in allen Abteilungen. — Der neue Katalog gratis und franko.

Anzüge, Ulster, Paletots fertig von 18 M. an.

Richh. Reinhardts Sommer-Theater
Hasenheide 57 u. Camphausen-Straße.
An den Oster-Feiertagen und Sonntagen:
Gr. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Auftreten von Künstlern allerersten Ranges.

Charlottenburg
F. Kunstmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren

Bekannt als beste und billigste Bezugsquelle für **Herren-Hüte**
in jeder Preislage
Radloff, Charlottenburg, Berliner Str. 51.
Gegründet 1873.

Bonbon-, Marzipan- u. Konfitüren-Fabrik
von **A. Hahm**
Berlin SO.,
100 Skalitzer Straße 100
am Hochbahnhof Oranienstraße.
Fernsprecher Amt IV No. 7047.

Carl Dittmann
Spezialgeschäft für Wild, Geflügel, Fische.
Fernsp. Nr. 400 **Rixdorf, Berliner Str. 42,** gegenüber dem Amtsgericht.

Zum **Karfreitag** und **Osterfest:**
Große Zufuhren **lebendfrischer Seefische:**
Schellfisch l. all. Größen Pf. 40-50 | Flunder . . . Pf. 30, 2 Pf. 55
Kabliau . . . 25 | Rotzunge " 60
Kabliau im Ausschnitt " 30-35 | Pa. Flußzander " 90
Allerfeinster roter Lachs Pf. 1,20 M.

Lebende Fische
Lebende Hechte . . . Pf. 100-120 | Lebende Aale . . . Pf. 130-140
" Karpfen . . . 75-90 | " große Plötzen Pf. 60-70
Schleie . . . 120-140 | " Älnder " 80

Gr. Ziegenlämmer Stück v. **3.00** M. an.
Junge Gänse, Enten, Tauben.

Gr. fette Suppenhühner Stck. 2,50, 2,75, 3,00 M.

Schweinefleisch!
Pökelschinken . . . Pf. 75 Pf. | Prima Rückenfilet . . Pf. 50 Pf.
Kahler, sehr mild . . . 75 | Linsen 55
do., Kotelett . . . 80 | Schmorfleisch ohne Knochen 95
Schweinefleisch mit Schwarte . . . 70 | Roulade 95
Schinken 70

Willy Ewald
SO., Oppelner Straße 12
an der Wrangelstraße.

Osterbraten und Wurst.
Schweinefleisch u. Schulter Pf. 68 Pf. | Kohler- u. frischer Hamm Pf. 75 Pf.
Rindfleisch, Rindfleisch, 90-100 | Kohler- u. frischer Rippelsteck 80
Dammelfeule, Rind . . . 90 | Hohlhühner
Schmorbraten | Reikatehühner 125
Schierbraten | Kuchhühner
Rindfleisch | Schinken 95
Niet u. Knochen . . . 100 | Cervelatwurst
Schweinebauch | Salamitwurst 130-140
Linsen u. Rückenfilet . . . 60 | Schmalzwurst
Dammelfeule 30 | Leberwurst
Steinbraten 30 | 5 gemischte Würste 3, 4, u. 5 Pf.

Erstklassige Herren-Garderobe
nur nach Maß
garantiert tadelloser Sitz
liefert
auf Teilzahlung zu Kassapreisen
wöchentlich von 1 M. an

Martin Katz
Schneidermeister
Berlin S., Dresdener Str. 78
nahe Thalia-Theater
und
Schöneberg, Hauptstr. 158
nahe dem alten Botan. Garten

Bevor Sie

Tuche, Maß- und fertige Anzüge
sowie **Knabensachen** kaufen, bitte besuchen Sie erst die **Tuchgesellschaft Berlin, Kottbuser Damm 16/17.** Amt 4. 11 979.

Hier ist kein Kaufzwang.
Hier müssen Ihnen die Verkäufer alles bereitwilligst zeigen und erklären.
Hier bekommen Sie für jeden Preis, jede Figur, jeden Geschmack und für jeden Stand.
Hier bekommen Sie Herren-Anzüge 9,50 M. an Maß-Anzüge 28 M. an.
Knaben-Anzüge 1,50 M. an.
Knaben-Hosen 0,50 M. an.
2000 Tuche, enorm billig.
Tuche für Herren und Damen, große Auswahl.
Hier brauchen Sie Maßsachen nicht abnehmen, wenn sie nicht vornehm sitzen.
Hier bekommen Sie Ihr bares Geld wieder, wenn Ihnen ein Einkauf nicht gefällt.
Hier wird der Vertreter mit Mustern ohne Kaufverpflichtung ins Haus geschickt.
Hier bekommen Sie bei einem Einkauf über 10 M. 5 Prozent Fahrt vergütet.

Spezial-Geschäft für Wild, Geflügel, Fische
Otto Grimm, NO., Landsberger Allee 28, nahe Brauerei Patzenhofer.
Bestellung frei Haus. Fernspr. 7. No. 90.

Empfehle zur Osterwoche:
Anerkannt beste Ware; reelle Bedienung.
Prima fette Suppenhühner Stück 2²⁵ 2⁵⁰ M.
Junge Gänse, Enten, Brathähne **billigst.**
Alle Sorten lebende Flußfische Hechte, Schleie, Aale usw.
Lebende Karpfen bis 1 1/2 Pfund schwer Pfund 75 Pf. Größere 85 Pf.
Große Zufuhren in wirklich anerkannt feinsten täglich frischen Seefischen.
Kabliau, extragrob Pfund 20-25 Pf.
Soweit Vorrat: Fette gr. fleischige Flundern Pfund 25 Pf.
Schellfisch, Lachs, Zander, Rotzungen
zu den billigsten Tagespreisen.